



# Langfristige Budgetprognose 2022

## Analyse

Grundlage für die Analyse ist folgendes Dokument:

- ◆ Bericht des Bundesministers für Finanzen gem. § 15 Abs. 2 BHG 2013 über die langfristige Budgetprognose (III-840 d. B.)



## Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung .....	4
2	Konzept der Langfristigen Budgetprognose.....	9
3	Rahmenbedingungen der Langfristigen Budgetprognose .....	10
3.1	Bevölkerungs- und Erwerbsprognose bis 2060 .....	11
3.1.1	Bevölkerungsprognose .....	12
3.1.2	Erwerbsprognose.....	17
3.2	Makroökonomische Rahmenbedingungen.....	19
3.3	Entwicklungen im Klimabereich .....	23
4	Ergebnisse der Langfristigen Budgetprognose 2022.....	28
4.1	Ergebnisse im Überblick.....	28
4.2	Staatsausgaben 2019 und 2060 im Vergleich.....	30
4.3	Demografieabhängige Ausgaben .....	33
4.3.1	Pensionen .....	33
4.3.2	Gesundheit.....	36
4.3.3	Pflege.....	41
4.3.4	Bildung .....	42
4.3.5	Familienlastenausgleichsfonds (FLAF).....	43
4.3.6	Arbeitslosenunterstützung .....	44
4.4	Nicht-demografieabhängige Ausgaben.....	44
4.5	Entwicklung der Einnahmen.....	46
4.6	Szenarien zur langfristigen Reduktion der Schuldenquote.....	48



5	Erkenntnisse aus dem Klimamodul.....	49
6	Unterschiede zur Langfristigen Budgetprognose 2019 .....	54
6.1	Prognosevergleich der Defizit- und Schuldenentwicklung.....	55
6.2	Geänderte Zinsannahmen .....	59
6.3	Weitere geänderte Rahmenbedingungen .....	60
7	Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen .....	62
7.1	Szenarien und Ergebnisse im Überblick.....	63
7.2	Szenarien zur Produktivitätsentwicklung .....	64
7.3	Szenarien zur demografischen Entwicklung .....	66
7.4	Szenario zur Ausgabendynamik der Gesundheits- und Pflegeausgaben .....	67
8	Ergebnisse weiterer langfristiger Budgetprognosen.....	68
	Abkürzungsverzeichnis.....	71
	Tabellen- und Grafikverzeichnis .....	73



## 1 Zusammenfassung

Die vom Bundesminister für Finanzen vorgelegte Langfristige Budgetprognose 2022 basiert auf einer vom WIFO im Auftrag des BMF erstellten Studie. Im Fokus der Langfristigen Budgetprognose stehen die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die öffentlichen Haushalte in Österreich. Erstmals berücksichtigt werden in der Langfristigen Budgetprognose 2022 auch Prognosen zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen sowie klimarelevante budgetäre Kosten auf Grundlage einer Studie des Umweltbundesamtes. In der Langfristigen Budgetprognose werden die gesamtstaatlichen Einnahmen und Ausgaben und die daraus resultierende Defizit- und Schuldenentwicklung unter der Annahme einer unveränderten Politik („No-Policy-Change“) bis zum Jahr 2060 fortgeschrieben. Der Politik sollen dadurch Steuerungsnotwendigkeiten aufgezeigt werden.

### Demografische Entwicklung

Die Bevölkerungsstruktur in Österreich wird sich in den nächsten Jahrzehnten stark verändern. Dies ist vor allem auf eine weiterhin steigende Lebenserwartung bei gleichzeitig niedrigen Geburtenraten zurückzuführen, zudem werden die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre in den nächsten Jahren in Pension gehen. Etwas abgeschwächt wird die aus dieser Entwicklung resultierende Alterung der Gesellschaft durch die erwarteten positiven Migrationssalden. Während die Zahl der Personen ab 65 Jahren bis 2060 um über 67 % deutlich auf 2,86 Mio. ansteigt, nimmt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) im selben Zeitraum von 5,93 Mio. auf 5,71 Mio. Personen leicht ab. Die Auswirkung dieser demografischen Entwicklung auf die öffentlichen Finanzen wird durch den Anstieg der Erwerbsquoten etwas abgeschwächt. Dieser resultiert aus der erwarteten weiter steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen sowie aus dem positiven Wanderungssaldo.

### Makroökonomische Rahmenbedingungen

Neben der zukünftigen demografischen Entwicklung ist auch die angenommene Wirtschaftsentwicklung ein zentraler Baustein. Für die Periode 2022 bis 2060 wird das durchschnittliche reale Wirtschaftswachstum mit 1,2 % angenommen, die Inflationsrate liegt ab 2028 bei 2 % und die Arbeitslosenquote liegt mittel- und langfristig bei 6,0 %. Bei der Zinsentwicklung wird der bereits begonnene Anstieg fortgesetzt, mittel- und langfristig wird ein Zinssatz von 3,7 % angenommen.



## Hauptergebnisse der Langfristigen Budgetprognose 2022

Die Hauptergebnisse der Langfristigen Budgetprognose 2022 für das Basisszenario sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

<i>in % des BIP</i>	2019	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Gesamtausgaben Sektor Staat</b>	<b>48,6</b>	<b>56,7</b>	<b>51,1</b>	<b>52,3</b>	<b>53,2</b>	<b>53,9</b>	<b>54,4</b>	<b>55,0</b>	<b>55,5</b>	<b>55,9</b>
Demografieabhängige Ausgaben	29,8	33,0	31,5	32,4	33,2	33,6	33,8	34,2	34,6	34,8
Pensionen	13,4	14,6	14,3	15,1	15,5	15,4	15,2	15,1	15,1	15,1
Gesundheit	7,1	7,9	7,3	7,3	7,6	7,9	8,2	8,4	8,5	8,5
Pflege	1,3	1,4	1,6	1,8	2,0	2,2	2,4	2,6	2,9	3,1
Bildung	4,8	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,3	5,4
Arbeitslosigkeit	1,5	1,9	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
FLAF	1,8	2,1	1,7	1,6	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4
Nicht-demografieabhängige Ausgaben	18,8	23,7	19,6	19,9	20,0	20,3	20,6	20,9	20,8	21,1
davon Zinsen	1,4	1,3	1,4	1,8	2,3	2,8	3,3	3,8	4,2	4,7
<b>Gesamteinnahmen Sektor Staat</b>	<b>49,2</b>	<b>48,7</b>	<b>49,4</b>	<b>49,8</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>
<b>Maastricht-Saldo</b>	<b>0,6</b>	<b>-8,0</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,5</b>	<b>-3,3</b>	<b>-4,0</b>	<b>-4,5</b>	<b>-5,1</b>	<b>-5,5</b>	<b>-6,0</b>
<b>Schuldenquote</b>	<b>70,6</b>	<b>82,9</b>	<b>73,5</b>	<b>72,1</b>	<b>75,7</b>	<b>81,8</b>	<b>89,5</b>	<b>99,6</b>	<b>110,2</b>	<b>120,8</b>

Die gesamtstaatliche Ausgabenquote steigt bis zum Ende der Prognoseperiode 2060 auf 55,9 % des BIP an. Der Anstieg der Ausgabenquote gegenüber 2019 resultiert zu einem überwiegenden Teil aus höheren demografieabhängigen Ausgaben, deren Anteil am BIP bis 2060 um 5 %-Punkte auf 34,8 % des BIP ansteigt. Aber auch die nicht-demografieabhängigen Ausgaben steigen aufgrund höherer Zinsausgaben insgesamt um 2,3 %-Punkte auf 21,1 % des BIP an. Da die gesamtstaatliche Einnahmenquote weitgehend konstant bleibt, steigen das Budgetdefizit und die Schuldenquote entsprechend.

Ausgehend von einem Überschuss 2019 und den krisenbedingten hohen Defiziten im Zeitraum 2020 bis 2022 geht das Budgetdefizit zunächst auf 1,7 % des BIP im Jahr 2025 zurück. Mittel- und langfristig steigt das Budgetdefizit aber kontinuierlich auf 6,0 % des BIP im Jahr 2060 an. Die öffentliche Schuldenquote geht zunächst trotz negativer Budgetsalden zurück, weil das nominelle BIP ausreichend stark wächst. Danach sind die Budgetdefizite aber so hoch, dass die Schuldenquote bis 2060 kontinuierlich auf 120,8 % des BIP ansteigt.

Um die Schuldenquote langfristig zu stabilisieren, wäre eine permanente Verbesserung beim Primärsaldo durch höhere Einnahmen bzw. niedrigere Ausgaben notwendig. Bei einem Start im Jahr 2025 ist gemäß Berechnungen des Budgetdienstes eine permanente Verbesserung des Primärsaldos um rd. 1,3 % des BIP notwendig, um im Jahr 2060 eine Schuldenquote iHv 60 % des BIP zu erreichen. Bei einem späteren Start wäre eine stärkere Konsolidierung notwendig.



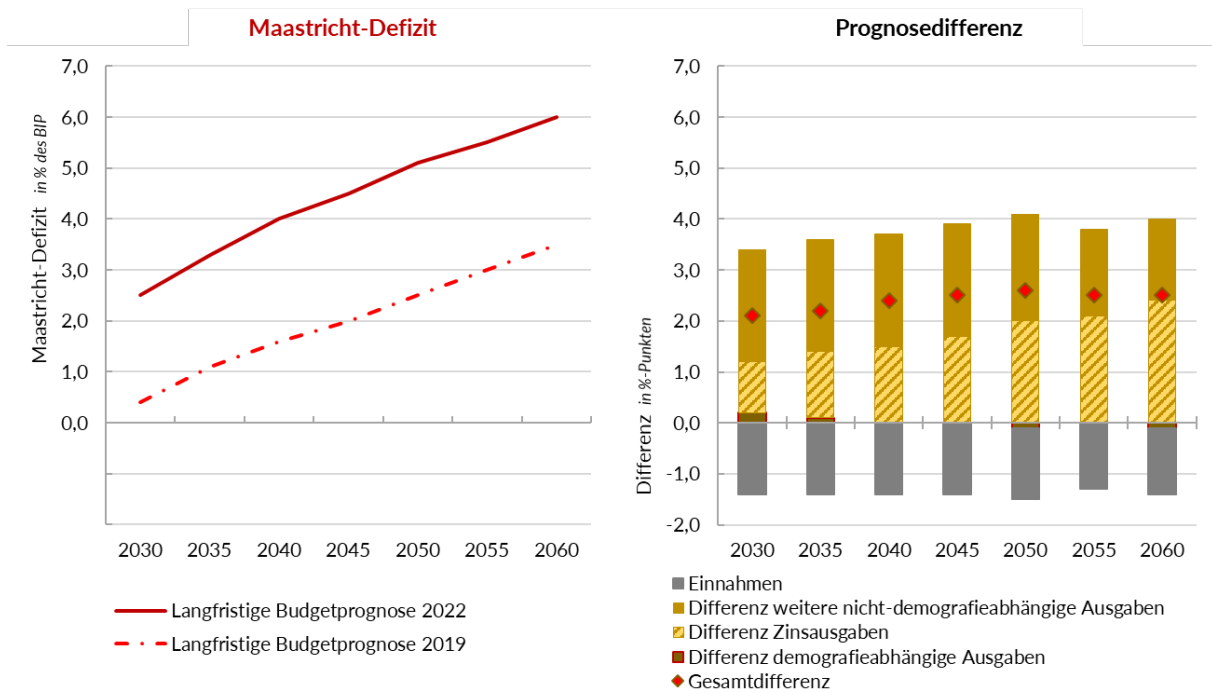
## Erkenntnisse aus dem Klimamodul

Das vom Umweltbundesamt in Abstimmung mit dem BMF erstellten Klimamodul umfasst die Modellierung der Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) sowie deren makroökonomische Effekte und die damit verbundenen klimarelevanten budgetären Kosten und Risiken bis zum Jahr 2050. Dabei wurde ein Basisszenario, das im Wesentlichen den aktuellen Gesetzesstand und die im BFG 2023 und im BFRG 2023-2026 vorgesehenen Maßnahmen umfasst, und ein Aktivitätsszenario mit einer Reihe an darüber hinausgehenden Maßnahmen und Investitionen berechnet. Im Basisszenario sinken die THG-Emissionen bis 2030 auf etwa 40 Mio. Tonnen (t) CO<sub>2</sub>-Äquivalente (CO<sub>2</sub>eq) und bis 2050 auf 30,5 Mio. t CO<sub>2</sub>eq. Damit würde Österreich sein Reduktionsziel für 2030 („Fit-for-55“-Ziel) um knapp 10,4 Mio. t CO<sub>2</sub>eq verfehlen. Laut Schätzung des BMF würden durch die zum Ausgleich notwendigen Ankäufe von Emissionsrechten bis 2030 budgetäre Kosten iHv 4,7 Mrd. EUR entstehen. Im Zeitraum von 2031 bis 2050 wird mit weiteren Kosten von rd. 0,2 % des BIP pro Jahr gerechnet.

Im Aktivitätsszenario übertrifft Österreich durch die ergriffenen Maßnahmen das Reduktionsziel 2030 um rd. 6 Mio. t CO<sub>2</sub>eq. Bis 2040 kommt es zu einer weitgehenden Dekarbonisierung der österreichischen Wirtschaft. Die höheren Auszahlungen im Aktivitätsszenario führen trotz eines höheren Wirtschaftswachstums zu zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte, die in der Langfristigen Budgetprognose vom BMF als moderat angesehen werden. Gegenüber dem Basisszenario (99,6 % des BIP) ist die Schuldenquote im Jahr 2050 im Aktivitätsszenario mit 103,3 % des BIP um 3,7 %-Punkte höher.

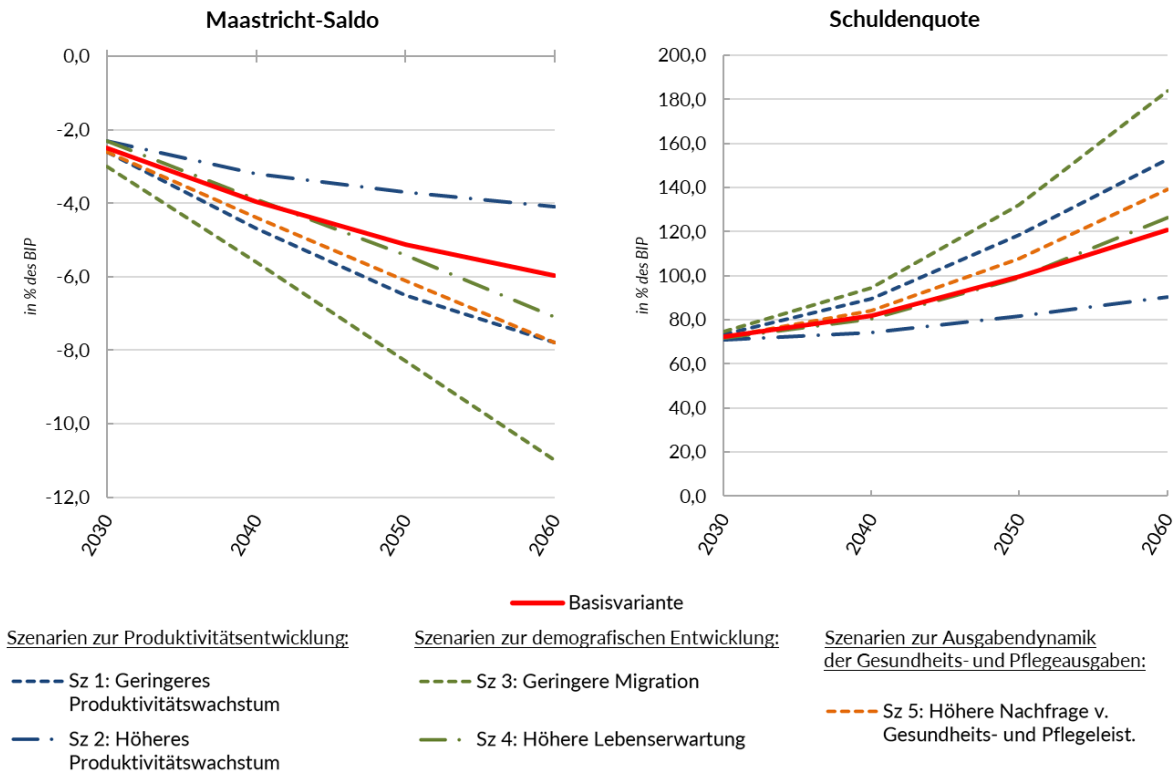
## Unterschiede zur Langfristigen Budgetprognose 2019

Das Budgetdefizit ist in der aktuell vorliegenden Prognose um jährlich bis zu 2,5 %-Punkte höher als in der vorangehenden Langfristigen Budgetprognose 2019. Dadurch ist auch die Schuldenquote im Jahr 2060 mit 120,8 % des BIP fast doppelt so hoch. Die wesentlichen Ursachen für diese Abweichungen liegen im zuletzt krisenbedingt deutlich angestiegenen Schuldenstand, im veränderten Zinsumfeld und in geänderten Ausgangswerten für die Fortschreibung der weiteren nicht-demografieabhängigen Ausgaben. Die Dynamik der demografieabhängigen Ausgaben hat sich gegenüber der vorangegangenen Prognose hingegen kaum verändert. Ein gegenläufiger Effekt resultiert aus der nun etwas höheren Prognose der Staatseinnahmenquote.



### Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen

Eine Budgetprognose über einen derart langen Zeitraum ist mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Um die Auswirkungen von abweichenden Annahmen bei der Wirtschaftsentwicklung, der demografischen Entwicklung und bei der Inanspruchnahme von Gesundheits- und Pflegeleistungen auf die Ergebnisse zu untersuchen, werden eine Reihe von Sensitivitätsanalysen durchgeführt:



Zu einer günstigeren Budgetentwicklung kommt es im Szenario 2, in dem ein höheres Produktivitätswachstum angenommen wird. In den anderen Szenarien steigen Budgetdefizit und Schuldenstand teilweise deutlich stärker an als im Basisszenario.

### Ergebnisse weiterer langfristiger Budgetprognosen

Die langfristigen Projektion der Europäischen Kommission im Rahmen des Ageing Reports und des Fiskalrats im Rahmen eines Nachhaltigkeitsberichts weisen zur Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben recht ähnliche Ergebnisse aus, wobei der Ageing Report den niedrigsten Ausgabenverlauf prognostiziert. Allerdings gibt es markante Unterschiede bei der Prognose der nicht-demografieabhängigen Ausgaben (insbesondere der Zinsausgaben), die in der Prognose des BMF am höchsten sind. Die höheren Zinsausgaben dürften zu einem großem Teil auf unterschiedliche Zinsannahmen und auf den in der aktuellen BMF-Prognose höheren Ausgangswert beim Schuldenstand zurückzuführen sein. Im Jahr 2060 ergeben die Projektionen des BMF eine mehr als doppelt so hohe Schuldenquote als jene des Fiskalrats.





## 2 Konzept der Langfristigen Budgetprognose

Der/Die Bundesminister:in für Finanzen ist gemäß § 15 Abs. 2 BHG 2013 verpflichtet, alle drei Jahre eine hinreichend begründete, nachvollziehbare, Langfristige Budgetprognose für einen Zeitraum von mindestens 30 Finanzjahren zu erstellen. Die Langfristige Budgetprognose 2022 basiert wie auch die vorangegangenen Langfristigen Budgetprognosen auf einer vom WIFO im Auftrag des BMF erstellten Studie.<sup>1</sup>

Im Fokus der Langfristigen Budgetprognose stehen die Auswirkungen der langfristigen demografischen Trends auf die öffentlichen Haushalte in Österreich. Auf Basis der prognostizierten demografischen Entwicklung und bestimmter makroökonomischer Annahmen werden in verschiedenen Szenarien die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Gesamtausgaben und -einnahmen des Sektors Staat, den Maastricht-Saldo und die Schuldenquote bis zum Jahr 2060 ermittelt. Dabei wird eine unveränderte Politik („No Policy Change“) unterstellt.

Als demografieabhängige Ausgaben werden dabei die Ausgaben für Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung, Arbeitslosigkeit sowie Familienleistungen betrachtet. Die Langfristige Budgetprognose soll Trends für diese Ausgabenkategorien aufzeigen, die sich aus der Alterung und der Zusammensetzung der Bevölkerung ergeben. Insbesondere werden deren voraussichtlichen Anteile am BIP und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen dargestellt. Durch die „No Policy Change“ Annahme zeigt die Prognose, wie sich die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen und Tendenzen in der Zukunft auswirken würden. Für die Politik sollen dadurch Steuerungsnotwendigkeiten aufgezeigt werden, die sich aus der Prognose der demografischen Entwicklungen ergeben.

Die Langfristige Budgetprognose 2022 berücksichtigt erstmals auch Prognosen zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen sowie klimarelevante Kosten und Risiken. Hierfür wurde in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt (UBA) ein Klimamodul erarbeitet.<sup>2</sup> Diese Erweiterung des Berichts ist grundsätzlich zu begrüßen, in zukünftigen Berichten sollte jedoch eine bessere Integration der Ergebnisse in den Gesamtbericht angestrebt werden.

---

<sup>1</sup> Siehe die [WIFO-Studie zu den Langfristigen Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich](#).

<sup>2</sup> Siehe die [Studie des Umweltbundesamtes zur Integration eines Klimamoduls in die langfristige Budgetprognose](#).



Die Langfristige Budgetprognose erfolgt aus einer gesamtstaatlichen Perspektive, das heißt die Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern werden nicht gesondert ausgewiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die demografische Entwicklung in unterschiedlichem Ausmaß auf die einzelnen Gebietskörperschaften je nach deren Aufgabenbereich auswirkt. Während die Ausgabenentwicklung im Gesundheits- und Pflegebereich auch die Länder und Gemeinden in hohem Ausmaß betrifft, ist dies etwa für den Pensions- oder Arbeitsmarktbereich nur eingeschränkt der Fall.

Weitere langfristige Budgetprognosen mit Ergebnissen für Österreich werden insbesondere von der Europäischen Kommission (EK) im Rahmen des Ageing Reports<sup>3</sup> und vom Fiskalrat im Rahmen eines 2021 erstmals veröffentlichten Nachhaltigkeitsberichts<sup>4</sup> durchgeführt. Die Alterssicherungskommission veröffentlicht zudem alle drei Jahre (zuletzt 2021) einen Bericht über die langfristige Entwicklung und Finanzierbarkeit der gesetzlichen Pensionsversicherung<sup>5</sup> sowie der Pensionen der Beamt:innen<sup>6</sup>. Die Ergebnisse dieser weiteren Prognosen werden in Pkt. 8 im Überblick dargestellt.

### 3 Rahmenbedingungen der Langfristigen Budgetprognose

Ein wesentliches Element der Langfristigen Budgetprognose sind die der Prognose zugrunde gelegten demografischen und makroökonomischen Rahmenbedingungen. Grundlage für die demografische Entwicklung ist die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria aus dem Jahr 2022. Für die Wirtschaftsentwicklung hat das WIFO auf Basis einer Produktionsfunktion mit Arbeit, Kapital und technologischem Fortschritt als Inputfaktoren die Wirtschaftsentwicklung bis 2060 fortgeschrieben, wobei hier einige vereinfachte Annahmen getroffen werden mussten.

---

<sup>3</sup> Siehe [Ageing Report 2021](#) der Europäischen Kommission.

<sup>4</sup> Siehe [Bericht des Fiskalrats über die fiskalische Nachhaltigkeit aus dem Jahr 2021](#).

<sup>5</sup> Siehe [Bericht über die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung für den Zeitraum 2020 bis 2070](#).

<sup>6</sup> Siehe [Gutachten der Alterssicherungskommission über die langfristige Entwicklung und Finanzierbarkeit der Pensionen der Beamt:innen des Bundes, der Länder und der Gemeinden für die Jahr 2020 bis 2070](#).



### 3.1 Bevölkerungs- und Erwerbsprognose bis 2060

Die Bevölkerungsstruktur in Österreich wird sich in den nächsten Jahrzehnten stark verändern. Dies ist vor allem auf eine weiterhin steigende Lebenserwartung bei gleichzeitig niedrigen Geburtenraten zurückzuführen. Zudem werden die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre in den nächsten Jahren in Pension gehen. Etwas abgeschwächt wird die aus dieser Entwicklung resultierende Alterung der Gesellschaft durch die erwarteten positiven Migrationsalden (Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen). Aus dieser Veränderung der Bevölkerungsstruktur resultiert ein Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter. Aufgrund anhaltend steigender Erwerbsquoten von Frauen<sup>7</sup> und älteren Menschen und dem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte ist jedoch insbesondere in den nächsten Jahren noch eine steigende Zahl an (aktiven) Erwerbspersonen zu erwarten.

Die Grundlage für die Langfristige Budgetprognose des BMF bilden eine vorläufige Version der Bevölkerungsprognose (Hauptvariante) aus dem Jahr 2022 und eine Erwerbsquotenprognose von WIFO und IHS aus dem Jahr 2021<sup>8</sup>. Die vorläufige Version der Bevölkerungsprognose weicht insbesondere in der mittleren und längeren Frist etwas von der finalen Version ab, die der Budgetdienst für seine Darstellungen zur demografischen Entwicklung verwendet. In der finalen Version der Bevölkerungsprognose 2022 ist etwa der Anteil der unter 15 bzw. über 64-Jährigen an den 15 bis 64-Jährigen (Belastungsquote) im Jahr 2060 mit 74,6 % um 3,4 %-Punkte höher als in der vom WIFO bzw. BMF verwendeten vorläufigen Version. Dadurch dürfte es in der Budgetprognose zu einer gewissen Unterschätzung der demografieabhängigen Ausgaben gekommen sein.

---

<sup>7</sup> Die Erwerbsquote von Frauen steigt im Prognosezeitraum insbesondere aufgrund des ab 2024 schrittweise steigenden gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen von 60 auf 65 Jahre.

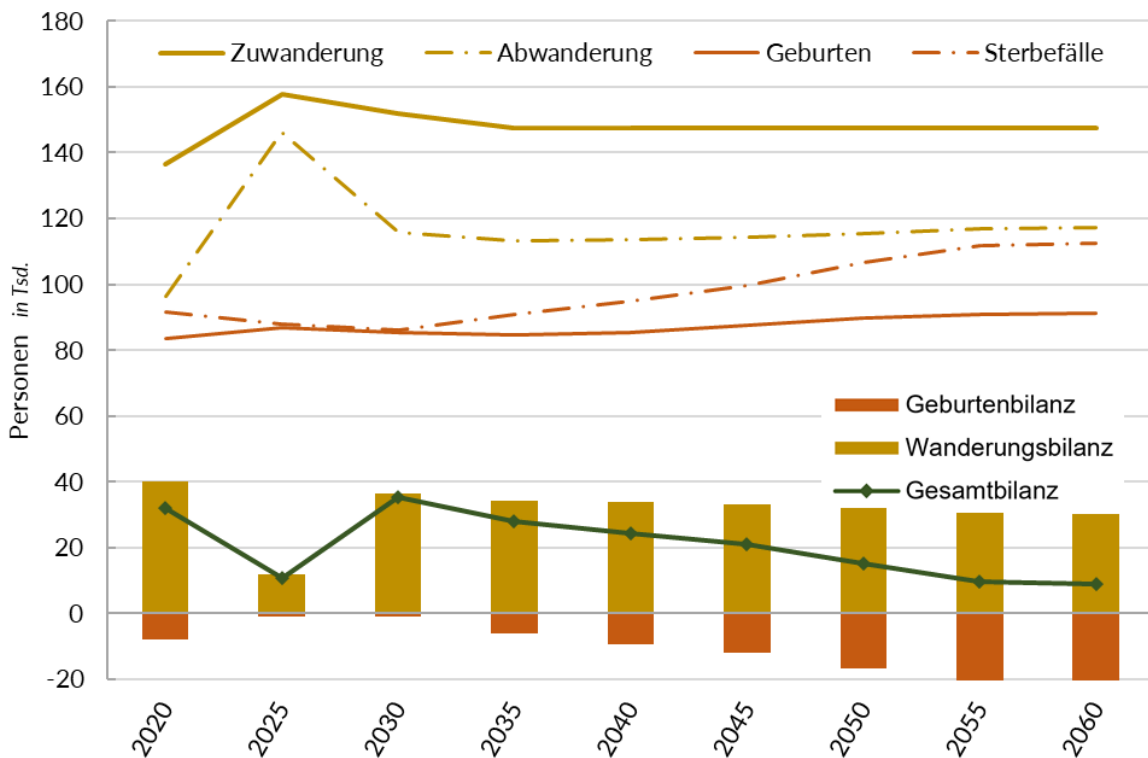
<sup>8</sup> Siehe [WIFO und IHS \(2021\): A Long-run Macroeconomic Model of the Austrian Economy \(A-LMM 2.0\)](#).



### 3.1.1 Bevölkerungsprognose

Die aktuelle Entwicklung einer wachsenden und alternden Bevölkerung wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Wie aus der nachstehenden Grafik ersichtlich wird die Bevölkerung in den nächsten Jahren fast ausschließlich aufgrund der über den gesamten Betrachtungszeitraum angenommenen positiven Wanderungsbilanz weiter zunehmen:<sup>9</sup>

**Grafik 1: Bevölkerungsbewegung bis 2060**



Anmerkung: Während die Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF noch auf einer vorläufigen Version der Bevölkerungsprognose 2022 basiert, verwendet der Budgetdienst für seine Auswertungen zur demografischen Entwicklung die finale Version der Bevölkerungsprognose 2022. Dadurch kommt es insbesondere in der mittleren und langen Frist zu Abweichungen bei der dargestellten demografischen Entwicklung.

Quelle: Bevölkerungsprognose der Statistik Austria aus dem Jahr 2022.

Die **Wanderungsbilanz** ist im gesamten Betrachtungszeitraum positiv, im Jahr 2020 stehen 136.343 zugewanderten Personen 96.279 abgewanderte Personen gegenüber, was einer positiven Wanderungsbilanz von 40.064 Personen entspricht. In der kurzen und mittleren Frist spielen die Annahmen zur Fluchtmigration aus der Ukraine eine wesentliche Rolle für die Wanderungsbilanz. Nach einer Phase der verstärkten

<sup>9</sup> Die Geburtenbilanz ist in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2022 nur im Zeitraum 2026 bis 2029 leicht positiv.



Zuwanderung bis 2024 kommt es in den Jahren 2025 und 2026 zu einer verstärkten Rückkehr, wodurch die Wanderungsbilanz vorübergehend deutlich abnimmt.<sup>10</sup> Nach diesem vorübergehenden Rückgang steigt die positive Wanderungsbilanz wieder auf 38.132 Person im Jahr 2027 an und geht dann langsam aber kontinuierlich auf 30.090 Personen im Jahr 2060 zurück.

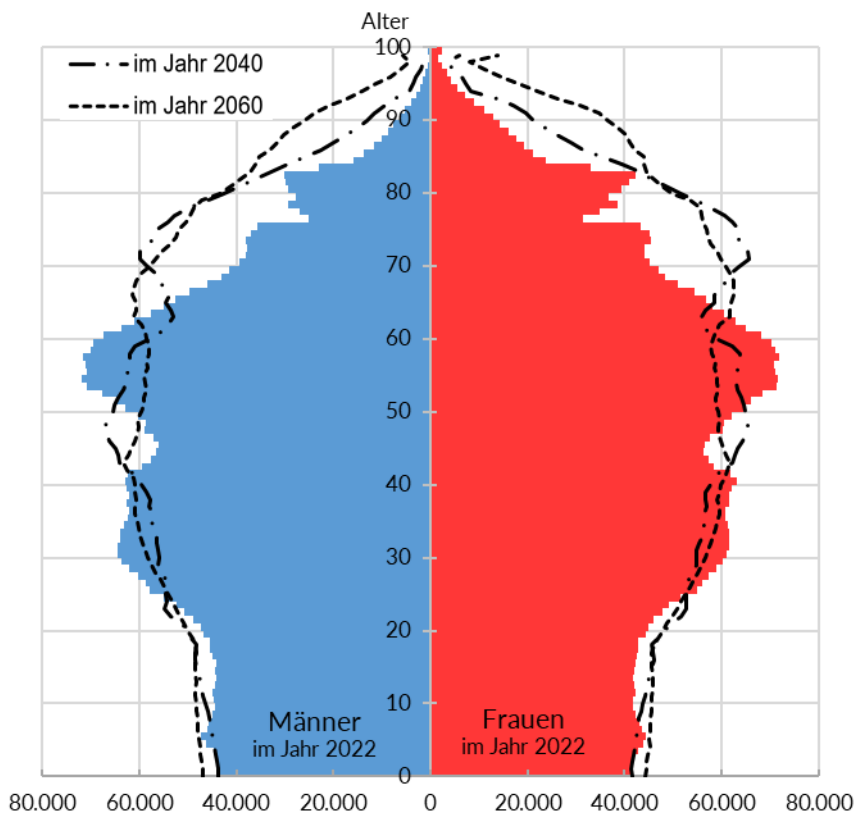
Die Zahl der Geburten steigt zunächst von 83.603 im Jahr 2020 auf 87.087 im Jahr 2024 an und sinkt danach vorübergehend wieder auf ein etwas niedrigeres Niveau. Ab den 2040er Jahr werden zunehmende Geburtenzahlen prognostiziert, bis zum Jahr 2060 sollen die Geburten auf 91.107 ansteigen. Die Sterbefälle gehen nach den außergewöhnlich hohen Werten 2020 und 2021 mit 91.599 bzw. 91.962 Sterbefällen bis 2028 etwas zurück und steigen dann aufgrund der Alterung der Bevölkerung deutlich auf 112.425 Sterbefälle im Jahr 2060 an. Die Sterbefälle sind fast im gesamten Prognosezeitraum höher als die Geburtenzahlen, woraus im Prognosezeitraum mit Ausnahme der Jahre 2026 bis 2029 eine negative **Geburtenbilanz** resultiert. Ab 2030 verschlechtert sich die Geburtenbilanz schrittweise auf -21.318 im Jahr 2060.

Insgesamt bewirkt diese Entwicklung für die Bevölkerungsprognose eine sinkende, im gesamten Betrachtungszeitraum aber positive Gesamtbilanz. Dadurch kommt es zu einem Anstieg der Bevölkerungszahl um 10,2 %, von 9,04 Mio. im Jahr 2022 auf 9,96 Mio. im Jahr 2060. Allerdings wird sich die Bevölkerungsstruktur im Betrachtungszeitraum deutlich verändern. In der nachstehenden Grafik wird die in der Bevölkerungsprognose erwartete Veränderung der Bevölkerungsstruktur bis 2060 dargestellt:

---

<sup>10</sup> Durch die Annahmen zum Familiennachzug wird dieser Effekt etwas abgeschwächt. Derartige Annahmen sind naturgemäß mit einer hohen Unsicherheit behaftet.

Grafik 2: Bevölkerungspyramide 2022, 2040 und 2060



Anmerkung: Während die Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF noch auf einer vorläufigen Version der Bevölkerungsprognose 2022 basiert, verwendet der Budgetdienst für seine Auswertungen zur demografischen Entwicklung die finale Version der Bevölkerungsprognose 2022. Dadurch kommt es insbesondere in der mittleren und langen Frist zu Abweichungen bei der dargestellten demografischen Entwicklung.

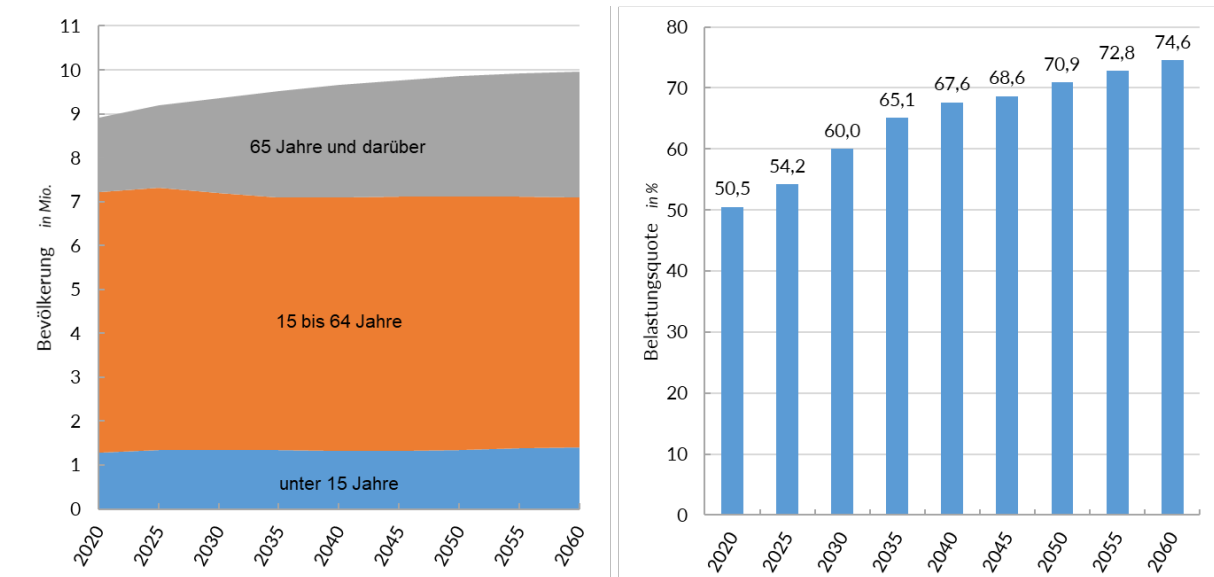
Quelle: Bevölkerungsprognose der Statistik Austria aus dem Jahr 2022.

Die Verschiebung der Bevölkerungspyramide nach oben veranschaulicht die in den nächsten Jahren zu erwartende Alterung der Gesellschaft. Insbesondere die Zahl der über 65-Jährigen wird in den nächsten Jahren deutlich ansteigen, während die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) leicht zurückgehen wird. Neben der steigenden Lebenserwartung und den seit Mitte der 70er Jahre stagnierenden Geburtenzahlen ist diese Entwicklung auf die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre („Baby-Boomer“) zurückzuführen, die in den nächsten Jahren das Pensionsantrittsalter erreichen.

Die Änderung der Bevölkerungsstruktur bewirkt auch stetig steigende „**Belastungsquoten**“, die das Verhältnis der Anzahl von Personen im Alter unter 15 Jahren und ab 65 Jahren zur Anzahl an Personen im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren beschreiben. In der nachstehenden Grafik wird die Entwicklung der Belastungsquoten und der Bevölkerung gegliedert nach diesen drei Gruppen (<15, 15-64, >65) dargestellt:



**Grafik 3: Bevölkerungsstruktur und Belastungsquote 2020 bis 2060**



Anmerkung: Während die Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF noch auf einer vorläufigen Version der Bevölkerungsprognose 2022 basiert, verwendet der Budgetdienst für seine Auswertungen zur demografischen Entwicklung die finale Version der Bevölkerungsprognose 2022. Dadurch kommt es insbesondere in der mittleren und langen Frist zu Abweichungen bei der dargestellten demografischen Entwicklung.

Quelle: Bevölkerungsprognose der Statistik Austria aus dem Jahr 2022.

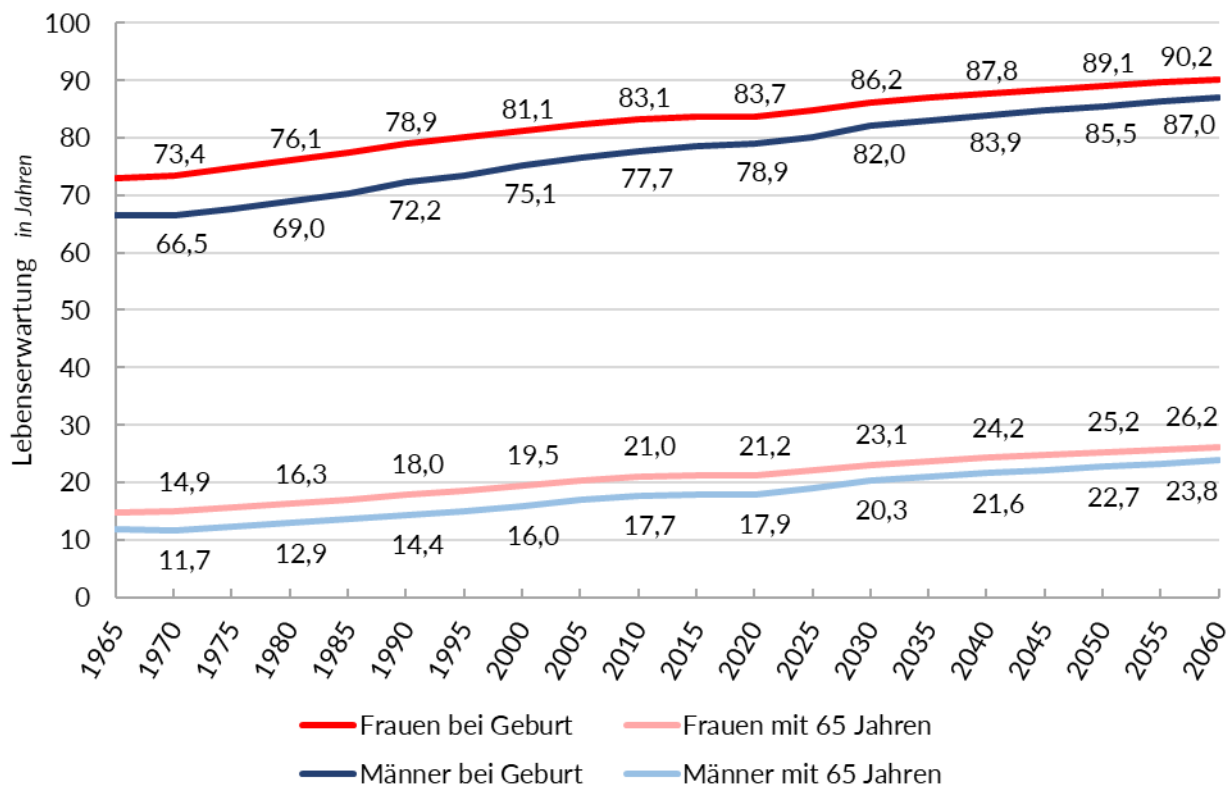
Während die Zahl der Personen ab 65 Jahren von 1,71 Mio. im Jahr 2020 auf 2,86 Mio. im Jahr 2060 deutlich ansteigt (+67,4 %), nimmt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) im selben Zeitraum von 5,93 Mio. auf 5,71 Mio. Personen ab. Die Zahl der unter 15-Jährigen steigt im Betrachtungszeitraum leicht von 1,28 Mio. auf 1,40 Mio. Personen. Insgesamt resultiert daraus ein Anstieg der Belastungsquote<sup>11</sup> von 50,5 im Jahr 2020 auf 74,6 im Jahr 2060.

Ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die Alterung der Gesellschaft ist der kontinuierliche **Anstieg der Lebenserwartung**, sowohl bei Geburt als auch im Alter von 65 Jahren:

<sup>11</sup> Diese wird wie folgt berechnet:  $Belastungsquote = \left( \frac{Personen < 15 + Personen > 64}{Personen 15-64} \right) * 100$ .



**Grafik 4: Lebenserwartung bei Geburt und im Alter von 65**



Anmerkung: Während die Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF noch auf einer vorläufigen Version der Bevölkerungsprognose 2022 basiert, verwendet der Budgetdienst für seine Auswertungen zur demografischen Entwicklung die finale Version der Bevölkerungsprognose 2022. Dadurch kommt es insbesondere in der mittleren und langen Frist zu Abweichungen bei der dargestellten demografischen Entwicklung.

Quelle: Bevölkerungsprognose der Statistik Austria aus dem Jahr 2022.

Die Grafik zeigt seit Mitte der 1960er Jahre einen deutlichen Anstieg der Lebenserwartung sowohl bei Geburt als auch im Alter von 65 Jahren.<sup>12</sup> Dieser Trend wird gemäß der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria auch in den nächsten Jahren anhalten. Während 1970 geborene Frauen eine Lebenserwartung von 73,4 Jahren hatten, haben 2022 geborene Mädchen bereits eine Lebenserwartung von 83,9 Jahren.<sup>13</sup> Bis 2060 wird ein weiterer Anstieg auf 90,2 Jahre erwartet. Der Anstieg der Lebenserwartung der Männer fällt noch stärker aus, sodass der deutliche

<sup>12</sup> Die Lebenserwartung bei der Geburt gibt das Alter an, das die Neugeborenen eines bestimmten Jahrgangs durchschnittlich erreichen würden, wenn die aus den Sterbetafeln ermittelte altersspezifische Mortalität künftig konstant bleibt. Da sich die altersspezifische Mortalität auch in Zukunft weiter nach hinten verschieben wird, ist die tatsächliche Lebenserwartung der Neugeborenen bereits höher. Die Lebenserwartung im Alter von 65 wird ebenfalls unter der Annahme einer künftig konstanten altersspezifischen Mortalität ermittelt. Auch hier gilt, dass die tatsächliche Lebenserwartung der zum jeweiligen Prognosezeitpunkt 65-Jährigen höher ist, weil sich die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten nach hinten verschieben.

<sup>13</sup> In den Jahren 2020 und 2021 war die Lebenserwartung bei Geburt aufgrund der Übersterblichkeit infolge von COVID-19 rückläufig, weil die sich die altersspezifische Mortalität entgegen dem Trend nach vorne verschoben hat.





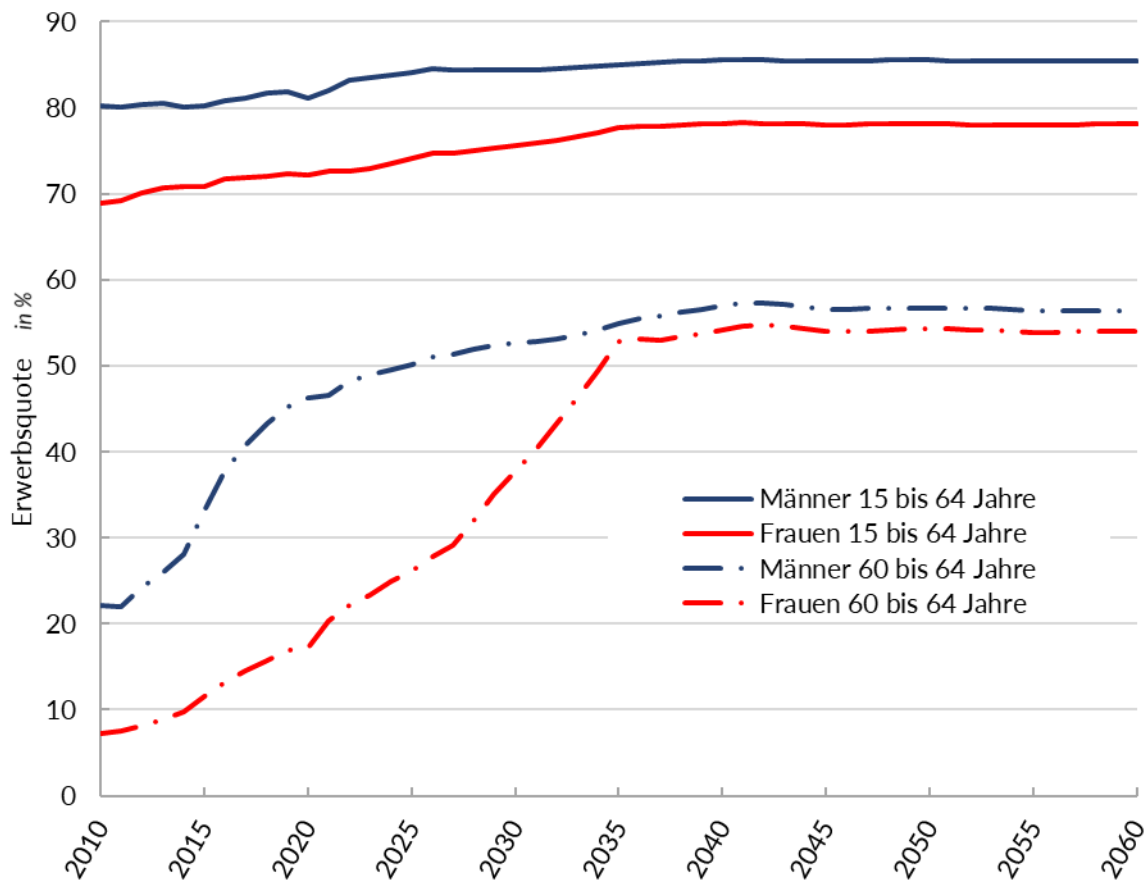
Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen im gesamten Betrachtungszeitraum zwar bestehen bleibt, mit der Zeit aber deutlich abnimmt. Im Jahr 1970 war die Lebenserwartung von Männern bei der Geburt um 6,9 Jahre niedriger als jene von Frauen, im Jahr 2022 liegt dieser Unterschied nur noch bei 4,8 Jahren und bis zum Jahr 2060 wird ein weiterer Rückgang auf 3,2 Jahre erwartet.

Frauen, die im Jahr 1970 65 Jahre alt waren, hatten noch eine Lebenserwartung von 14,9 Jahren, sie wurden im Durchschnitt also 79,9 Jahre alt. Bei Männern im Alter von 65 lag die Lebenserwartung im Jahr 1970 bei 11,7 Jahren. Im Jahr 2022 liegen diese Werte bereits bei 21,4 (Frauen) bzw. bei 18,3 (Männer) Jahren, bis 2060 wird ein weiterer deutlicher Anstieg auf 26,2 bzw. 23,8 Jahre erwartet.

### 3.1.2 Erwerbsprognose

Die Auswirkung dieser demografischen Entwicklung auf die öffentlichen Finanzen wird durch den erwarteten Anstieg der **Erwerbsquoten** etwas abgeschwächt. Dieser resultiert aus der erwarteten, weiter steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen sowie aus dem positiven Wanderungssaldo (der überwiegende Teil der Migration findet im erwerbsfähigen Alter statt):

Grafik 5: Entwicklung der Erwerbsquoten bis 2060



Quelle: Erwerbsquotenprognose von WIFO und IHS.

Die **Erwerbsquoten** ergeben sich als Verhältnis der Erwerbspersonen zur Zahl der Personen insgesamt in der jeweiligen Alterskategorie. Zu den Erwerbspersonen zählen unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

Im Prognosezeitraum steigt insbesondere der Erwerbsquote der Frauen im Alter von 60 bis 64 Jahren aufgrund des schrittweisen Anstieg des gesetzlichen Pensionsantrittsalters ab 2024 signifikant von etwa 20 % auf 54 % im Jahr 2060 an. Diese Entwicklung erklärt zu einem wesentlichen Teil den Anstieg der Erwerbsquote von Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren von etwa 73 % im Jahr 2022 auf mittel- und langfristig knapp über 78 %. Damit nähert sich die Frauenerwerbsquote an jene der Männer an, sie liegt aber im gesamten Prognosezeitraum unter jener der Männer. Diese steigt von weiter leicht auf 85,5 % im Jahr 2060 an, im Segment der 60 bis 64-jährigen kommt es durch den angenommenen Anstieg des faktischen Pensionsantrittsalters zu einem etwas stärkeren Anstieg.



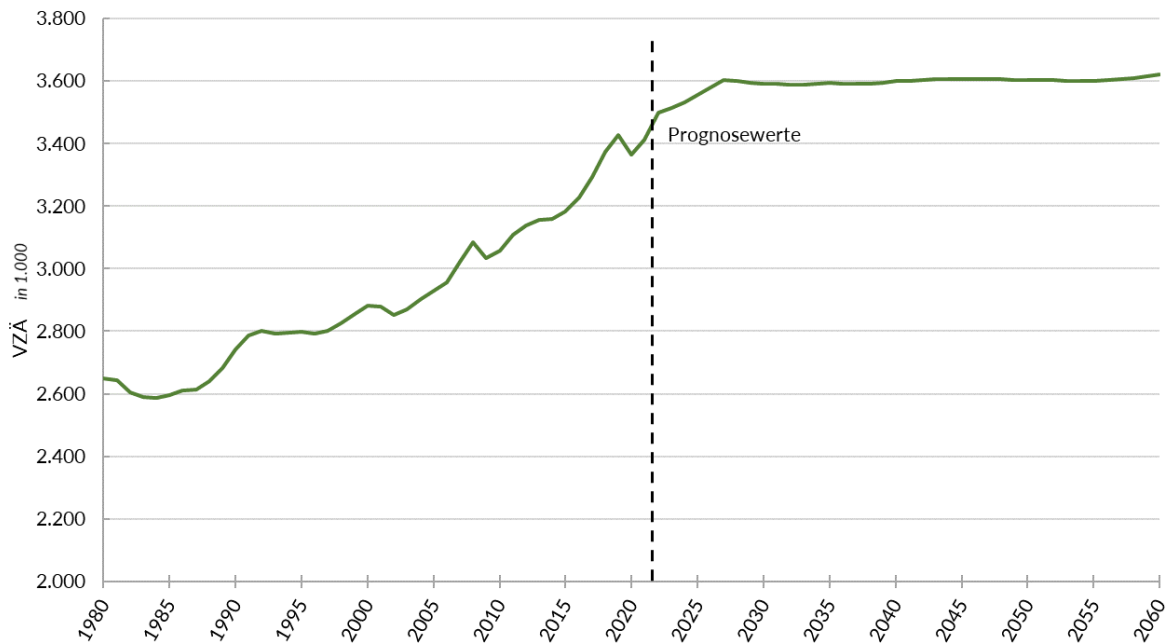
### 3.2 Makroökonomische Rahmenbedingungen

Die Wirtschaftsentwicklung bis 2060 wird auf Basis einer Produktionsfunktion fortgeschrieben, auf der in weiterer Folge die Fiskalprognose aufbaut. Für die Fiskalprognose ist dabei insbesondere die zugrunde gelegte Beschäftigungs- und Lohnentwicklung von Relevanz, zudem dient das fortgeschriebene BIP als Bezugsgröße für die Defizit- und Schuldenentwicklung. Als Referenz für die makroökonomische Entwicklung bis 2027 dient die mittelfristige Prognose des WIFO vom Oktober 2022<sup>14</sup>. In weiterer Folge basieren die Projektionen auf einem angebotsseitigen Modell, bei dem die Wirtschaft langfristig entlang ihres Produktionspotentials wächst. Grundlage ist eine Cobb Douglas Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen und Arbeit, Kapital sowie technologischem Fortschritt als Produktionsfaktoren. Jeder dieser Produktionsfaktoren trägt in unterschiedlichem Ausmaß zum Wirtschaftswachstum bei.

Der **Faktor Arbeit** wird aus der in Pkt. 3.1 beschriebenen Bevölkerungs- bzw. Erwerbsquotenprognose abgeleitet, die auf die Personenanzahl abstellen. Da für die Abschätzung der Wirtschaftsleistung die tatsächlich erbrachte Arbeitsleistung (gemessen in Vollzeitäquivalenten) relevant ist, müssen Annahmen zur Entwicklung der Teilzeitquote und der Arbeitslosenquote getroffen werden. Für die Teilzeitquote, die seit 1976 nahezu kontinuierlich zugenommen hat, wird ein weiterer aber stetig abnehmender Anstieg angenommen. Die Arbeitslosenquote wird bis 2027 gemäß der WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2022 fortgeschrieben (2027: 6,4 %). Bis 2031 wird ein schrittweiser Rückgang auf 6,0 % angenommen, im restlichen Prognosezeitraum bleibt die Arbeitslosenquote auf diesem Niveau. Aus diesen Annahmen resultiert im Prognosezeitraum die folgende Entwicklung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR):

---

<sup>14</sup> Siehe WIFO (2022): [Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten](#).

**Grafik 6: Beschäftigung laut VGR (Vollzeitäquivalente)**

Quelle: WIFO (2022): Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich.

Die Beschäftigungsentwicklung steht im Spannungsfeld zwischen den steigenden Erwerbsquoten von Frauen und Männern sowie dem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte auf der einen Seite und dem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf der anderen Seite. Bis 2027 wird noch ein Anstieg der VZÄ angenommen, der aber etwas schwächer ausfällt als in der Phase seit 2010. Ab dem Jahr 2028 bleibt der Wert mit rd. 3,6 Mio. VZÄ bis zum Ende des Prognosezeitraums 2060 in etwa gleich.

Die **Entwicklung der Gesamtproduktivität** (technologischer Fortschritt)<sup>15</sup> wird als exogen angenommen. Mittel- und langfristig wird in der Prognose ein Wert 0,6 % pro Jahr unterstellt, in den ersten Jahren der Prognose ist das angenommene Produktivitätswachstum etwas geringer. In diesem Wert berücksichtigt wird ein vom Klimawandel ausgehender dämpfender Effekt, der im Ausmaß von 0,05 %-Punkten in die Prognose einfließt. Im Zeitraum 1976 bis 2021 lag das durchschnittliche Produktivitätswachstum bei 0,45 %, wobei es sich in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hat. Das in der Prognose unterstellte Produktivitätswachstum beruht daher auf einer eher optimistischen Annahme. Aufgrund der großen Unsicherheit

<sup>15</sup> Die Gesamtproduktivität („total factor productivity“) misst das Wachstum, das nicht durch die Veränderung von Arbeits- und Kapitaleinsatz erklärt werden kann und entspricht im Wesentlichen dem technologischen Fortschritt.

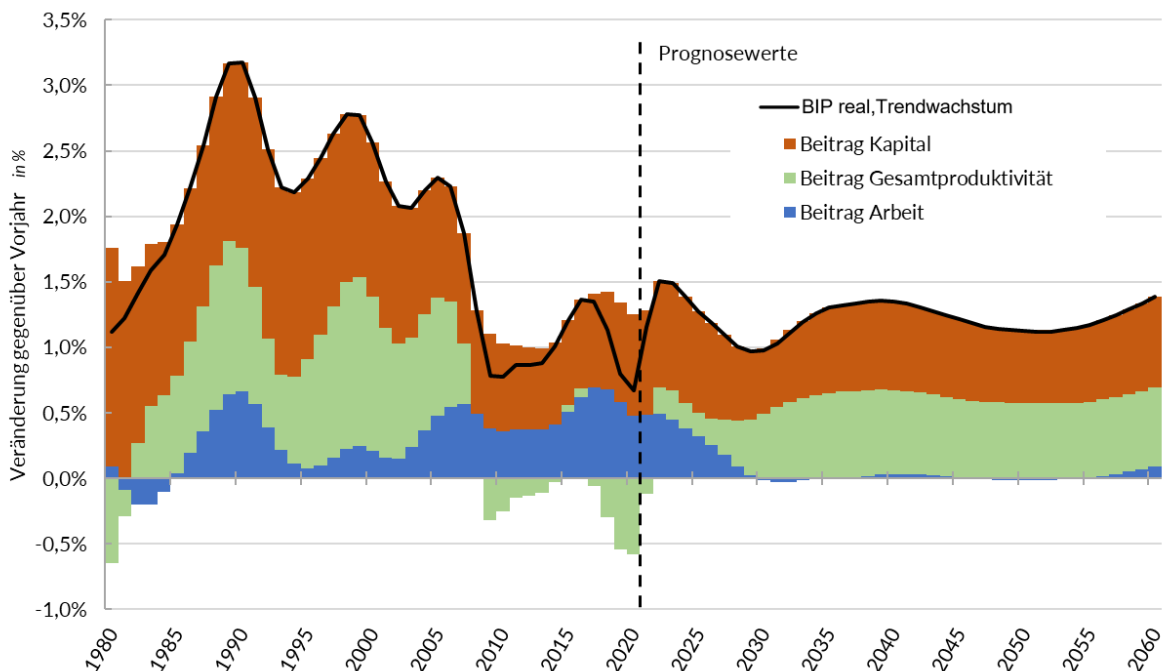


bezüglich dieses wichtigen Parameters wurden in der Langfristigen Budgetprognose zwei Sensitivitätsanalysen mit einer höheren und einer niedrigeren Produktivität durchgeführt (siehe Pkt. 7).

Für den **Kapitalstock** wird für den gesamten Prognosezeitraum ein unverändertes Verhältnis zum BIP unterstellt, d.h. die Kapitalquote sowie die Lohnquote sind über den gesamten Betrachtungszeitraum konstant. Da sowohl für den technologischen Fortschritt als auch für den Kapitalstock exogene Annahmen getroffen werden, ist in diesem Modell die Beschäftigungsentwicklung die zentrale Größe für die Wirtschaftsentwicklung.

Aus den Annahmen zu Beschäftigung, Kapitalstock und Gesamtproduktivität sowie der zugrunde gelegten Produktionsfunktion ergibt sich die langfristige Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Von 1976 bis 2021 betrug das **reale Wirtschaftswachstum** durchschnittlich rd. 1,9 % pro Jahr, für die Periode 2023 bis 2060 liegt die Schätzung aufgrund der demografiebedingten schwachen Dynamik des Arbeitskräfteangebots mit rd. 1,2 % pro Jahr darunter. Die Wachstumsbeiträge der einzelnen Produktionsfaktoren sind der nachstehenden Grafik zu entnehmen:

**Grafik 7: Wachstumsbeiträge und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts**



Quelle: WIFO (2022): Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich.

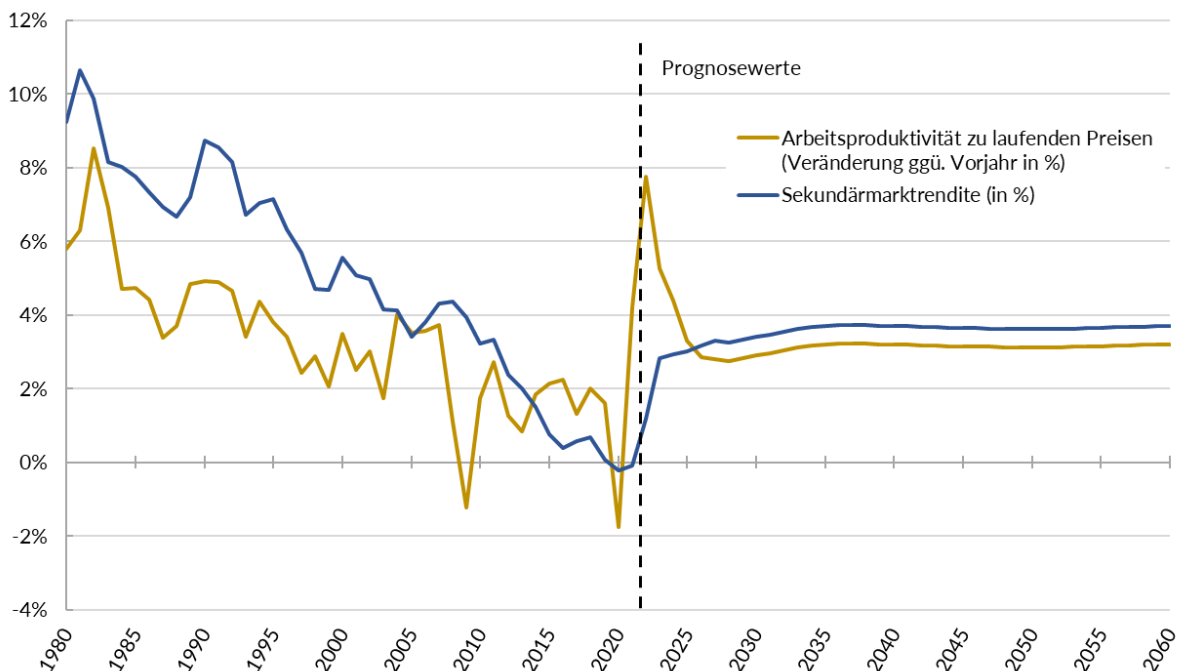


Das prognostizierte Wirtschaftswachstum beruht auf dem angenommenen Anstieg der Gesamtproduktivität und der Zunahme des Kapitalstocks, die sich aus der Annahme einer konstanten Kapitalquote (Kapitalstock/BIP) ergibt. Die Beschäftigung leistet bis 2027 noch einen wesentlichen positiven aber abnehmenden Wachstumsbeitrag, der danach aufgrund der oben beschriebenen demografischen Entwicklung aber weitgehend verschwindet.

Für die **Inflationsrate** wird ab 2028 ein Wert von 2,0 % angenommen, der dem aktuellen Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB) entspricht. Bis dahin werden die Werte aus der WIFO-Mittelfristprognose vom Oktober 2022 herangezogen, mit prognostizierten Inflationsraten zwischen 2,4 % (2027) und 8,3 % (2022).

Für den **Zinssatz** (Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen) wird als Referenzwert das Wachstum der Arbeitsproduktivität zu laufenden Preisen herangezogen:

**Grafik 8: Sekundärmarktrendite und Arbeitsproduktivität zu laufenden Preisen**



Quelle: WIFO (2022): Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich.

Während der Zinssatz im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 2021 um 1,7 %-Punkte höher war als die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität (zu laufenden Preisen), sank dieser Abstand in der Periode 1990 bis 2021 auf 1,4 % Punkte und im Zeitraum 2000 bis 2021 auf durchschnittlich 0,6 % Punkte. Betrachtet man nur die Niedrigzinsphase seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009, d.h. die Periode 2010 bis 2021,



dann war der Zinssatz im Durchschnitt um 0,5 % Punkte niedriger als die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität. In der Prognose wird eine Normalisierung der Geldpolitik unterstellt und angenommen, dass der negative Abstand geringer und ab 2026 sogar wieder positiv wird. Mittel- und langfristig wird mit einem positiven Abstand von 0,5 %-Punkten gerechnet. Bei einem Produktivitätswachstum von 1,2 % und einer Inflationsrate von 2,0 % beträgt der Zinssatz in der Prognose in der mittleren und langen Frist demnach 3,7 %. Kurzfristig weichen die Zinsannahmen markant von der vorangehenden Langfristigen Budgetprognose 2019 ab (siehe Pkt. 6), die längerfristigen Annahmen wurden nicht geändert.

### 3.3 Entwicklungen im Klimabereich

In der Langfristigen Budgetprognose 2022 wurde erstmal eine Analyse der Auswirkungen des Klimawandels auf die öffentlichen Finanzen vorgenommen, indem das sogenannte Klimamodul in die Prognose integriert wurde. Das Klimamodul umfasst die Modellierung der Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) in Österreich sowie deren makroökonomische Effekte und die damit verbundenen klimarelevanten budgetären Kosten und Risiken bis zum Jahr 2050. Das UBA erstellte dazu in enger Abstimmung mit dem BMF eine Studie zur Integration des Klimamoduls in die Langfristige Budgetprognose. Zu diesem Zweck wurden zwei Emissionsszenarien berechnet, ein Basisszenario und ein Aktivitätsszenario, die aktuelle Klimaschutzmaßnahmen, aber auch weiterführende Annahmen beinhalten.<sup>16</sup> Für die beiden Szenarien wurden die Auswirkungen auf ausgewählte makroökonomische Parameter als Input für die Langfristige Budgetprognose modelliert.

Grundlage für die Entwicklung der Szenarien sind internationale Verpflichtungen und die Zielsetzungen der Bundesregierung zur Reduktion der klimaschädlichen THG-Emissionen. In Österreich wurden im Jahr 2021 gemäß der vom UBA erstellten THG-Bilanz 2021 in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (CO<sub>2</sub>eq) gemessene THG-Emissionen iHv 77,5 Mio. Tonnen (t) CO<sub>2</sub>eq ausgestoßen. Dabei wurden 44 % vom Energie- und Industriesektor, 28 % durch den Verkehr, 12 % durch den Gebäudesektor und 11 % der THG-Emissionen durch die Landwirtschaft verursacht. Mit dem Übereinkommen

---

<sup>16</sup> Im Endbericht des Umweltbundesamtes zum Pilotprojekt, das im Auftrag des BMF erfolgte, stellt dieses die beiden untersuchten Szenarien und die Annahmen dar, die dem Basis- und dem Aktivitätsszenario zugrunde liegen. Die wesentlichen Annahmen und Unterschiede werden auch in einem Anhang zur Langfristigen Budgetprognose 2022 dargestellt.



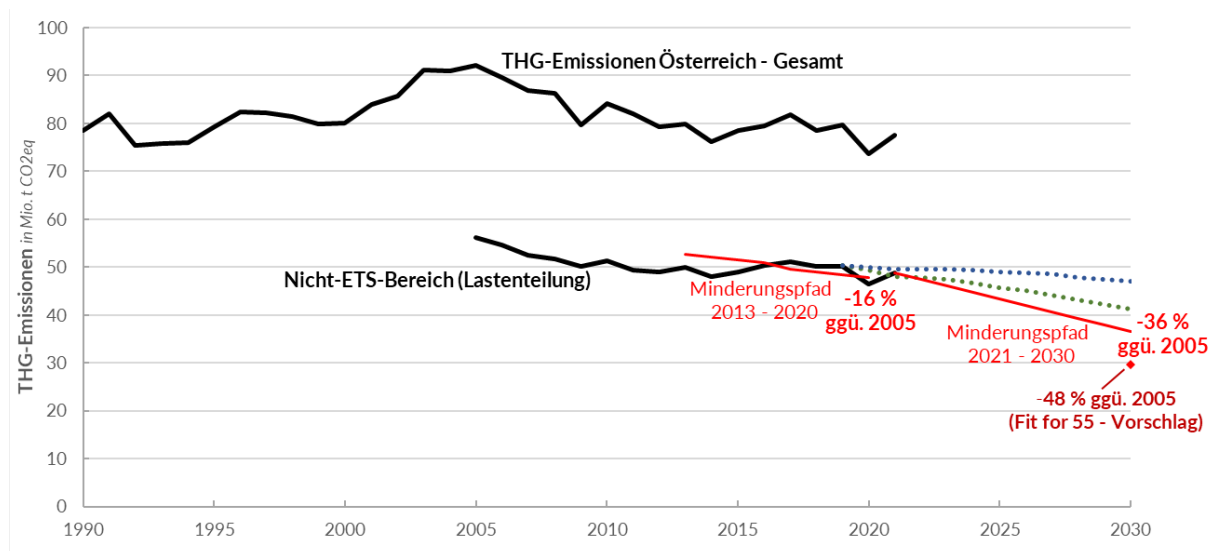
von Paris bekannten sich die Vertragsparteien dazu, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Auf EU-Ebene sollten die THG-Emissionen dazu bis 2030 um 40 % gegenüber 1990 reduziert werden. Das im Juni 2021 beschlossene EU-Klimagesetz sieht nunmehr deutlich ambitioniertere Ziele vor. Die THG-Emissionen sollen bis 2030 netto um mindestens 55 % gegenüber 1990 reduziert und bis 2050 soll das Ziel der Klimaneutralität erreicht werden. Zur Umsetzung dieser Ziele hat die Europäische Kommission am 14. Juli 2021 ein umfangreiches Legislativpaket „Fit for 55“ vorgeschlagen, das zahlreiche Adaptierungen und Verschärfungen der derzeit gültigen EU-Regelungen zum Klimaschutz umfasst. Dazu erfolgen nunmehr entsprechende Trilog-Verhandlungen, wobei bei wesentlichen Teilen des „Fit for 55“-Pakets bereits eine vorläufige Einigung erzielt worden ist.

Die THG-Emissionen der Sektoren Energie und energieintensive Industrie unterliegen dem Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS-Bereich), die Reduktionsziele der übrigen Sektoren (Straßenverkehr, Gebäudeheizung, Landwirtschaft, kleine Industrieanlagen und Abfallwirtschaft) werden durch die EU-Lastenteilungsverordnung auf die Mitgliedsstaaten aufgeteilt (Non-ETS-Bereich). Für Österreich bedeutet das „Fit for 55“-Paket unter anderem eine Zielerhöhung bis zum Jahr 2030 auf -48 % an THG-Emissionen gegenüber 2005 im Non-ETS-Bereich. Derzeit gilt für Österreich gemäß Lastenteilungsverordnung noch eine Verpflichtung zur Reduktion um 36 % gegenüber 2005.

Die nachfolgende Grafik zeigt die langfristige Entwicklung der THG-Emissionen in Österreich sowie die Zielwerte für den Nicht-Emissionshandelsbereich bis 2030:



## Grafik 9: Treibhausgasemissionen in Österreich



Quellen: Umweltbundesamt, Europäische Kommission, eigene Berechnungen.

Auf nationaler Ebene werden die Zielvorgaben zur Umsetzung der EU Lastenteilungsverordnung durch das Klimaschutzgesetz (KSG) festgelegt. Das ursprüngliche Klimaschutzgesetz ist mit 1. Jänner 2021 ausgelaufen. Ein Gesetzesbeschluss zu einem neuen Klimaschutzgesetz ist noch ausständig, die Bundesregierung hat sich im Regierungsprogramm jedoch zur Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2040 bekannt.

Die Langfristige Budgetprognose behandelt ausschließlich den Non-ETS-Bereich, dem rd. zwei Drittel der österreichischen Gesamtemissionen unterliegen und der in der unmittelbaren Zuständigkeit Österreichs liegt. Eine Nichterreichung der Zielsetzungen beinhaltet daher ein entsprechendes Risiko für die öffentlichen Finanzen.

Die Langfristige Budgetprognose sieht sowohl im Basis- als auch im Aktivitätsszenario im Vergleich zur THG-Projektion 2021 des UBA<sup>17</sup> ein stärkeres Absinken der THG-Emissionen vor. Die THG-Projektion des UBA umfasst ebenfalls zwei unterschiedliche Projektionsszenarien. Das Szenario mit bestehenden Maßnahmen (With existing measures – WEM-Szenario) bezieht ausschließlich die zum Stand 1. Jänner 2018 verbindlich umgesetzten Maßnahmen ein, während das Szenario mit zusätzlichen

<sup>17</sup> Das Umweltbundesamt erstellt in zweijährigem Intervall Szenarien über die mögliche Entwicklung von österreichischen Treibhausgas-Emissionen, die als Grundlage zur Erfüllung der EU-Berichtspflicht im Rahmen des Monitoring-Mechanismus (VO 525/2013/EG) herangezogen werden.

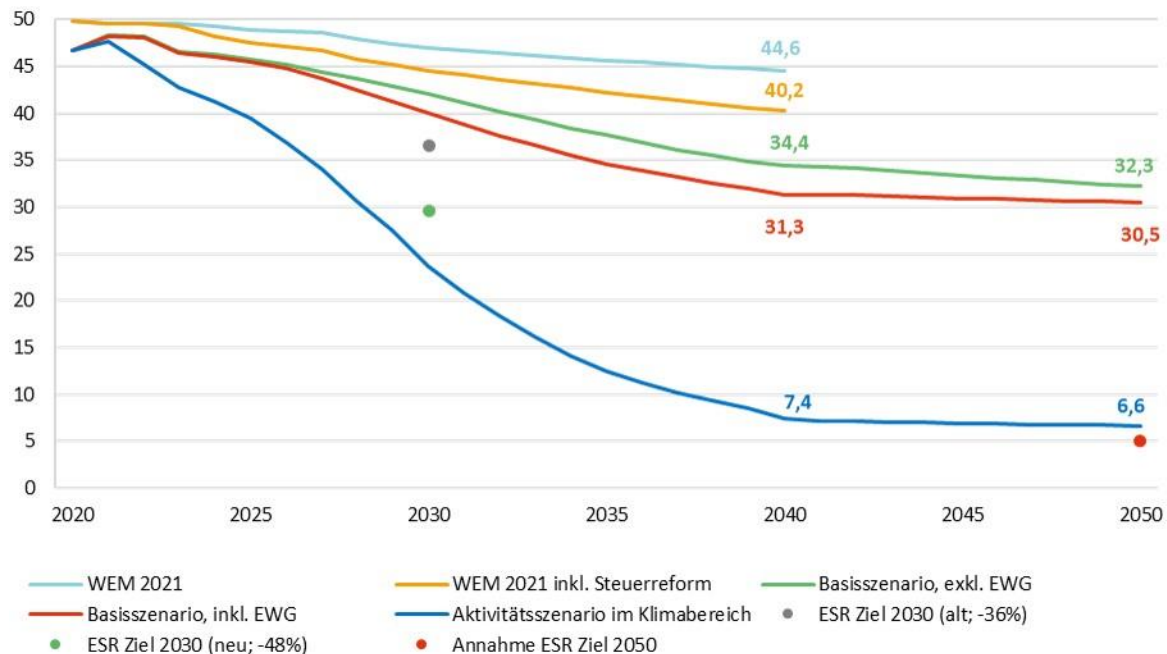


Maßnahmen (With additional measures – WAM-Szenario) auch die im Nationalen Klima- und Energieplan (NEKP) enthaltenen Maßnahmen berücksichtigt. Im WEM-Szenario sinken die THG-Emissionen bis 2030 gegenüber dem Referenzwert 2005 lediglich um 18 %. Im WAM-Szenario liegen die THG-Emissionen im Jahr 2030 rd. 28 % unter dem Referenzwert 2005.

Die nachfolgende Grafik stellt das WEM- und das WAM-Szenario dem Basis- und dem Aktivitätsszenario der Langfristigen Budgetprognose gegenüber und zeigt deren Effekte im Hinblick auf die Reduktionsziele.

### Grafik 10: Gegenüberstellung der Emissionsreduktionsszenarien

Sektoren gem. KSG 2013, in Mio. tCO<sub>2</sub>e



Quelle: BMF.

Die Prognose der THG-Emissionen im Basisszenario der Langfristigen Budgetprognose basiert auf einer Fortschreibung der gegenwärtigen gesetzlichen Grundlagen („no policy change“). Das Basisszenario enthält somit zusätzlich zu den Maßnahmen des WEM-Szenario der THG-Projektion 2021, die auf dem Gesetzesstand Anfang 2018 basiert, unter anderem die Maßnahmen der Ökosozialen Steuerreform (inklusive CO<sub>2</sub>-Bepreisung), das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG), das Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) sowie die im BFG 2023 und im BFRG 2023-2026



vorgesehenen Maßnahmen.<sup>18</sup> Im Aktivitätsszenario werden erweiterte Umweltschutz-Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern gesetzt.

Im Basisszenario sinken die THG-Emissionen stetig über die nächsten zwei Jahrzehnte und reduzieren sich im Vergleich zum Referenzjahr 2005 um etwa 30 % bis 2030 und um etwa 45 % bis 2040. Größere Reduktionen können dabei insbesondere in den Bereichen Verkehr und Gebäude erreicht werden. Der THG-Ausstoß sinkt bis 2030 auf etwa 40 Mio. t CO<sub>2</sub>eq und bis 2040 auf 31,3 Mio. t CO<sub>2</sub>eq. Zwischen 2040 und bis 2050 wird im Basisszenario nur noch eine relativ geringe Reduktion auf 30,5 Mio. t CO<sub>2</sub>eq prognostiziert. Das „Fit-for-55“-Ziel für Österreich liegt im Jahr 2030 bei rd. 29,6 Mio. t CO<sub>2</sub>eq. Im Basisszenario liegt Österreich im Jahr somit 2030 knapp 10,4 Mio. t CO<sub>2</sub>eq an THG-Emissionen (oder 25 % der prognostizierte THG-Emissionen) über dem „Fit-for-55“-Ziel.

Im Aktivitätsszenario werden weitere treibhausgas mindernde Maßnahmen und Annahmen inkludiert, die insbesondere auf eine weitere THG-Reduktion in den Sektoren Verkehr und Gebäude abzielen, die im Jahr 2021 gemeinsam für 63 % der Non-ETS Emissionen verantwortlich waren (Verkehr: 44 %, Gebäude 19 %). Dies führt zu einer Reduktion der Emissionen auf 7,4 Mio. t CO<sub>2</sub>eq. Bis 2040 sinken die Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energietoffe, im Sektor Gebäude und im Sektor Verkehr gegen null. Auch im Bereich der Industrie werden die Emissionen durch die unterstellten Maßnahmen stark reduziert. Im Aktivitätsszenario kommt es somit bis 2040 zu einer weitgehenden Dekarbonisierung der österreichischen Wirtschaft (-87,0 % THG-Emissionen gegenüber 2005). Das unionsrechtliche „Fit-for-55“-Ziel wird 2030 mit einer Unterschreitung des Zielwerts um rd. 6 Mio. t CO<sub>2</sub>eq (-58,4 % an THG-Emissionen gegenüber 2005) erreicht.

---

<sup>18</sup> In Grafik 10 wird auch eine Variante des WEM-Szenarios inkl. Ökosozialer Steuerreform dargestellt. Diese führt gemäß den Berechnungen des UBA gegenüber dem WEM-Szenario bis 2040 zu einer Reduktion der THG-Emissionen um 4,4 Mio. t CO<sub>2</sub>eq. Weiters wird das Basisszenario auch ohne Berücksichtigung des im November 2022 vorgelegten Ministerialentwurfs zum EWG ausgewiesen. Das Basisszenario inkl. EWG berücksichtigt die durch das EWG erwartete Reduktion der THG-Emissionen, nicht jedoch dessen makroökonomische Auswirkungen.



## 4 Ergebnisse der Langfristigen Budgetprognose 2022

In diesem Abschnitt werden die Hauptergebnisse der vom BMF vorgelegten Langfristigen Budgetprognose 2022 dargestellt. Diese weichen in einigen Bereichen markant von den Ergebnissen der vorangegangenen Langfristigen Budgetprognose 2019 ab und zeichnen ein deutlich pessimistischeres Bild. Auf die wesentlichen Ursachen für diese Unterschiede wird dann in Pkt. 6 näher eingegangen. Die Ergebnisse der durchgeführten Sensitivitätsanalysen, in denen bei einigenden zentralen Parametern (z. B. bezüglich Produktivitätswachstum, Lebenserwartung und Migration) abweichende Annahmen getroffen wurden, werden in Pkt. 7 dargestellt.

### 4.1 Ergebnisse im Überblick

In der nachstehenden Tabelle werden die Hauptergebnisse der Langfristigen Budgetprognose 2022 im Überblick dargestellt:

**Tabelle 1: Hauptergebnisse der Langfristigen Budgetprognose 2022**

<i>in % des BIP</i>	2019	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Gesamtausgaben Sektor Staat</b>	<b>48,6</b>	<b>56,7</b>	<b>51,1</b>	<b>52,3</b>	<b>53,2</b>	<b>53,9</b>	<b>54,4</b>	<b>55,0</b>	<b>55,5</b>	<b>55,9</b>
Demografieabhängige Ausgaben	29,8	33,0	31,5	32,4	33,2	33,6	33,8	34,2	34,6	34,8
Pensionen	13,4	14,6	14,3	15,1	15,5	15,4	15,2	15,1	15,1	15,1
Gesundheit	7,1	7,9	7,3	7,3	7,6	7,9	8,2	8,4	8,5	8,5
Pflege	1,3	1,4	1,6	1,8	2,0	2,2	2,4	2,6	2,9	3,1
Bildung	4,8	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,3	5,4
Arbeitslosigkeit	1,5	1,9	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
FLAF	1,8	2,1	1,7	1,6	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4
Nicht-demografieabhängige Ausgaben	18,8	23,7	19,6	19,9	20,0	20,3	20,6	20,9	20,8	21,1
davon Zinsen	1,4	1,3	1,4	1,8	2,3	2,8	3,3	3,8	4,2	4,7
<b>Gesamteinnahmen Sektor Staat</b>	<b>49,2</b>	<b>48,7</b>	<b>49,4</b>	<b>49,8</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>	<b>49,9</b>
<b>Maastricht-Saldo</b>	<b>0,6</b>	<b>-8,0</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,5</b>	<b>-3,3</b>	<b>-4,0</b>	<b>-4,5</b>	<b>-5,1</b>	<b>-5,5</b>	<b>-6,0</b>
<b>Schuldenquote</b>	<b>70,6</b>	<b>82,9</b>	<b>73,5</b>	<b>72,1</b>	<b>75,7</b>	<b>81,8</b>	<b>89,5</b>	<b>99,6</b>	<b>110,2</b>	<b>120,8</b>

Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

Die **gesamtstaatlichen Ausgaben** steigen, ausgehend von 48,6 % des BIP im Jahr 2019, bis zum Ende der Prognoseperiode 2060 auf 55,9 % des BIP an und damit deutlich stärker als die gesamtstaatlichen Einnahmen. Der Anstieg der Ausgabenquote gegenüber 2019 resultiert zu einem überwiegenden Teil aus höheren demografieabhängigen Ausgaben, deren Anteil am BIP bis 2060 um 5 %-Punkte auf 34,8 % des BIP ansteigt. Aber auch die nicht-demografieabhängigen Ausgaben steigen aufgrund höherer Zinsausgaben insgesamt um 2,3 %-Punkte auf 21,1 % des BIP an.

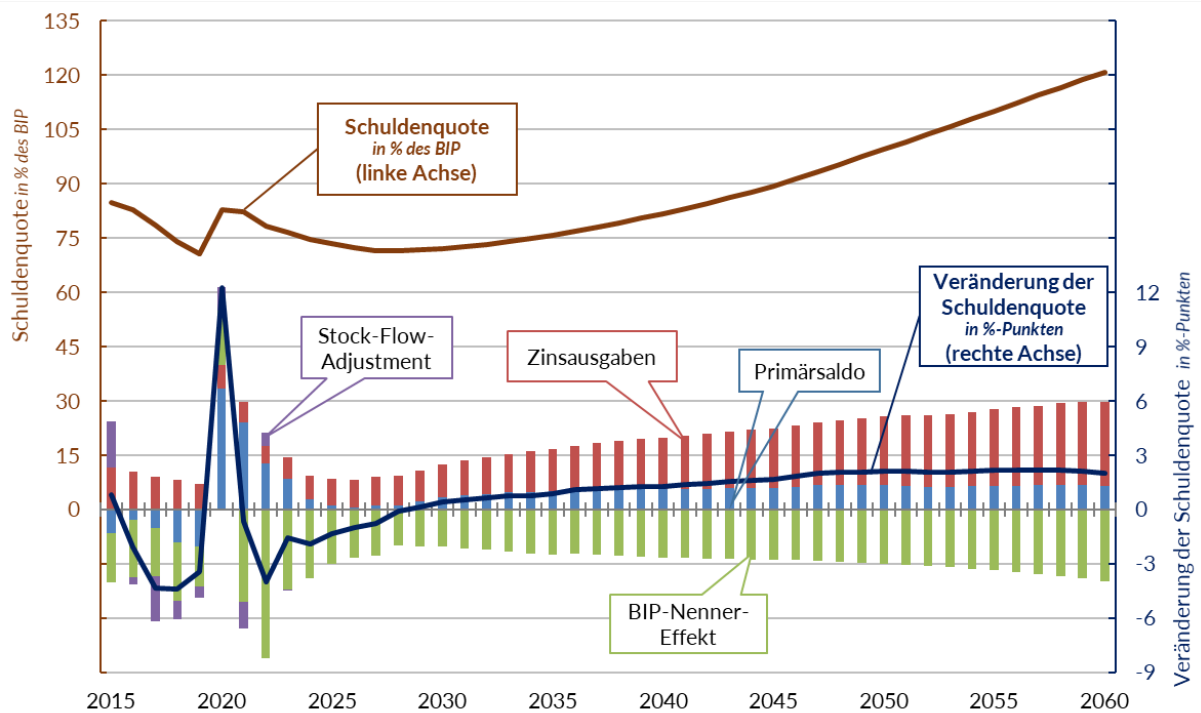


Die Dynamik der demografieabhängigen Ausgaben ist vergleichbar mit den Ergebnissen in der Langfristigen Budgetprognose 2019. Im Wesentlichen sind die in der aktuell vorliegenden Prognose deutlich ungünstigeren Ergebnisse bezüglich Defizit und Schuldenstand auf höhere nicht-demografieabhängige Ausgaben und den krisenbedingten höheren Ausgangswert beim öffentlichen Schuldenstand zurückzuführen (siehe Pkt. 6).

Die **gesamtstaatliche Einnahmenquote** bleibt im Prognosezeitraum weitgehend konstant, bis 2060 steigt sie um 0,7 %-Punkte auf 49,9 % des BIP an. Die Auswirkungen des im Klimamodul angenommenen Rückgangs des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf die Einnahmenquote bleibt unberücksichtigt. Unter der Annahme einer unveränderten Politik („no-policy-change“) führt ein Rückgang des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes grundsätzlich zu einer sinkenden Einnahmenquote, weil das Aufkommen einiger Abgaben (v. a. Mineralölsteuer, CO<sub>2</sub>-Bepreisung) mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß sinkt. Es wird angenommen, dass diese Mindereinnahmen durch Mehreinnahmen bei bestehenden bzw. neue Steuern ersetzt werden.

Aus dieser Entwicklung der gesamtstaatlichen Einnahmen und Ausgaben ergibt sich ausgehend von einem Überschuss 2019 und den krisenbedingten hohen Defiziten im Zeitraum 2020 bis 2022 zunächst ein Defizitrückgang auf 1,7 % des BIP im Jahr 2025. Mittel- und langfristig steigt das **Budgetdefizit** aber kontinuierlich auf 6,0 % des BIP im Jahr 2060 an.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote bis 2060 und schlüsselt die wesentlichen Erklärungsfaktoren für ihre Veränderung auf:

**Grafik 11: Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote bis 2060**


Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

Der **öffentliche Schuldenstand** in Relation zum BIP geht zunächst trotz negativer Budgetsalden zurück, weil das nominelle BIP ausreichend stark wächst. Danach sind die Budgetdefizite aber so hoch, dass die Schuldenquote bis 2060 kontinuierlich auf 120,8 % des BIP ansteigt. In Pkt. 4.6 wird der erforderliche Defizitrückgang bzw. Konsolidierungspfad simuliert, der für eine Rückführung der gesamtstaatlichen Schuldenquote auf 60 % des BIP erforderlich wäre.

## 4.2 Staatsausgaben 2019 und 2060 im Vergleich

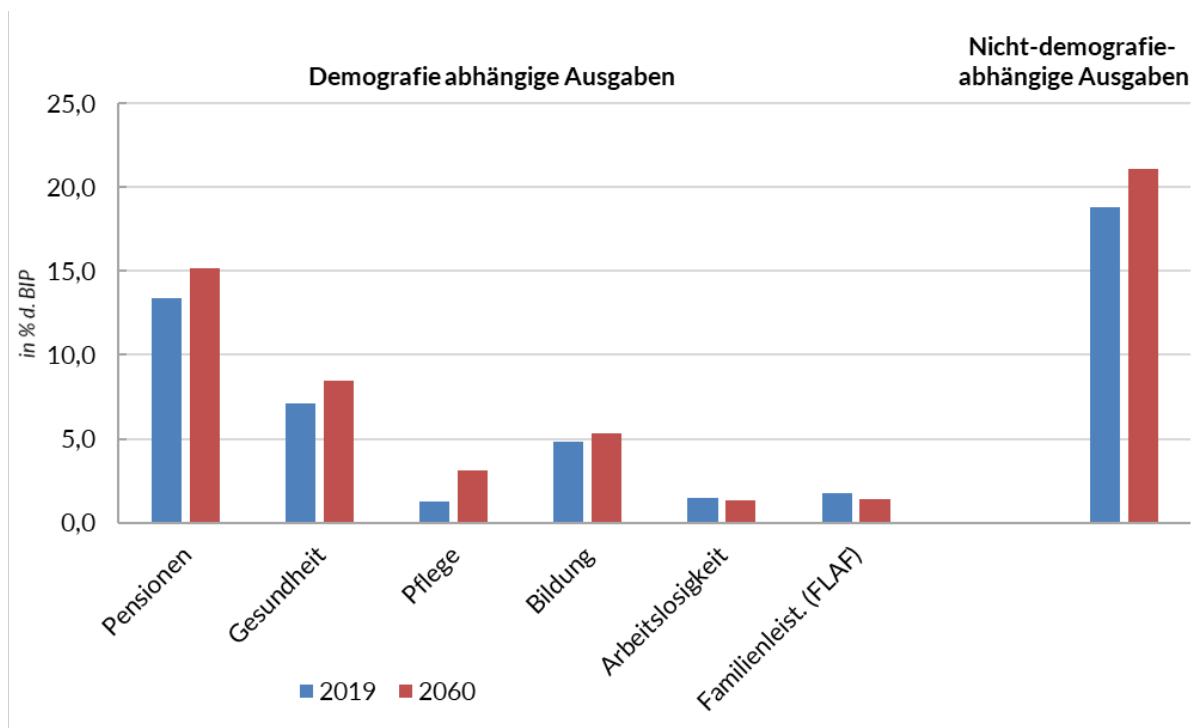
Ausgangspunkt der Prognose ist eine Unterscheidung der staatlichen Ausgaben gemäß VGR in demografieabhängige und nicht-demografieabhängige Ausgaben. Zu den demografieabhängigen staatlichen Ausgaben zählen die Ausgaben für Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung, Arbeitslosigkeit und Familienleistungen. Dabei handelt es sich um Ausgabenkategorien, die maßgeblich von der zugrunde gelegten demografischen Entwicklung abhängen. Mit Ausnahme der Pensionen und den Leistungen für Arbeitslose, die im Wesentlichen den Bund betreffen, handelt es sich bei den demografieabhängigen Ausgaben um Bereiche, die für alle Gebietskörperschaften hohe Relevanz aufweisen und die daher auch in den bereits begonnen Finanzausgleichsverhandlungen eine zentrale Rolle spielen werden.



Teil der nicht-demografieabhängigen Ausgaben sind etwa die Ausgaben für Zinsen, Sicherheit, Umweltschutz, Wohnungswesen oder Schienenverkehr. Mit Ausnahme der Zinsen, für gesondert modelliert werden, werden diese Ausgaben im Wesentlichen mit der BIP-Wachstumsrate fortgeschrieben, sodass ihr Anteil am BIP im Zeitverlauf weitgehend konstant bleibt. Als Ausgangswert für die Projektion wird die im Herbst 2022 vorgelegte mittelfristige Budgetplanung herangezogen. Demzufolge werden in dieser Budgetplanung vorgesehene zusätzlichen Mittel insbesondere für die Bereiche Klima, Sicherheit und öffentlicher Verkehr auch in die Zukunft fortgeschrieben. Diese Annahme erklärt zu einem nicht unerheblichen Teil die Abweichungen zur Langfristigen Budgetprognose 2019 (siehe Pkt. 6).

Die Anteile der demografie- und nicht-demografieabhängigen Ausgaben am BIP für die Jahre 2019 und 2060 sind der nachfolgenden Abbildung zu entnehmen:<sup>19</sup>

**Grafik 12: Demografieabhängige und nicht-demografieabhängige Ausgaben**



Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

<sup>19</sup> Der Vergleichswert 2019 wurde gewählt, weil dieser Wert nicht durch Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19- bzw. der Energiekrise verzerrt wird.



Bei den **demografieabhängigen Ausgaben** kommt es vor allem bei den von der Alterung der Gesellschaft besonders betroffenen Ausgabenkategorien Pensionen, Gesundheit und Pflege zu deutlichen Anstiegen. Die Ausgaben für Pensionen sind gemäß der Langfristigen Budgetprognose im Jahr 2060 mit 15,1 % des BIP um 1,8 % Punkte höher als 2019. Zu einem ähnlich starken Anstieg kommt es bei den Ausgaben für Pflege (+1,8 % Punkte auf 3,1 % des BIP) und für Gesundheit (+1,4 % Punkte auf 8,5 % des BIP). Die Ausgaben für Bildung steigen leicht um 0,5 %-Punkte auf 5,4 % des BIP im Jahr 2060 an, die Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Familienleistungen gehen hingegen in Relation zum BIP leicht um 0,1 %-Punkte bzw. um 0,3 %-Punkte zurück.

Die **nicht-demografieabhängigen Ausgaben** steigen bis 2060 im Vergleich zu 2019 um 2,2 %-Punkte auf 21,1 % des BIP an. Dieser Anstieg resultiert zur Gänze aus den steigenden Zinsausgaben, die um 3,3 %-Punkte auf 4,7 % des BIP ansteigen. Die weiteren nicht-demografiebedingten Ausgaben sinken demnach in Relation zum BIP, jedoch weniger stark als in der Langfristigen Budgetprognose 2019 und ausgehend von einem höheren Niveau. Wie in Pkt. 6.1 gezeigt wird, tragen die nun höheren nicht-demografiebedingten Ausgaben maßgeblich zu den pessimistischeren Ergebnissen in der Langfristigen Budgetprognose 2022 bei.

Aufgrund der beschriebenen Ausgabensteigerungen verändert sich in der Langfristigen Budgetprognose die Struktur der Staatsausgaben, wobei die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen (z. B. Pensionen, Pflegegeld) und soziale Sachleistungen (z. B. Pflege- und Gesundheitsleistungen) sowie für Zinszahlungen an Gewicht gewinnen. Der Ausgabenanstieg ist größtenteils auf diese Ausgabenkategorien zurückzuführen. Einen Ausgabenanstieg verzeichnen auch die Vorleistungen, die zu etwa einem Drittel aus altersabhängigen Ausgaben bestehen. Die meisten anderen Ausgabenkategorien (v. a. Arbeitnehmerentgelte, Subventionen, öffentliche Investitionen) entwickeln sich hingegen weitgehend parallel zum nominellen BIP, weshalb ihr Anteil an den Gesamtausgaben rückläufig ist.





## 4.3 Demografieabhängige Ausgaben

Im Detail entwickeln sich die demografieabhängigen Ausgaben in den nächsten Jahren wie folgt:

**Tabelle 2: Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben bis 2060**

<i>in % d. BIP</i>	2019	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Pensionen	13,4	14,6	14,3	15,1	15,5	15,4	15,2	15,1	15,1	15,1
Gesundheit	7,1	7,9	7,3	7,3	7,6	7,9	8,2	8,4	8,5	8,5
Pflege	1,3	1,4	1,6	1,8	2,0	2,2	2,4	2,6	2,9	3,1
Bildung	4,8	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,3	5,4
Arbeitslosigkeit	1,5	1,9	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Familienleistungen (FLAF)	1,8	2,1	1,7	1,6	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4
<b>Demografieabhängige Ausgaben</b>	<b>29,8</b>	<b>33,0</b>	<b>31,5</b>	<b>32,4</b>	<b>33,2</b>	<b>33,6</b>	<b>33,8</b>	<b>34,2</b>	<b>34,6</b>	<b>34,8</b>

Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

Insgesamt steigen die demografieabhängigen Ausgaben von ausgehend von 30,4 % des BIP im Jahr 2015 um 4,5 %-Punkte auf 34,8 % des BIP im Jahr 2060 an. Im Jahr 2022 würde eine derartige Differenz höheren Staatsausgaben von etwa 20 Mrd. EUR entsprechen. Bei den Pensionsausgaben wird bis 2035 ein deutlicher Anstieg erwartet, danach verbleiben die Pensionsausgaben einige Jahre auf diesem Niveau und gehen ab 2040 in Relation zum BIP wieder leicht zurück. Bei den Ausgaben für Gesundheit und Pflege, auf die ein wesentlicher Anteil des prognostizierten Kostenanstiegs entfällt, steigen die Ausgaben über die Zeitachse deutlich gleichmäßiger. Auffallend ist, dass die relative Veränderung der Ausgaben im Pflegebereich deutlich höher ausfällt als im Gesundheitsbereich. Dies dürfte auf den bei den Gesundheitsausgaben unterstellten Kostendämpfungspfad im Zusammenhang mit der Zielsteuerung Gesundheit zurückzuführen sein.

### 4.3.1 Pensionen

Die Pensionsausgaben umfassen sowohl die Pensionsausgaben der gesetzlichen Pensionsversicherung als auch die Ausgaben für die Ruhestandsbezüge der Beamt:innen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie von ausgegliederten Unternehmen wie Post und ÖBB. Dabei wird zwischen Eigenpensionen (z. B. Alters- und Invaliditätspensionen) und Hinterbliebenenpensionen unterschieden. Die Pensionsausgaben der gesetzlichen Pensionsversicherung umfassen auch das Rehabilitationsgeld. In der nachstehenden Tabelle wird die langfristige Entwicklung der Pensionsausgaben in Relation zum BIP dargestellt:

**Tabelle 3: Entwicklung der Pensionsausgaben bis 2060**

<i>in % d. BIP</i>	2019	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Pensionsversicherungsträger	10,3	11,3	11,3	12,3	13,1	13,6	13,8	14,1	14,4	14,4
Beamt:innenpensionen	3,1	3,3	3,0	2,8	2,3	1,8	1,4	1,0	0,8	0,7
<b>Pensionsausgaben</b>	<b>13,4</b>	<b>14,6</b>	<b>14,3</b>	<b>15,1</b>	<b>15,5</b>	<b>15,4</b>	<b>15,2</b>	<b>15,1</b>	<b>15,1</b>	<b>15,1</b>

Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

Die Pensionsausgaben insgesamt steigen deutlich von 13,4 % des BIP im Jahr 2019 auf 15,1 % des BIP im Jahr 2060 an. Dabei kommt es zu einer markanten Verschiebung der Ausgaben von den Beamt:innenpensionen hin zur gesetzlichen Pensionsversicherung. Während die Ausgaben für die Beamt:innenpensionen deutlich von 3,1 % auf 0,7 % des BIP zurückgehen, steigen die Ausgaben für die gesetzliche Pensionsversicherung von 10,3 % auf 14,4 % des BIP an. Diese Verschiebung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Beamte vermehrt durch öffentlich Bedienstete mit privatrechtlichen Dienstverträgen („Vertragsbedienstete“) ersetzt werden, die Teil der gesetzlichen Pensionsversicherung sind. Dämpfend auf die Ausgaben für die Beamt:innenpensionen wirkt zudem die mit der Pensionsreform 2004 beschlossene Harmonisierung der Beamt:innenpensionen für alle ab 1976 geborenen bzw. ab 2005 pragmatisierten Beamt:innen, wodurch deren Pensionsbezüge sinken.

Die Ausgaben steigen insbesondere bis 2035 stark auf 15,5 % des BIP an, danach flacht der Anstieg deutlich ab (2060: 15,1 % des BIP). Hauptgrund für diese Entwicklung ist die anfangs starke Zunahme der Anzahl der Pensionsempfänger:innen insbesondere aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre („Baby-Boomer“), die in den nächsten Jahren in Pension gehen werden. Durch die steigende Lebenserwartung wird dieser Effekt noch verstärkt.

Die Langfristige Budgetprognose zeigt, dass die Alterung der Gesellschaft unter der Annahme einer unveränderten Politik zu einem deutlichen Anstieg der Pensionsausgaben führen wird, obwohl in den letzten Jahren bereits einige ausgaben-dämpfende Reformen beschlossen wurden. Dazu zählen etwa der schrittweise Anstieg des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen ab 2024, die Ausweitung des Durchrechnungszeitraums im Zusammenhang mit der Einführung des Pensionskontos, die Harmonisierung der Beamt:innenpensionen sowie der erschwerte Zugang zu vorzeitigen Pensionsformen.



Ein gegenläufiger Effekt, der die Ausgabendynamik verstärkt, resultiert aus den in den letzten Jahren beschlossenen expansiven Maßnahmen im Pensionsbereich. Dies betrifft insbesondere die über den Anpassungsfaktor hinausgehenden Pensionserhöhungen für die Jahre 2018 bis 2023, den Frühstarterbonus als Ersatz für die abgeschaffte Abschlagsfreiheit nach 45 Beitragsjahren<sup>20</sup>, die Neuregelung der Wartefrist<sup>21</sup> und die Pensionsboni für Langzeitversicherte. Eine Anfragebeantwortung des Budgetdienstes aus dem Vorjahr zur Fiskalischen Wirkung der Pensionsbeschlüsse zwischen 2017 und 2020 untersucht die langfristigen budgetären Effekte dieser Maßnahmen. Während der fiskalische Effekt der über den Anpassungsfaktor hinausgehenden Pensionserhöhungen der letzten Jahre mit der Zeit abnimmt, steigen die fiskalischen Kosten der weiteren Maßnahmen im Zeitverlauf an.

Bei der langfristigen Entwicklung der Pensionsausgaben kommen teils gegenläufige Mechanismen zum Tragen, die neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen maßgeblich von der demografischen und der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt werden. Im Wesentlichen hängt die Entwicklung der Pensionsausgaben von der Entwicklung der durchschnittlichen Pensionshöhe und der Anzahl der Pensionsbezieher:innen ab. Da die Neupensionen im Betrachtungszeitraum im Durchschnitt höher sind als die jeweiligen Bestandspensionen, steigen die Durchschnittspensionen mit der Zeit an. Dies ist vor allem auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- ◆ Das in der Prognose unterstellte Wachstum der Pro Kopf Löhne führt zu steigenden Bemessungsgrundlagen und somit zu steigenden Pensionsansprüchen. Die Bestandspensionen steigen hingegen jährlich nur mit der Inflationsrate, die per Annahme niedriger ist als das Lohnwachstum.

---

<sup>20</sup> Der Frühstarterbonus wurde als Ersatz für die erst 2019 eingeführte und dann wieder abgeschaffte Abschlagsfreiheit nach 45 Beitragsjahren eingeführt. Ab 2022 wird für jeden Beitragsmonat vor Vollendung des 20. Lebensjahres ein Frühstarterbonus iHv 1 EUR monatlich (höchstens 60 EUR) als Bestandteil der Pension zuerkannt. Die langfristigen fiskalischen Kosten der Abschlagsfreiheit nach 45 Beitragsjahren wären deutlich höher als jene des Frühstarterbonus.

<sup>21</sup> Die einjährige Wartefrist für die erste Pensionserhöhung wurde 2019 gänzlich abgeschafft. Für Pensionsantritte ab 2021 wurde die Wartefrist dann durch eine aliquote erstmalige Pensionsanpassung in Abhängigkeit vom Monat des Pensionsantritts neu geregelt. Dadurch wurden die Mehrausgaben durch die gänzliche Abschaffung gedämpft. Das Pensionsanpassungsgesetz 2023 sieht allerdings für Pensionsantritte 2022 eine davon abweichende Vorgehensweise vor (erste Pensionserhöhung 2023 zumindest iHv 50 % des Anpassungsfaktors, somit mindestens 2,9 %).



- ◆ Der Anstieg des effektiven Pensionsantrittsalters und der Versicherungsdauer erhöhen die Ersatzrate unter anderem aufgrund einer verminderten Inanspruchnahme vorzeitiger Pensionsformen, wodurch weniger Abschläge zur Anwendung kommen.
- ◆ Die Ausweitung des Durchrechnungszeitraums im Zuge der Umstellung auf das Pensionskonto wirkt hingegen dämpfend auf die Entwicklung der Neupensionen.

Die **Anzahl der Pensionsbezieher:innen** hängt neben der Erwerbsbeteiligung als Anspruchsvoraussetzung im Wesentlichen von der demografischen Entwicklung, der Entwicklung des Pensionsantrittsalters und der Lebenserwartung der Pensionsbezieher:innen ab:

- ◆ Die Bezugsdauer steigt im Zeitverlauf, weil die Lebenserwartung deutlich stärker zunimmt als das faktische Pensionsantrittsalter.
- ◆ In den nächsten Jahren erreichen die besonders starken Geburtenjahrgänge der 50er und 60er Jahre, die über weite Teile des Prognosezeitraums eine Pension beziehen, das Pensionsantrittsalter.
- ◆ Der Anstieg der letzten Jahre bei den Erwerbspersonen und auch im Prognosezeitraum bewirkt einen Zuwachs der Pensionsbezieher:innen.

Insgesamt führen in der Langfristigen Budgetprognose sowohl der Anstieg der Durchschnittspensionen als auch die steigende Anzahl der Pensionsbezieher:innen zum beschriebenen Zuwachs der Pensionsausgaben.

#### 4.3.2 **Gesundheit**

Die langfristigen Gesundheitsausgaben hängen von demografieabhängigen als auch von nicht demografieabhängigen Faktoren ab. Für die demografieabhängigen Ausgaben werden alters- und geschlechtsspezifische Ausgabenprofile erstellt, die im Bericht mit der Bevölkerungsprognose zusammengeführt werden. Die Ausgaben steigen aufgrund einer höheren Nachfrage nach Gesundheitsleistungen im Alter, in den ersten Lebensjahren und bei Frauen im gebärfähigen Alter. Weiters wird angenommen, dass sich die Lebenszeit in subjektiv „sehr gesundem“ Gesundheitszustand etwa parallel zur Lebenserwartung verhält, was altersspezifische Gesundheitsleistungen in der Berechnung für die langfristige Budgetprognose im gleichen Ausmaß verzögert.



Die nicht-demographischen Faktoren, die die Entwicklung der Gesundheitsausgaben beeinflussen, werden vom technologischen Fortschritt (z. B. neue Behandlungsmethoden, Arzneimittelkosten) als auch von institutionellen Rahmenbedingungen (z. B. Änderungen im Gesundheitswesen) beeinflusst. Der technologische Fortschritt ist tendenziell kostentreibend, da er nicht nur die Qualität, sondern auch die Nachfrage erhöht und neue Behandlungen und Therapien ermöglicht. Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen entwickelt sich mit der Einkommensentwicklung.<sup>22</sup> Die institutionellen Rahmenbedingungen werden für die langfristige Prognose fortgeschrieben, d.h. es wird beispielsweise davon ausgegangen, dass der zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung vereinbarte Kostendämpfungspfad der Art. 15a B-VG-Vereinbarung langfristig weiter hält (siehe nachfolgenden Exkurs).

Die Entwicklung der Gesundheitsausgaben zeigt in Summe, insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung, in der Langfristigen Budgetprognose einen Anstieg von 7,1 % des BIP im Jahr 2019 auf 8,5 % im Jahr 2060.

### **Exkurs: Zielsteuerung Gesundheit**

Mit der Gesundheitsreform 2013 einigten sich Bund, Länder und Sozialversicherung darauf, ein Zielsteuerungssystem für den Gesundheitsbereich einzurichten.<sup>23</sup> Die Basis der Steuerung beruht auf den öffentlichen zielsteuerungsrelevanten Gesundheitsausgaben (Finanzzielmonitoring) sowie auf ausgewählten Indikatoren hinsichtlich Struktur, Prozess und Ergebnisse der Gesundheitsversorgung (Steuerungsbereich Messgrößen).

---

<sup>22</sup> Das WIFO geht von einer Einkommenselastizität von 0,9 aus. Das heißt, dass Gesundheit ein notwendiges Gut und kein Luxusgut ist. Die altersspezifischen Kosten sollen damit weniger steigen als die Pro-Kopf-Löhne.

<sup>23</sup> [Gesundheitsreform – Zielsteuerung-Gesundheit](#).



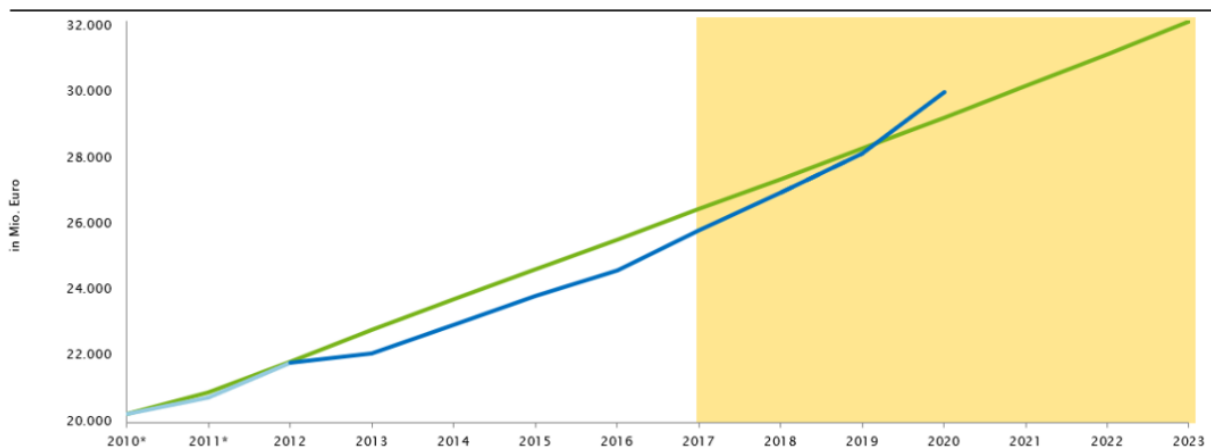
## Finanzzielmonitoring

Auf Grundlage der Finanzrahmenverträge ist eine grundsätzliche Begrenzung und Dämpfung des Anstiegs der öffentlichen Gesundheitsausgaben (ohne Langzeitpflege) vorgesehen. Im Rahmen der Langfristigen Budgetprognose wird davon ausgegangen, dass diese Vereinbarung weitergeführt wird. Durch diese Verträge soll eine Reduktion des jährlichen Ausgabenwachstums von 3,6 % (2016) auf 3,2 % im Jahr 2021 erfolgen, auch für die Jahre 2022 und 2023 wurde ein Ausgabenwachstum von jeweils 3,2 % vereinbart. Der weitere Ausgabenpfad wird im Rahmen weiterer Verhandlungen festgelegt.

Die nachfolgende Grafik zeigt für die Öffentlichen Gesundheitsausgaben (ohne Langzeitpflege) die Entwicklung der vorgegebenen Ausgabenobergrenzen und der tatsächlichen Ausgaben:

**Grafik 13: Öffentliche Gesundheitsausgaben ohne Langzeitpflege, 2010 bis 2023, in Mio. EUR**

Öffentliche Gesundheitsausgaben ohne Langzeitpflege 2010–2020 in Mio. Euro



	2010*	2011*	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
AOG	20.262	20.931	21.873	22.813	23.748	24.675	25.563	26.483	27.410	28.342	29.277	30.214	31.181	32.179
tatsächliche Ausgaben gemäß SHA*	20.277	20.769	21.825	22.123	22.992	23.861	24.619	25.855	26.990	28.168	30.042			

aktuelle Zielsteuerungsperiode 2017–2023 (Monitoring)

— Ausgabenobergrenze (AOG)

— tats. Ausgaben gem. SHA

\*Die Jahre 2010 und 2011 (entspricht dem Jahr 2010 plus 3,3 %) bilden die Ausgangsbasis und wurden auf der zum Zeitpunkt der Berichtslegung aktuellen Datenbasis gebildet. Durch eine Revision der SHA-Daten kommt es somit zu einem Unterschied zwischen Ausgangsbasis (Ausgaben ohne Intervention) und den tatsächlichen Ausgaben gemäß SHA. Stand Februar 2022. Für das Jahr 2012 nach Bereinigung des GSBG-Effekts (siehe auch Monitoringbericht II/2014).

Quellen: Monitoringbericht Zielsteuerung Gesundheit, Berichtsjahr 2021.



Die tatsächlichen öffentlichen Gesundheitsausgaben (ohne Langzeitpflege) gemäß System of Health Accounts betragen für das Ausgangsjahr 2010 20,3 Mrd. EUR. Im Jahr 2019 haben sich die Ausgaben auf 28,3 Mrd. EUR belaufen, damit konnte die für dieses Jahr vereinbarte Obergrenze um rd. 174 Mio. EUR unterschritten werden. Beim Finanzzielmonitoring kam es für das Jahr 2020 (29,3 Mrd. EUR) jedoch erstmalig zu einer Überschreitung der Auszahlungsobergrenzen um rd. 765 Mio. EUR (+2,61 %), wobei die Ausgaben zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie einen deutlichen Einfluss haben. Insgesamt erhöhten sich die Gesundheitsausgaben im Zeitraum 2010 bis 2020 durchschnittlich um 4,0 % jährlich. Zwischen 2019 und 2020 betrug der Anstieg 6,7 %, während das nominelle BIP im selben Zeitraum um 4,6 % abnahm. Für das Jahr 2021 liegen noch keine abschließenden Werte vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass diese ebenfalls von der COVID-19-Pandemie und auch von den Auswirkungen der seit dem zweiten Halbjahr 2021 ansteigenden Inflationsraten stark beeinflusst werden.

#### Steuerungsbereich Messgrößen

Im Zielsteuerungsvertrag sind in den Steuerungsbereichen Versorgungsstrukturen, Versorgungsprozesse und Ergebnisorientierung definierte Messgrößen und Zielvorgaben enthalten, die das Gesundheitssystem auch langfristig beeinflussen können. Die 22 definierten Messgrößen der Steuerungsbereiche bewegen sich derzeit mehrheitlich in die intendierte Richtung. Nachstehende Tabelle zeigt die Details:



Tabelle 4: Messgrößen der Steuerungsbereiche

Messgröße	letzter Wert	aktueller Wert	Trend	Zielvorgabe
<b>Strategisches Ziel: Bessere Versorgung</b>				
Umgesetzte Primärversorgungseinrichtungen (PVE)	2020: 23	2021: 29	+26%	2023: 75 PVE österreichweit
In PV-Einheiten versorgte Bevölkerung	2020: 1,87%	2021: 3,29%	76,2%	steigender Trend
Anzahl multiprofessioneller und/oder interdisziplinärer Versorgungsformen im ambulanten Fachbereich	-	-	-	steigender Trend
Krankenhaustätigkeit in Fondskrankenanstalten (Aufenthalte je 1.000 EW)	2020: 170,0	2021: 175,0	+2,9%	Reduktion österreichweit um mind. 2% jährlich; Basisjahr 2015
Belagstagedichte in Fondskrankenanstalten (Belagstage je 1.000 EW)	2020: 1.121	2021: 1.146	+2,2%	Reduktion österreichweit um mind. 2% jährlich; Basisjahr 2015
Ausgewählte Tagesklinik-Leistungsbündel (Gewichteter Durchschnitt aller Leistungsbündel)	2020: 63,5%	2021: 65,8 %	+3,6%	steigender Trend, leistungs-spezifische Zielwerte 2023
Anzahl der besetzten Ausbildungsstellen (Allgemeinmedizin)	2020: 1.098	2021: 1.229	+11,9%	Beobachtungswert
Ärztliche Versorgungsdichte (Vertragsärzt:innen extramural außer ZÄ und techn. Fächer, je 100.000 EW)	2019: 81,8	2020: 77,2	-5,6%	Beobachtungswert
Relation DGKP und Pflegefachassistenz zu Ärzt:innen in Fondskrankenanstalten	2019: 2,09	2020: 2,07	-1,0%	Beobachtungswert
Masern/Mumps/Röteln - Durchimpfungsrate (Anteil 4-jähriger Kinder mit 2 Teilimpfungen)	2019: 88,4%	2020: 88,0%	-0,4%	steigender Trend
Amulante Kinder- und Jugendpsychiatrie-Angebote (VZÄ je 100.000 EW)	2020: 0,649	2021: 0,710	+9%	steigender Trend
<b>Strategisches Ziel: Bessere Qualität</b>				
Umsetzungsgrad ELGA (Anzahl (Anteil) Gesundheitsdiensteanbieter)	2020: 8.894	2021: 9.075	+2%	steigender Trend
Polypharmazie Prävalenz (über 70-Jährige mit mehr als 5 Wirkstoffen, je 1.000 Anspruchsberechtigte)	2020: 203,42	2021: 188,02	-7,6%	sinkender Trend
Potentiell inadäquate Medikation (PIM) bei Älteren (Anteil über 70-Jährige Bevölkerung mit PIM)	2020: 36,7%	2021: 34,9%	-4,9%	sinkender Trend
Aufenthalte mit kurzer präoperativer Verweildauer (Anteil weniger als 3 Pflage tage, Fondskrankenanstalten)	2020: 92,9%	2021: 93,4%	+0,5%	94 % bis 2023
In Therapie Aktiv versorgte Patient:innen	2019: 23,7%	2020: 24,6%	+4,1%	steigender Trend
Anzahl der gemeinsamen Medikamentenbeschaffungen	-	-	-	steigender Trend
Zufriedenheit mit d. med. Versorgung (sehr zufrieden + eher zufrieden, in % (Krankenhäuser/Hausärzt:innen))	2016: 70% / 89%	2019: 71% / 88%	+1,4%	steigender oder konstanter Trend
<b>Strategisches Ziel: Gesundere Bevölkerung</b>				
Exzellente und ausreichende Gesundheitskompetenz (% der Respondent:innen)	2011: 48%	2019: 53%	10,7%	steigender Trend
Gesunde Lebensjahre bei der Geburt (Männer+Frauen)	2014: 66,3	2019: 63,9	-3,6%	steigender Trend
Täglich Rauchende (% der Bevölkerung (Männer und Frauen))	2014: 24,3%	2019: 20,6%	-15,1%	sinkender Trend
Kariesfreie Kinder (Anteil 6-jähriger Kinder mit kariesfreiem Gebiss)	2011: 52%	2016: 55%	+5,8%	steigender Trend

Quellen: Monitoringbericht Zielsteuerung Gesundheit, Berichtsjahr 2021.

Neben vielen positiven Entwicklungen, beispielsweise die sinkende Anzahl der täglich Rauchenden, konnten bei einzelnen Indikatoren die Zielvorgaben nicht erreicht werden. Als Beispiel wird im Bericht die angestrebte gemeinsame sektoren- oder





bundesländerübergreifende Medikamentenbeschaffung genannt. Auch Schätzungen der Durchimpfungsraten für Mumps/Masern/Röteln bei 4-jährigen Kindern zeigen einen negativen Trend. Die Anzahl der Primärversorgungseinheiten (PVE) ist zwar steigend (von 2020 auf 2021: +6), jedoch trotzdem noch weit vom Ziel entfernt (2023: 75 PVE). Dabei ist jedoch anzumerken, dass die Werte im Licht der außergewöhnlichen Belastung des Gesundheitssystems durch die COVID-19-Pandemie zu bewerten sind.

### Zusammenfassung

Der Monitoringbericht Zielsteuerung Gesundheit 2021 merkt grundsätzlich an, dass erstmals seit Einführung des Monitorings die Zielerreichung sowohl in Bezug auf die Finanzziele als auch auf die Steuerungsbereiche differenzierter zu beurteilen ist, als in den Jahren zuvor. Bei einem anhaltenden Trend kann dies zu einer weitreichenden Gefährdung der gesamten Zielsetzungen führen. Bei der Interpretation ist jedoch zu berücksichtigen, dass bei Berichtslegung die finanziellen Auswirkungen von COVID-19 auf die tatsächliche Höhe der Gesundheitsausgaben im System der Zielsteuerung noch nicht abschließend abschätzbar waren. Auch die aktuelle Inflationsentwicklung wird zu Veränderungen bei den Finanzzielen führen müssen. Insgesamt wird über den langfristigen Prognosezeitraum der Budgetprognose von einer Steigerung über dem nominellen BIP ausgegangen, was im Ausgabenpfad berücksichtigt werden sollte.

#### **4.3.3 Pflege**

Die Ausgaben für die Pflege umfassen sowohl Geldleistungen (Pflegegeld) als auch Sachleistungen und Subventionen für Heimpflege. In der vorliegenden Budgetprognose werden nur die staatlichen Ausgaben ohne Zuzahlungen privater Haushalte berücksichtigt. Ähnlich wie bei den Gesundheitsausgaben werden auch bei für die Projektion der Pflegeausgaben Altersausgabenprofile erstellt, die in weiterer Folge mit der Bevölkerungsprognose zusammengeführt und fortgeschrieben werden. Die Pro Kopf-Ausgaben für Pflege weisen insbesondere im Alter einen starken Anstieg auf. Bei der Projektion der Pflegeausgaben werden die folgenden Annahmen getroffen:

- ◆ Es wird wie bei der Projektion der Gesundheitsausgaben davon ausgegangen, dass eine Steigerung der Lebenserwartung den altersspezifischen Bedarf an Pflege um den identen Zeitraum verzögert.



- ◆ Die Nachfrage nach öffentlichen Pflegedienstleistungen steigt an, weil die unentgeltliche Pflege innerhalb der Familie an Bedeutung verliert. Dies wird mit der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen begründet, die überwiegend die Pflegearbeit innerhalb der Familien leisten. Es wird angenommen, dass sich die Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen proportional zum Anstieg der Erwerbsquote von Frauen im Alter von 40 bis 65 entwickelt, was eine Zunahme entgeltlicher Pflegedienstleistungen um rd. 0,3 % pro Jahr impliziert.
- ◆ Die Pflegegeldsätze werden mit der Inflation fortgeschrieben.
- ◆ Die Kosten im Bereich der Sachleistungen steigen deutlich höher als die Löhne (Elastizität von 1,7), um dem hohen Nachfragedruck und dem geringen Produktivitätsfortschritt in diesem Sektor Rechnung zu tragen.
- ◆ Es wird angenommen, dass die mit der Pflegereform 2023 beschlossenen temporären Maßnahmen<sup>24</sup> permanent wirken und die Ausgaben für Pflegesachleistungen dadurch höher ausfallen.

Die Pflegeausgaben weisen ähnlich wie die Gesundheitsausgaben eine durch die demografische Entwicklung bedingte hohe Kostendynamik auf. Durch die stärkere Inanspruchnahme entgeltlicher Pflegedienstleistungen wird die Kostendynamik noch verstärkt. Ausgehend von 1,4 % des BIP im Jahr 2022 ergeben die Projektionen einen Anstieg der staatlichen Pflegeausgaben auf 3,1 % des BIP im Jahr 2060.

#### 4.3.4 Bildung

Die Bildungsausgaben beziehen sich auf jene für Kindergärten/Vorschulen, Primärstufe, Sekundärstufe und den tertiären Bereich. Die künftigen Schüler:innenzahlen werden anhand der demographischen Prognose ermittelt und das Lehrpersonal wird entsprechend eines gleichbleibenden Betreuungsschlüssels proportional zur Schüler:innenzahl fortgeschrieben. In den Kindergärten, Vor- und Volksschulen wird mit einem Anstieg von rd. 78.400 VZÄ im Jahr 2022 auf 88.200 im Jahr 2060 gerechnet. In der Sekundarstufe geht man von einer Steigerung von rd. 78.100 auf 98.200 VZÄ im gleichen Zeitraum aus. In der Tertiärstufe gibt es keine allgemeine

---

<sup>24</sup> Diese umfassen insbesondere Maßnahmen zur Attraktivierung und zum Ausbau der Pflegeausbildung und eine Entgelterhöhung für Pflegekräfte.



Schulpflicht, daher werden für die Bildungsbeteiligung Annahmen hinsichtlich geschlechtsspezifischer Unterschiede und des Anteils an nicht-österreichischer Studierender getroffen.<sup>25</sup> Hier soll das Lehrpersonal von rd. 32.400 im Jahr 2022 auf 35.900 Personen (VZÄ) im Jahr 2060 ansteigen. Zusätzlich zu den Personalausgaben, auf die zwei Drittel der Bildungsausgaben entfallen, entsteht Sachaufwand, der mit der Wachstumsrate des nominellen BIP fortgeschrieben wird.

Die Ausgaben für Bildung sollen im Prognosezeitraum entsprechend der Annahmen von 4,7 % des BIP im Jahr 2022 auf 5,4 % des BIP im Jahr 2060 steigen.

#### 4.3.5 Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)

Die in der Prognose berücksichtigten Familienleistungen umfassen die Familienbeihilfe, das Kinderbetreuungsgeld, die Pensionsversicherungsbeiträge für Zeiten der Kindererziehung, die Schüler:innenfreifahrt und die Schulbuchaktion. Die einzelnen Ausgabenkomponenten werden wie folgt fortgeschrieben:

- ◆ Bei den Familienbeihilfen wird die durchschnittliche Leistung pro Kind mit der Bevölkerung im Alter von 0 bis 24 extrapoliert, zudem wird die Familienbeihilfe – wie mittlerweile auch gesetzlich verankert – jährlich mit der Inflation erhöht.
- ◆ Von den Ausgaben für das Kinderbetreuungsgeld werden 45 % mit den Arbeitnehmerentgelten fortgeschrieben (Ausgaben für das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld), 55 % werden im Ausmaß der Inflationsrate erhöht (Ausgaben für Pauschalvariante). Die Zahl der Leistungsempfänger:innen verändert sich mit der Geburtenzahl gemäß der zugrunde liegenden Bevölkerungsprognose.
- ◆ Die Ausgaben für die Schüler:innenfreifahrt und die Schulbücher werden mit der Bevölkerungsentwicklung im Alter von 5 bis 19 Jahren fortgeschrieben, die Preise für diese Leistungen steigen im Ausmaß der angenommenen Inflationsrate.

---

<sup>25</sup> Die demographische Bezugsgröße bezieht sich auf die Bevölkerung im Alter von 20 bis 29 Jahren. Der Anteil der Frauen (28 %) und der Männer (22 %) wird konstant fortgeschrieben, die inländischen Studierenden steigen damit von 277.700 im Jahr 2019 auf 295.600 im Jahr 2060. Die Zahl der ausländischen Studierenden hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen (2010: 20 % der Studierenden, 65.500; 2021: 27 % der Studierenden, 106.000), daher wird davon ausgegangen dass diese zunächst weiter steigt und mittelfristig bei einem Anteil von rd. 30 % (125.000) stagniert.



- ◆ Die Projektion der Pensionsversicherungsbeiträge für Zeiten der Kindererziehung basiert auf der Entwicklung der Geburtenzahl und der Löhne.

Insgesamt sind die Ausgaben für Familienleistungen in Relation zum BIP im Prognosezeitraum rückläufig. Die Ausgaben gehen von 1,8 % des BIP im Jahr 2022 auf 1,4 % des BIP im Jahr 2060 zurück. Neben der moderaten Geburtenentwicklung ist dies darauf zurückzuführen, dass einige Leistungen mit der Inflationsrate fortgeschrieben werden, die im gesamten Prognosezeitraum niedriger ist als das nominelle BIP-Wachstum. Da die Einnahmen des FLAF im gesamten Prognosezeitraum mit der Lohnentwicklung fortgeschrieben werden, liegen die Einnahmen im gesamten Zeitraum über den Ausgaben des FLAF.

#### **4.3.6 Arbeitslosenunterstützung**

Die staatlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Arbeitslosenunterstützung umfassen Geldleistungen (Arbeitslosengeld und Notstandshilfe) und Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik, vor allem Lohnzuschüsse und Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen. Die Ausgaben werden im Wesentlichen mit der Lohnentwicklung und der Zahl der Arbeitslosen fortgeschrieben. Bei der Arbeitslosenquote wird bis 2027 die aktuelle mittelfristige WIFO-Konjunkturprognose herangezogen, die Arbeitslosenquoten zwischen 6,4 % bis 6,7 % prognostiziert. Bis 2031 wird ein Rückgang auf 6,0 % angenommen, danach verharrt die Arbeitslosenquote auf diesem Niveau. Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung gehen langfristig leicht auf 1,3 % des BIP zurück (2019: 1,5 % des BIP).

#### **4.4 Nicht-demografieabhängige Ausgaben**

Die nicht-demografieabhängigen staatlichen Ausgaben umfassen insbesondere die Zinsausgaben sowie Ausgaben für die Hoheitsverwaltung, die innere und äußere Sicherheit, den Klima- und Umweltschutz, den Schienenverkehr und für wirtschaftliche Angelegenheiten. Die Ausgaben für Klima- und Umweltschutz umfassen auch die Zahlungen für den Ankauf von Emissionsrechten im Zusammenhang mit den unionsrechtlichen Klimaschutzziele. Im Basisszenario werden diese bis 2030 auf rd. 4,7 Mrd. EUR geschätzt, danach werden Zielerreichungskosten von durchschnittlich rd. 0,2 % des BIP jährlich berücksichtigt.



Gesondert quantifiziert werden bei den nicht-demografieabhängigen Ausgaben nur die **Zinsausgaben**, alle übrigen Ausgaben werden im Aggregat ausgewiesen. Die Höhe der Zinsausgaben ergibt sich aus der Zinsbelastung der bestehenden Verbindlichkeiten und den Zinsausgaben für die neu begebenen Anleihen. Letztere hängen neben der Höhe der Neuverschuldung und der Laufzeit der bestehenden Anleihen von der angenommenen Zinsentwicklung ab (siehe Pkt. 3.2). Eine Veränderung des Zinssatzes hat dabei zunächst nur einen Effekt auf die neu begebenen Anleihen. Der den Projektionen zugrunde gelegte Zinssatz steigt von 1,2 % im Jahr 2022 rasch auf 3,5 % im Jahr 2025 an. In der Folge wird ein weiterer leichter Anstieg auf 3,7 % ab dem Jahr 2034 bis zum Ende des Prognosehorizonts angenommen. Damit wird nun ein deutlich rascherer Anstieg der Zinsen angenommen als in der Langfristigen Budgetprognose 2019.

Die **weiteren nicht-demografieabhängigen Ausgaben** werden ab dem Jahr 2027 im Wesentlichen mit dem nominellen BIP fortgeschrieben. Bis dahin wird die aktuelle mittelfristige Budgetplanung vom Herbst 2022 als Grundlage herangezogen. Diese sieht bis 2026 einen signifikanten Ausgabenanstieg insbesondere in den Bereichen innere und äußere Sicherheit sowie Klimaschutz (z. B. neue Mittel zur Transformation der Wirtschaft) vor.<sup>26</sup> Diese Ausgaben werden dann in dieser Höhe fortgeschrieben, weshalb das Niveau der weiteren nicht-demografiebedingten Ausgaben in der aktuellen vorliegenden Prognose deutlich höher ist als in der Langfristigen Budgetprognose 2019 (siehe dazu Pkt. 6).

In der nachstehenden wird die langfristige Entwicklung der nicht-demografieabhängigen Ausgaben dargestellt:

**Tabelle 5: Entwicklung der nicht-demografieabhängigen Ausgaben bis 2060**

<i>in % d. BIP</i>	2019	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Zinsausgaben	1,4	1,3	1,4	1,8	2,3	2,8	3,3	3,8	4,2	4,7
Weitere nicht-demographieabhängige Ausgaben	17,4	22,4	18,2	18,1	17,7	17,4	17,3	17,1	16,6	16,4
<b>Nicht-demografieabhängige Ausgaben</b>	<b>18,8</b>	<b>23,7</b>	<b>19,6</b>	<b>19,9</b>	<b>20,0</b>	<b>20,3</b>	<b>20,6</b>	<b>20,9</b>	<b>20,8</b>	<b>21,1</b>

Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

<sup>26</sup> Siehe dazu die [Budgetanalyse 2023](#) des Budgetdienstes.



Die nicht-demografieabhängigen Ausgaben steigen ausgehend vom Vorkrisenniveau 2019 von 18,8 % des BIP auf 21,1 % des BIP im Jahr 2060 an.<sup>27</sup> Der Anstieg ist zur Gänze auf die steigenden Zinsausgaben zurückzuführen, die von 1,4 % des BIP im Jahr 2019 auf 4,7 % des BIP 2060 ansteigen. Die weiteren nicht-demografieabhängigen Ausgaben gehen leicht auf 16,4 % des BIP zurück, ihr Niveau liegt aber im gesamten Prognosezeitraum deutlich über jenem der vorangegangenen Langfristigen Budgetprognosen. Dies trifft auch auf die Zinsausgaben zu. Diese höheren nicht-demografieabhängigen Ausgaben erklären im Wesentlichen die ausgabenseitigen Unterschiede zur Langfristigen Budgetprognose 2019 (siehe Pkt. 6).

## 4.5 Entwicklung der Einnahmen

Die gesamtstaatlichen Einnahmen werden im Wesentlichen mit dem BIP fortgeschrieben, mittel- und langfristig ist die Einnahmenquote mit 49,9 % des BIP konstant. Fast ein Drittel der gesamtstaatlichen Einnahmen entfällt auf die Sozialversicherungsbeiträge, deren Anteil am BIP liegt im Prognosezeitraum bei knapp 16 %. Auf die direkten und indirekten Steuern entfallen jeweils etwas unter 30 % der Einnahmen, ihr Anteil am BIP liegt jeweils bei etwa 14 %. Zu den direkten Steuern zählen insbesondere die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragssteuern, zu den indirekten Steuern etwa die Mehrwertsteuer und die Mineralölsteuer. Die sonstigen Einnahmen (z. B. Vermögenseinkommen, Produktionserlöse) werden zu einer Kategorie zusammengefasst. In der Langfristigen Budgetprognose werden die einzelnen Einnahmekategorien wie folgt fortgeschrieben:

- ◆ Die Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen entwickeln sich proportional zu den Beitragsgrundlagen, dabei handelt es sich um die Lohn- und Gehaltssumme, die Einkommen der Selbständigen und die Pensionseinkommen. Das Aufkommen aus den Sozialversicherungsbeiträgen liegt im Prognosezeitraum mittel und langfristig bei 15,9 % des BIP.

---

<sup>27</sup> Der hohe Werte 2020 ist auf die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise zurückzuführen.



- ◆ Die direkten Steuern werden in die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die sonstigen direkten Steuern (z. B. Kapitalertragsteuer) unterteilt. Das Aufkommen aus den direkten Steuern liegt mittel- und langfristig bei 14,4 % des BIP:
  - Bei der Lohn- und Einkommensteuer wird eine Elastizität von 1 angenommen und somit implizit eine jährliche Indexierung des Tarifs mit dem Lohnwachstum unterstellt. Mit der mittlerweile beschlossenen Abgeltung der Kalten Progression entspricht diese Annahmen auch der tatsächlichen Gesetzeslage. Die Entwicklung der Beitragsgrundlage ergibt sich aus den Löhnen und Gehältern, den Selbständigeneinkommen und den Pensionseinkommen abzüglich der Sozialversicherungsbeiträge.
  - Die Körperschaftsteuer wird proportional mit dem Nettobetriebsüberschuss fortgeschrieben.
  - Die sonstigen direkten Steuern werden proportional mit dem nominellen BIP fortgeschrieben.
- ◆ Die indirekten Steuern entwickeln sich proportional zum nominellen BIP. Neben der Umsatzsteuer zählen dazu etwa die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer, die FLAF Beiträge oder die Kommunalsteuer. Ihr Aufkommen liegt in der Prognose mittel- und langfristig bei 13,5 % des BIP.
- ◆ Die sonstigen Einnahmen werden mit der Wachstumsrate des nominellen BIP fortgeschrieben, das Aufkommen liegt in der Prognose mittel- und langfristig bei 6,1 % des BIP. Zu den sonstigen Einnahmen des Staates zählen etwa Vermögenseinkommen (z. B. Dividenden von verbundenen Unternehmen), Produktionserlöse (z. B. Erlöse der BIG, Ticketverkäufe der ÖBB) oder Einnahmen aus sonstigen laufenden Transfers (z. B. Gerichtsgebühren, Strafen).

Bezüglich der zu erwartenden Mindereinnahmen infolge des sinkenden CO<sub>2</sub>-Ausstoßes (siehe Pkt. 5) wird angenommen, dass diese durch Mehreinnahmen bei bestehenden oder neuen Steuern kompensiert werden. Damit wird von der Annahme einer unveränderten Politik abgewichen, weil derartige steuerpolitische Änderungen gesetzliche Maßnahmen erfordern.



Insbesondere das Aufkommen aus der Mineralölsteuer (2022: 4,1 Mrd. EUR), der motorbezogenen Versicherungssteuer (2022: 2,7 Mrd. EUR), der Normverbrauchsabgabe (2022: 0,4 Mrd. EUR) und aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Bereich der Non-ETS-Emissionen (erwartete Einnahmen 2026 1,8 Mrd. EUR) ist bei einem sinkenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß rückläufig<sup>28</sup> bzw. würde im Fall einer CO<sub>2</sub>-Neutralität weitgehend verschwinden. Auch das Aufkommen aus der Sachbezugsbesteuerung für die private Nutzung von Firmenautos wäre bei der gegenwärtigen Rechtslage stark rückläufig. In Summe kommt es demnach beim angenommenen Rückgang des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu einem signifikanten Steuerausfall, der zur Aufrechterhaltung einer konstanten Einnahmenquote eine entsprechende Anpassung des Steuersystems erfordern wird.

#### **4.6 Szenarien zur langfristigen Reduktion der Schuldenquote**

In der Langfristigen Budgetprognose 2022 steigt die Schuldenquote langfristig an, wenn gemäß „No Policy Change“-Annahme die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen verwendet werden. Um die Schuldenquote langfristig zu stabilisieren, wäre eine permanente Verbesserung beim Primärsaldo durch höhere Einnahmen bzw. niedrigere Ausgaben notwendig. Je früher eine solche Verbesserung erfolgt, umso geringer muss sie zur Zielerreichung sein. Zum einen wirkt sie dann über einen längeren Zeitraum, zum anderen sinken die Zinsausgaben für die dann niedrigeren Schulden.

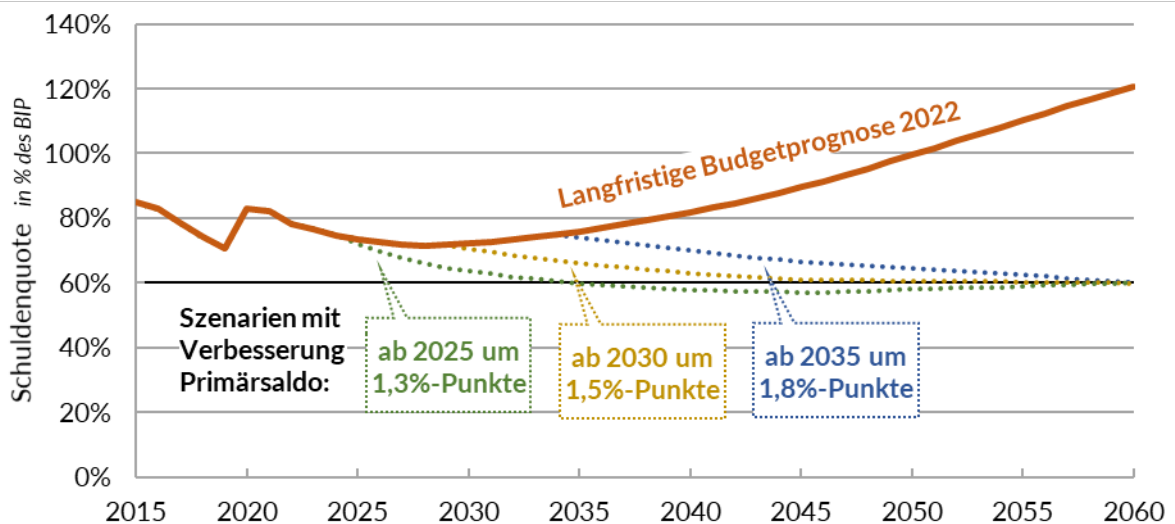
Der Budgetdienst hat drei Szenarien berechnet, in denen die Schuldenquote bis zum Jahr 2060 auf 60 % des BIP fällt. Als Startzeitpunkt für die Konsolidierung wurden dabei die Jahre 2025, 2030 bzw. 2035 gewählt. Dabei wird berücksichtigt, wie sich der niedrige Schuldenstand auf die Zinsausgaben auswirkt, es werden jedoch keine Effekte auf Beschäftigung und BIP inkludiert. Konsolidierungsmaßnahmen beeinflussen das BIP und damit die Entwicklung der Schuldenquote eher negativ, sodass ein stärkerer Eingriff notwendig wäre.

Die folgende Grafik vergleicht die Entwicklung der Schuldenquote gemäß Langfristiger Budgetprognose 2022 mit jener in diesen drei Szenarien:

---

<sup>28</sup> Bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung wirkt der steigende Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> diesem Mengeneffekt entgegen.



**Grafik 14: Szenarien zur langfristigen Reduktion der Schuldenquote**

Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022, eigene Berechnungen.

Bei einem Start im Jahr 2025 ist eine permanente Verbesserung des Primärsaldos um rd. 1,3 % des BIP notwendig, um im Jahr 2060 eine Schuldenquote iHv 60 % des BIP zu erreichen. Im Jahr 2025 würde dies notwendigen Mehreinnahmen bzw. Minder- ausgaben iHv 6,7 Mrd. EUR entsprechen. Bei einem Start im Jahr 2030 wäre ausgehend von der dann höheren Schuldenquote eine Verbesserung um 1,5 % des BIP, bei einem Start im Jahr 2035 um 1,8 % des BIP notwendig. Setzt man sich einen schnelleren Abbau der Schuldenquote zum Ziel, wäre eine stärkere Konsolidierung notwendig.

## 5 Erkenntnisse aus dem Klimamodul

Um die Diskussion von Klimazielen im Zusammenhang mit dem Budget und der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu fördern, können verschiedene Instrumente, wie z. B. der Green Budgeting-Ansatz oder Szenario-Analysen, sehr förderlich sein. Der Green Budgeting-Ansatz, der unterschiedliche Instrumente umfasst, dient der Bewertung der Umweltauswirkungen der Haushalts- und Finanzpolitik, ihrer Kohärenz bei der Erfüllung nationaler und internationaler Verpflichtungen und der Unterstützung einer fundierten, evidenzbasierten Debatte und Diskussion über nachhaltiges Wachstum. Die Szenario-Analyse ist ein Planungsinstrument, das darauf abzielt, Zukunftsprognosen bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu beschreiben.



Im Zuge der beiden in der Langfristigen Budgetprognose herangezogenen Szenario-Analysen wurden ausschließlich die Non-ETS-Sektoren betrachtet, weil nationale Emissionsziele nur für jene Sektoren vorgesehen sind, die nicht dem EU-ETS unterliegen. Eine Nichterreicherung der Zielsetzungen kann zu entsprechenden Sanktionen führen bzw. den Ankauf von Emissionsrechten anderer Mitgliedstaaten notwendig machen.

Das Basisszenario der Langfristigen Budgetprognose geht davon aus, dass es im Bereich des Klimaschutzes zu keinen Änderungen der fiskalischen und ordnungspolitischen Maßnahmen kommt und schreibt die gegenwärtige Rechtslage (inklusive EWG) fort. Die budgetären Effekte des Basisszenarios sind in den in Pkt. 4 beschriebenen Ergebnissen der Langfristigen Budgetprognose 2022 enthalten. Im Gegensatz dazu geht das Aktivitätsszenario im Vergleich zum Status Quo von weiteren klimarelevanten fiskalischen und ordnungspolitischen Maßnahmen aus, die sich auf die THG-Emissionen auswirken und auch makroökonomische und fiskalische Konsequenzen mit sich bringen. Im Vergleich zum Basisszenario enthält das Aktivitätsszenario insbesondere eine Ausweitung der derzeit im BFG 2023 bzw. BFRG 2023-2026 vorgesehenen Förderungen, eine höhere CO<sub>2</sub>-Bepreisung, einen stärkeren Ausbau erneuerbarer Energien, höhere Förderungen zum Umstieg auf erneuerbare Heizformen und zusätzliche Aktivitäten im Verkehrs-, Landwirtschafts- und Abfallwirtschaftsbereich.<sup>29</sup>

Dementsprechend sind die fiskalischen Effekte und Risiken der beiden Szenarien in der langfristigen Budgetprognose unterschiedlich. Im Basisszenario, das trotz geringerer THG-Emissionen als im WAM-Szenario von einer Verfehlung der Klimaziele ausgeht, fallen Kosten für den Ankauf von Emissionsrechten (als Ausgleich für das Nicht-Erreichen der EU-Klimaziele bis 2050) inklusive etwaiger Strafzuschläge an. Unter einer vereinfachten Rechnung und diversen Annahmen<sup>30</sup> fallen dafür gemäß Schätzung des BMF budgetäre Kosten iHv 4,7 Mrd. EUR im Zeitraum bis 2030 an. Im

---

<sup>29</sup> Für weitere Details zu den Annahmen im Basisszenario und Aktivitätsszenario wird auf den [Endbericht des Umweltbundesamtes](#) zum Pilotprojekt der Integration eines Klimamoduls in die Langfristige Budgetprognose bzw. auf den Anhang der Langfristigen Budgetprognose 2022 verwiesen.

<sup>30</sup> Beispielsweise müssen für die Berechnung Annahmen über die Verfügbarkeit von freien Emissionsrechten anderer Mitgliedstaaten und deren Preis getroffen werden, dessen Höhe nur schwer abschätzbar ist. Die bestehenden Flexibilitätsmöglichkeiten wurden in der Berechnung nur teilweise berücksichtigt. Eine weitere Vereinfachung betrifft den Strafzuschlag, der in die Berechnung einbezogen wurde, tatsächlich aber nur anfällt, wenn nicht zeitgerecht ausreichend Emissionsrechte angekauft werden können. Eine ausführliche Beschreibung der Funktionsweise des EU-Lastenteilungsverfahrens und der bestehenden Flexibilitätmechanismen ist der [Anfragebeantwortung des Budgetdienstes vom 7. September 2021 zu den budgetären Auswirkungen des EU-Emissionshandels](#) zu entnehmen.

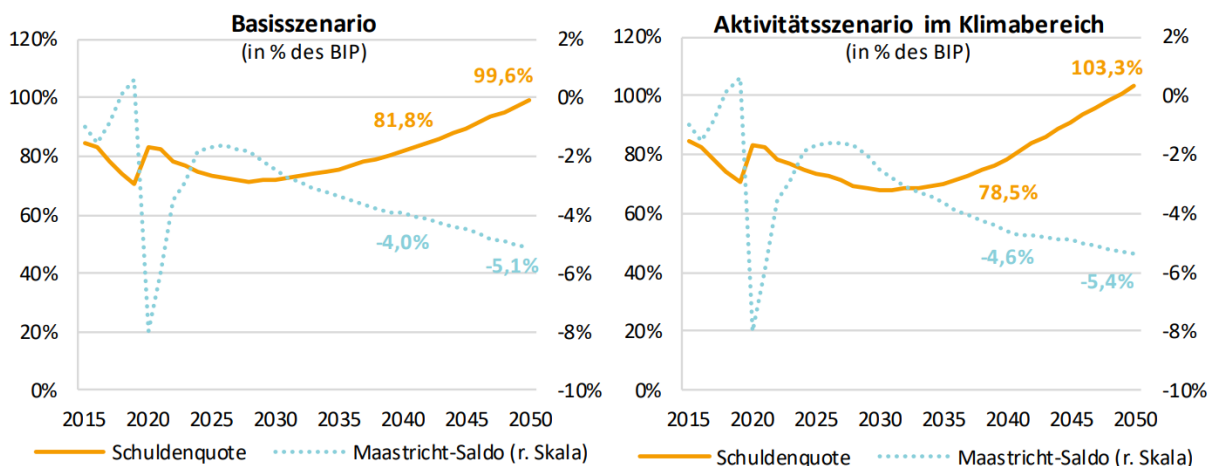


Zeitraum von 2031 bis 2050 wird mit weiteren Kosten von rd. 0,2 % des BIP pro Jahr gerechnet.

Im Aktivitätsszenario werden weitere Maßnahmen für den Klimaschutz gesetzt und dadurch fallen insbesondere in den Jahren 2030 bis 2040 höhere Investitionen bzw. Förderungen an. Das Aktivitätsszenario führt laut Modellierung zu einer deutlich stärkeren Reduktion der THG-Emissionen, die eine Erreichung des „Fit-for-55“-Zieles ermöglichen, und zu einem durch höhere staatliche Ausgaben bis 2040 getriebenen höheren Wirtschaftswachstum (zusätzlich kumuliertes BIP-Wachstum im Aktivitätsszenario im Jahr 2050: 1,32 %). Ab 2040 führen im Aktivitätsszenario die niedrigeren Produktionskosten für Strom, geringere fossile Importe und die daraus abgeleitete niedrigere Inflation zu einem höheren Wirtschaftswachstum. Dies impliziert positive wirtschaftliche Entwicklungen aus den zusätzlichen Umweltmaßnahmen (sogenannte doppelte Dividende der Klimatransformation). Zudem kann Österreich im Aktivitätsszenario Einnahmen durch den Verkauf von freien Emissionsmengen generieren.

Die höheren Auszahlungen im Aktivitätsszenario führen trotz des höheren Wirtschaftswachstums jedoch auch zu zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte, die in der Langfristigen Budgetprognose vom BMF als moderat angesehen werden.

**Grafik 15: Schuldenquote und Maastricht-Saldo im Basis- und im Aktivitätsszenario**



Quelle: BMF Langfristige Budgetprognose 2022.



Gegenüber dem Basisszenario (99,6 % des BIP) ist die Schuldenquote im Jahr 2050 gemäß den Projektionen in der Langfristigen Budgetprognose im Aktivitätsszenario mit 103,3 % des BIP um 3,7 %-Punkte höher. Auch das Maastricht-Defizit im Jahr 2050 ist im Aktivitätsszenario mit 5,4 % des BIP um 0,3 %-Punkte höher als im Basisszenario.

Die erstmalige Erweiterung der Langfristigen Budgetprognose um das Klimamodul ist zu begrüßen, weil die Klimaentwicklung auch langfristig mit bedeutenden fiskalischen Effekten verbunden ist, bei denen unterschiedliche Steuerungsmöglichkeiten bestehen. Dabei ist für die Belastung der öffentlichen Haushalte insbesondere auch das Zusammenwirken mit ordnungspolitischen Maßnahmen wesentlich.

In methodischer Hinsicht sind künftig noch einige Verbesserungen und Weiterentwicklungen erforderlich. Insbesondere sollte dabei auch eine verstärkte Integration der Ergebnisse in den Gesamtbericht angestrebt werden. Außerdem wäre eine gezielte Analyse unterschiedlicher Maßnahmenbündel im Hinblick auf ihre klima- und fiskalpolitische Wirkung von Bedeutung. Dies wäre im Hinblick auf die von der Politik auszuwählenden Instrumente zur Erreichung der Klimaziele (z. B. ordnungspolitische Instrumente, Förderungen, öffentliche Investitionen, CO<sub>2</sub>-Bepreisung) von hoher Relevanz.

Beachtet werden sollte in einem zukünftigen Bericht auch die einnahmeseitige Wirkung rückläufiger CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der im Klimamodul ausgewiesene Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen führt unter der Annahme einer unveränderten Politik grundsätzlich zu markanten Mindereinnahmen bei einigen Abgaben (z. B. Mineralölsteuer, CO<sub>2</sub>-Bepreisung) und somit zu einer sinkenden Einnahmenquote. In der Langfristigen Budgetprognose des BMF wird angenommen, dass diese Abgaben durch andere aufkommensmäßig gleich hohe Steuereinnahmen ersetzt werden, was jedoch im Widerspruch zur verwendeten „No Policy Change“ Annahme steht (siehe auch Pkt. 4.5). Damit die staatliche Einnahmenquote – wie es in der Langfristigen Budgetprognose angenommen wird – konstant gehalten werden kann, müssen beim angenommenen Rückgang des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bestehende Steuern erhöht werden bzw. alternative Steuerbemessungsgrundlagen gefunden werden. In zukünftigen Prognosen sollte eine Quantifizierung dieser zu erwartenden Mindereinnahmen vorgenommen werden.



In früheren Berichten und Analysen haben sich auch der Rechnungshof (RH) und das Büro des Fiskalrates mit den budgetären Aspekten im Zuge des Klimawandels auseinandergesetzt. Im April 2021 veröffentlichte der RH einen [Bericht zum Thema „Klimaschutz in Österreich – Maßnahmen und Zielerreichung 2020“](#), der auch mögliche finanzielle Auswirkungen einer Überschreitung des im Rahmen der Lastenteilung vorgegebenen Minderungspfads für 2021 bis 2030 behandelt. Unter der Annahme von Preisen iHv 50 EUR bis 100 EUR je t CO<sub>2</sub>eq und keinen zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen<sup>31</sup> führt der Rechnungshof eine mögliche budgetäre Belastung iHv rd. 4,6 Mrd. EUR bis 9,2 Mrd. EUR an.

In einer Information zur Fiskalpolitische Dimension der CO<sub>2</sub>-Ziele und Handlungsoptionen für Österreich<sup>32</sup> berechnete das Büro des Fiskalrats die potentiellen Kosten für Zukäufe von Emissionsrechten von anderen Ländern, um die EU-Klimaziele formell zu erreichen. Dabei werden Preise in der Höhe von 30 und 60 EUR pro Tonne CO<sub>2</sub> angenommen. Basierend auf dem WEM-Szenario (Gesetzesstand 2018) und dem WAM-Szenario des UBA (mit zusätzlichen Maßnahmen aus dem Nationalen Energie- und Klimaplan) berechnete der Fiskalrat zusätzliche Kosten durch Zukäufe von Emissionsrechten zwischen 2,1 und 4,2 Mrd. EUR für das WEM-Szenario und zwischen 0,8 und 1,7 Mrd. EUR für das WAM-Szenario. Der Fiskalrat stellte in seinem letzten [Bericht über die öffentlichen Finanzen 2021-2026](#) in diesem Zusammenhang fest, dass Investitionen und Strukturreformen zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum beitragen können und dadurch die fiskalische Nachhaltigkeit stärken. Hingegen führt Untätigkeit im Kontext des Klimawandels zu deutlich höheren Folgekosten.

Eine ausführliche Erläuterung der möglichen budgetären Auswirkungen des EU-Lastenteilungsverfahrens und des EU-Emissionshandelssystems ist der [Anfragebeantwortung des Budgetdienstes vom 7. September 2021 zu den budgetären Auswirkungen des EU-Emissionshandels](#) zu entnehmen.

---

<sup>31</sup> Dabei wurde angenommen, dass die THG-Emissionen bis 2030 etwa auf dem Niveau von 2017 bleiben. Dadurch ergibt sich eine Gesamtüberschreitung des Minderungspfads um rd. 92 Mio. t CO<sub>2</sub>eq.

<sup>32</sup> [Information des Büros des Fiskalrates zur fiskalpolitischen Dimension der CO<sub>2</sub>-Ziele und Handlungsoptionen für Österreich.](#)



## 6 Unterschiede zur Langfristigen Budgetprognose 2019

Die Langfristige Budgetprognose 2022 zeichnet ein deutlich pessimistischeres Bild als die Langfristige Budgetprognose 2019. Während in der aktuell vorliegenden Prognose die Schuldenquote bis 2060 auf 120,8 % des BIP ansteigt, ging die Schuldenquote in der Langfristigen Budgetprognose 2019 bis 2060 sogar leicht auf 65,6 % zurück. Die wesentlichen Ursachen für diese Abweichungen liegen im zuletzt deutlich angestiegenen Schuldenstand infolge der COVID-19-Krise und der aktuellen Energiekrise, im veränderten Zinsumfeld und insbesondere in höheren Primärdefiziten. Letztere resultieren vor allem aus geänderten Ausgangswerten für die Fortschreibung der nicht-demografieabhängigen Ausgaben und in den nun berücksichtigten Ausgaben für Ankäufe von Emissionsrechten wegen der in der Prognose unterstellten Nichteinhaltung unionsrechtlicher Treibhausgasziele.<sup>33</sup>

Die steigenden demografieabhängigen Ausgaben belasten in der aktuellen Prognose weiterhin die öffentlichen Finanzen, ihre Dynamik hat sich gegenüber der vorangegangenen Prognose aber kaum verändert. Der pessimistischere Ausblick resultiert daher nicht aus einer geänderten Einschätzung zur Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben. Einen leicht positiven Einfluss auf die Ergebnisse haben die Aktualisierung der Erwerbsprognose infolge der nun geringer angenommenen Arbeitslosenquote und die im Hinblick auf die Entwicklung der Belastungsquote etwas günstigeren Ergebnisse in der für die Berechnungen verwendeten vorläufigen Bevölkerungsprognose 2022. In der finalen Version der Bevölkerungsprognose 2022 ist die Belastungsquote jedoch vor allem langfristig höher als in der vorläufigen Version, weshalb es in der Budgetprognose zu einer gewissen Unterschätzung der demografieabhängigen Ausgaben gekommen sein dürfte.

In Pkt. 6.1 werden die Ergebnisse aus den Langfristigen Budgetprognosen 2019 und 2022 im Detail gegenübergestellt. In Pkt. 6.2 wird auf die Auswirkungen des geänderten Zinsumfelds mit kurzfristig deutlich höheren und schneller steigenden

---

<sup>33</sup> Die Ergebnisse des vom Umweltbundesamt entwickelten Klimamoduls (siehe Pkt. 5) zeigen bis 2030 eine Senkung der österreichischen Treibhausgasemissionen um rd. 30 % gegenüber dem Wert von 2005. Da die unionsrechtlich verbindlichen Klimaziele gemäß dem „Fit-for-55“-Paket eine Reduktion um 48 % vorsehen, rechnet das BMF damit, dass in diesem Fall im Zeitraum 2021 bis 2030 Zahlungen für Ankäufe von Emissionsrechten iHv rd. 4,7 Mrd. EUR anfallen. Ab 2031 werden in der Prognose Ausgaben von durchschnittlich 0,2 % des BIP pro Jahr angenommen.

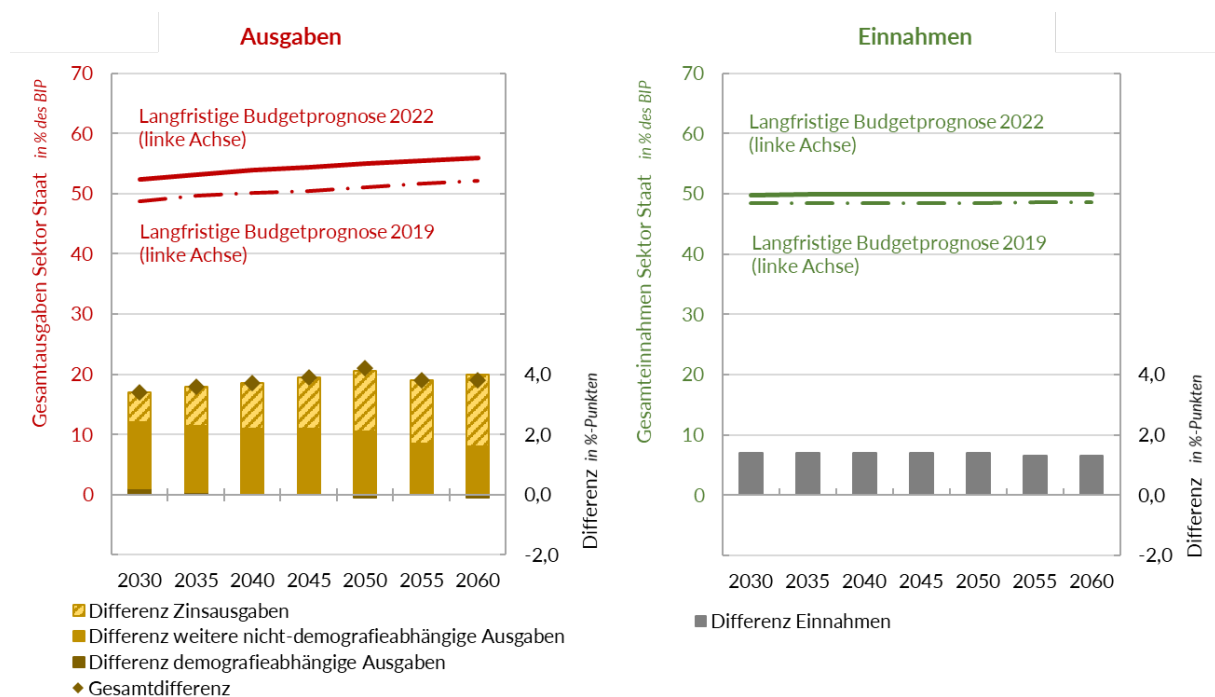


Zinsen näher eingegangen. Die Änderungen bei den unterschiedlichen Bevölkerungsprognosen bzw. den makroökonomischen Rahmenbedingungen, die einen insgesamt nur vergleichsweise geringen Effekt auf die geänderten Ergebnisse haben, werden in Pkt. 6.3 erläutert.

## 6.1 Prognosevergleich der Defizit- und Schuldenentwicklung

Die Entwicklung der gesamtstaatlichen Ausgaben und Einnahmen gemäß der Langfristigen Budgetprognose 2022 im Vergleich zur vorangegangenen Langfristigen Budgetprognose 2019 ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen:

**Grafik 16: Prognosevergleich Ausgaben- und Einnahmenentwicklung**



Quellen: Langfristige Budgetprognose 2022, Langfristige Budgetprognose 2019.

Die Staatsausgabenquote ist in der aktuell vorliegenden Langfristigen Budgetprognose im gesamten Prognosezeitraum um drei bis vier Prozentpunkte höher als in der vorangegangenen Prognose aus dem Jahr 2019. Die Zerlegung der Differenz zeigt, dass die höhere Ausgabenquote im Wesentlichen auf höhere Zinsausgaben und



höhere weitere nicht-demografieabhängige Ausgaben<sup>34</sup> zurückzuführen ist. Die Dynamik der demografieabhängigen Abgaben ist in den beiden Prognosen sehr ähnlich und erklärt nur einen sehr geringen Teil der Differenz.

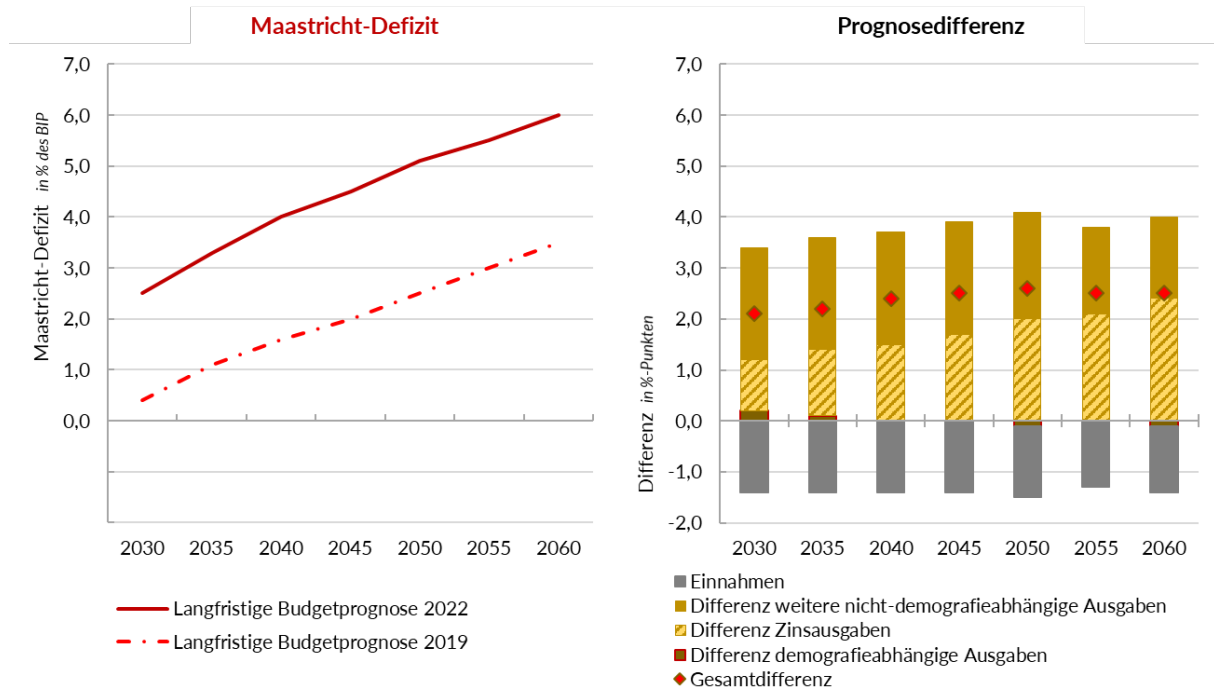
Die Staatseinnahmenquote ist in der Langfristigen Budgetprognose 2022 im gesamten Prognosezeitraum um 1,1 bis 1,4 %-Punkte höher als in der Prognose 2019, was einen dämpfenden Effekt auf die Defizitentwicklung hat. Da die Staatseinnahmen im Wesentlichen mit dem nominellen BIP fortgeschrieben werden, dürfte die Prognose-differenz auf einen unterschiedlichen Ausgangswert bei der Fortschreibung zurückzuführen sein. Die zwischenzeitlich beschlossene Abgeltung der Kalten Progression hat keine Auswirkungen auf die Prognoseergebnisse, da auch in den vorangegangenen Langfristigen Budgetprognosen implizit von einer Indexierung des Einkommensteuertarifs ausgegangen wurde.

Aus der unterschiedlichen Entwicklung der staatlichen Ausgaben und Einnahmen resultieren die folgenden Unterschiede in der Entwicklung des Budgetdefizits:

---

<sup>34</sup> Da diese im Wesentlichen mit dem nominellen BIP fortgeschrieben werden, ist die Differenz auf einen höheren Ausgangswert zurückzuführen. Dieser dürfte überwiegend auf die in der aktuellen mittelfristigen Budgetplanung des BMF vorgesehenen höheren Ausgaben insbesondere in den Bereichen innere und äußere Sicherheit sowie Klimaschutz zurückzuführen sein, die langfristig fortgeschrieben werden (siehe auch Pkt. 4.4).



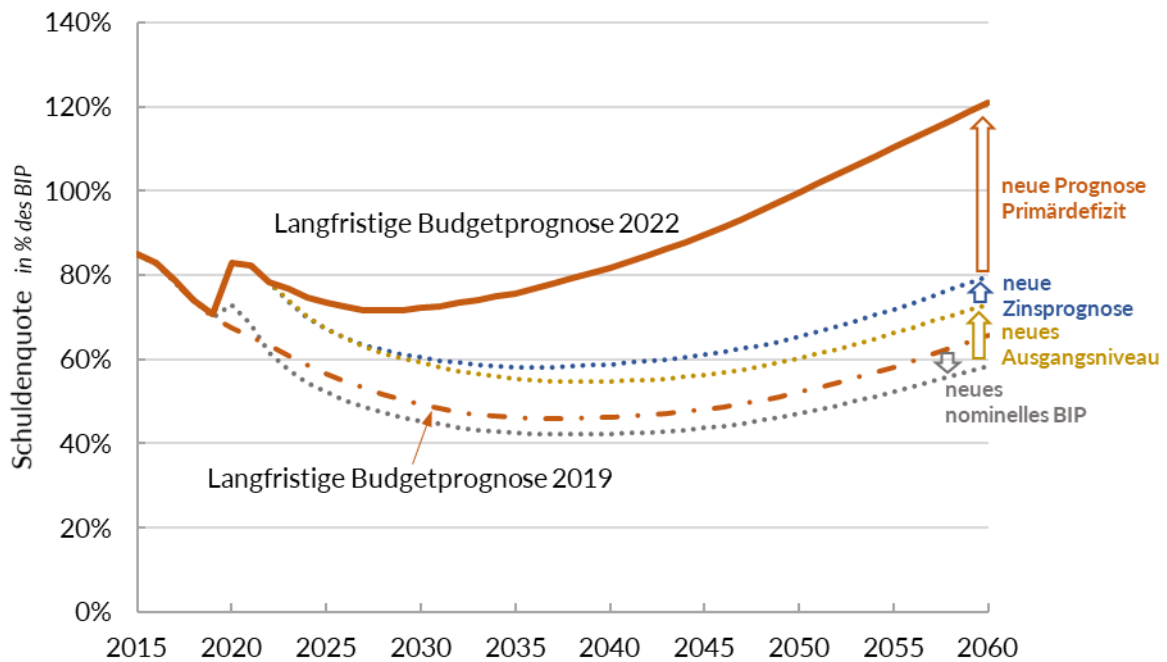
**Grafik 17: Prognosevergleich Maastricht-Defizit**


Quellen: Langfristige Budgetprognose 2022, Langfristige Budgetprognose 2019.

Das Maastricht-Defizit ist in der aktuell vorliegenden Langfristigen Budgetprognose 2022 um jährlich bis zu 2,5 %-Punkte höher als in der Prognose 2019. Während die höhere Einnahmenquote defizitmindernd wirkt, führen die nunmehr höheren Zinsausgaben und die weiteren nicht-demografieabhängigen Ausgaben insgesamt zu einem höheren Maastricht-Defizit.

Sowohl der höhere Ausgangspunkt bei der Schuldenquote als auch die zukünftig höheren Maastricht-Defizite steigern die Schuldenquote im Vergleich zur Prognose 2019. Ein gegenläufiger Effekt entsteht durch das wegen der Preissteigerungen höher erwartete nominelle BIP-Wachstum in den kommenden Jahren, welches den Anteil der Schulden am BIP reduziert (BIP-Nenner-Effekt). Die nachfolgende Grafik leitet die Schuldenquote gemäß der vorangegangenen Langfristigen Budgetprognose anhand dieser Erklärungsfaktoren zur Schuldenquote gemäß der Prognose 2022 über:<sup>35</sup>

<sup>35</sup> Die Überleitung von der alten Schuldenquote zur neuen erfolgt dabei in vier Schritten. Als erstes wird die alte Schuldenentwicklung ins Verhältnis zur neuen nominellen BIP-Entwicklung gesetzt. Dann wird bei unveränderten Annahmen zu Verzinsung und Primärsalden der höhere Ausgangswert bei den Schulden im Jahr 2022 berücksichtigt. Im dritten Schritt wird die aktuell erwartete Zinsentwicklung auf diese Schulden angewendet. Im letzten Schritt werden auch die künftigen Primärsalden an die aktuelle Prognose angepasst.

**Grafik 18: Prognosevergleich öffentliche Schuldenquote**


Quellen: Langfristige Budgetprognose 2022, Langfristige Budgetprognose 2019, eigene Berechnungen.

Im Jahr 2060 ist die Schuldenquote in der Langfristigen Budgetprognose 2022 um 55 %-Punkte höher als in der Prognose aus dem Jahr 2019. Bei einer gleichen absoluten Schuldenentwicklung wie in der alten Prognose würde das ab 2022 nunmehr höhere nominelle BIP die Schuldenquote langfristig um 7 %-Punkte reduzieren. Dem stehen jedoch drei Effekte gegenüber, welche die Schuldenquote im Prognosevergleich erhöhen. Das höhere Ausgangsniveau an Schulden im Jahr 2022 steigert die Schuldenquote langfristig um 15 %-Punkte. Höhere Zinssätze bewirken zunehmend höhere Zinsausgaben (siehe Pkt. 6.2), sodass die Schuldenquote im Jahr 2060 um 7 %-Punkte steigt. Den stärksten Effekt haben jedoch die nunmehr schlechteren Primärsalden<sup>36</sup>, welche (inklusive Zinsen) die Schuldenquote sukzessive erhöhen. Im Jahr 2060 beträgt die Steigerung im Prognosevergleich 41 %-Punkte. Dies beruht auf der Annahme einer unveränderten Politik, in Pkt. 4.6 werden notwendige Anpassungen beim Primärsaldo zur Reduktion der langfristigen Schuldenquote dargestellt.

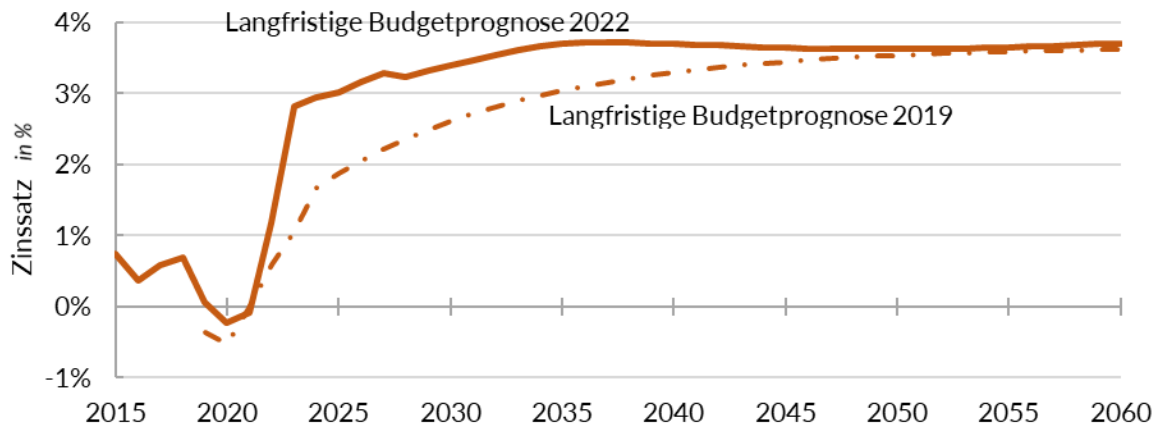
<sup>36</sup> Nach den zunächst krisenbedingt hohen Differenzen ist das Primärdefizit ab 2027 um rd. 1 %-Punkt höher als in der Langfristigen Budgetprognose 2019. Bis 2050 sinkt die Differenz langsam auf rd. 0,5 %-Punkte und gegen Ende des Prognosehorizonts entsprechen sich die Primärdefizite der beiden Prognosen weitgehend.



## 6.2 Geänderte Zinsannahmen

Das in der aktuellen Prognose höhere Zinsniveau ist ein Erklärungsfaktor für die nun pessimistischere Langfristige Budgetprognose. Die nachfolgende Grafik zeigt die beiden Zinsprognosen:

**Grafik 19: Prognosevergleich Zinssatz**

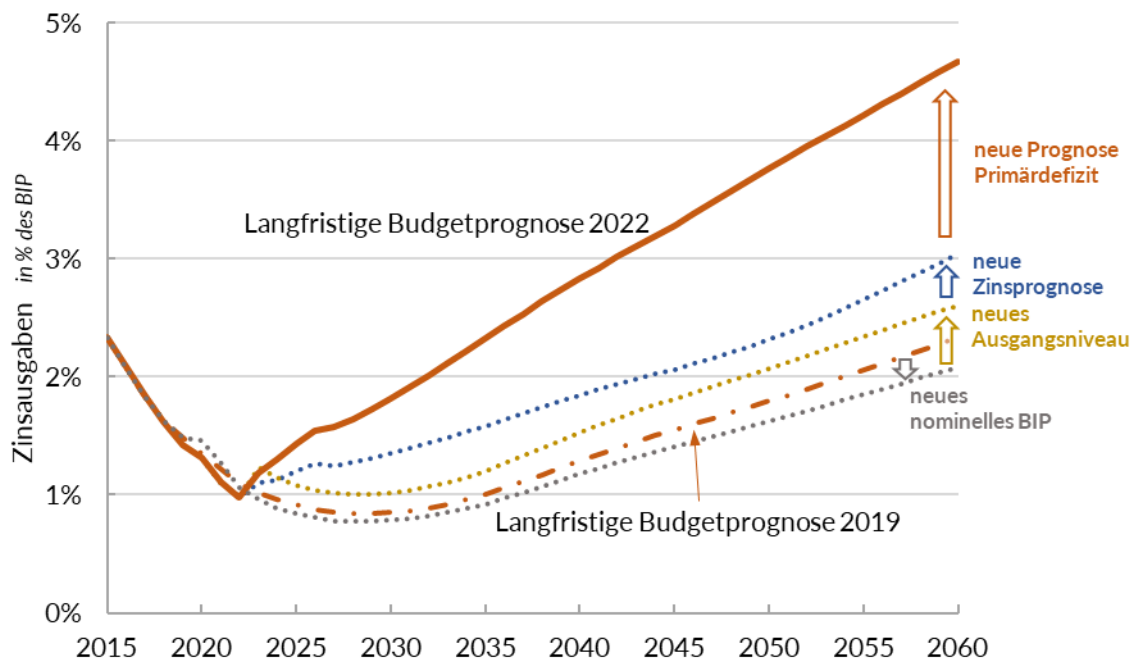


Quellen: Langfristige Budgetprognose 2022, Langfristige Budgetprognose 2019.

Während die Langfristige Budgetprognose 2019 von einem nur schrittweisen Anstieg des Zinsniveaus ausging und der Zinssatz erst ab dem Jahr 2035 über 3 % lag, ist das in der aktuellen Prognose bereits ab 2025 der Fall. Der Zinssatz erreicht 2035 ein Niveau von 3,7 %, das danach bis zum Ende des Prognosehorizonts weitgehend konstant bleibt. In der Langfristigen Budgetprognose 2019 näherte sich der Zinssatz erst gegen Ende des Prognosehorizonts diesem Wert an. Wendet man dieses höhere Zinsniveau ab 2023 gemeinsam mit dem höheren Ausgangsniveau der Schuldenquote auf die Langfristige Budgetprognose 2019 an, so führt dies zu einem weiteren Anstieg der Schuldenquote, der zunächst nur gering ist, aber durch das schrittweise Auslaufen bestehender Schulden<sup>37</sup> und den Zinseszinsseffekt bis 2040 auf 4 %-Punkte und bis 2060 auf 7 %-Punkte ansteigt.

Die nachfolgende Grafik illustriert, analog zu Grafik 18, die Erklärungsfaktoren für die in der aktuellen Langfristigen Budgetprognose gegenüber der Langfristigen Budgetprognose 2019 höheren Zinsausgaben:

<sup>37</sup> Die in der Prognose angenommene durchschnittliche Restlaufzeit beträgt 10 Jahre.

**Grafik 20: Erklärungsfaktoren für die veränderte Prognose der Zinsausgaben**

Quellen: Langfristige Budgetprognose 2022, Langfristige Budgetprognose 2019, eigene Berechnungen.

Langfristig sind die Zinsausgaben in der aktuellen Prognose mit 4,7 % des BIP um 2,3 %-Punkte höher als in der Prognose aus dem Jahr 2019. Das nunmehr höhere nominelle BIP würde bei unveränderten absoluten Zinsausgaben zwar diesen Anteil um langfristig 0,3 %-Punkte senken. Einen gegenläufigen Effekt haben jedoch die Zinszahlungen für die im Prognosevergleich bereits im Jahr 2022 bestehenden zusätzlichen Schulden (+0,5 %-Punkte) sowie die höheren Zinssätze (+0,4 %-Punkte). Zinsen für die zusätzlichen Schulden durch zukünftig höhere Primärdefizite haben die stärksten Auswirkungen und steigern die prognostizierten Zinsausgaben im Jahr 2060 um 1,6 % des BIP.

### 6.3 Weitere geänderte Rahmenbedingungen

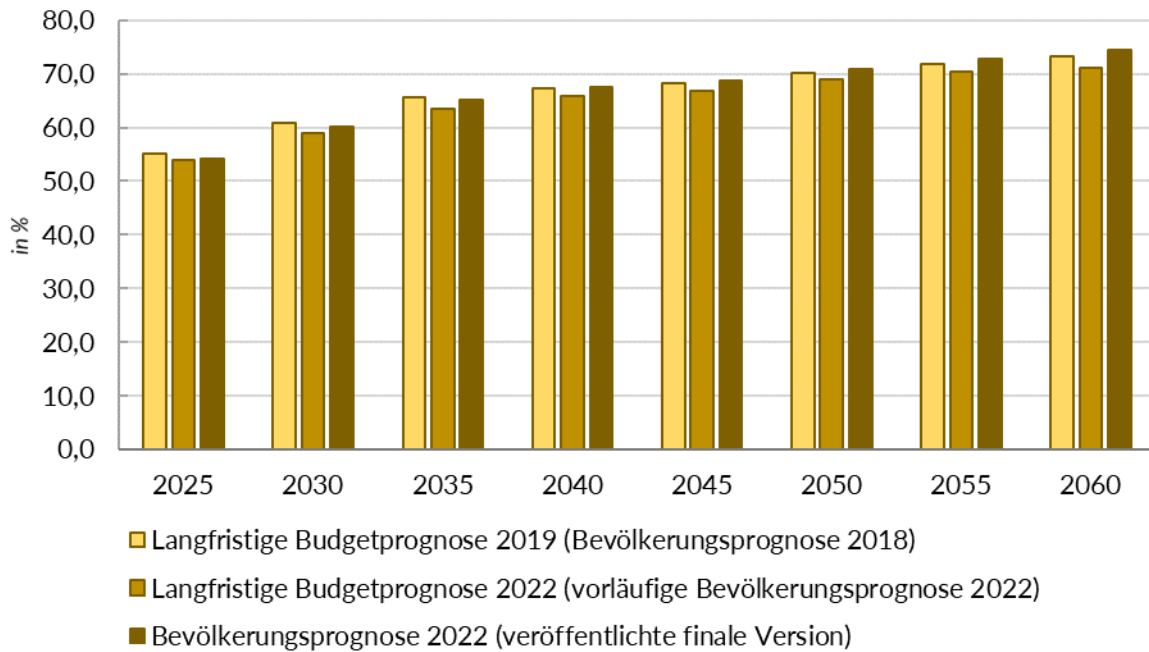
Die geänderten makroökonomischen und demografischen Rahmenbedingungen haben einen insgesamt vergleichsweise geringen Effekt auf die unterschiedlichen Prognoseergebnisse. In der nachstehende Grafik werden die Unterschiede in den Belastungsquoten<sup>38</sup> dargestellt, die zwischen den jeweils verwendeten

<sup>38</sup> Verhältnis der Anzahl von Personen im Alter unter 15 Jahren und ab 65 Jahren zur Anzahl an Personen im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren.



Bevölkerungsprognosen bestehen, dargestellt. Dabei ist anzumerken, dass die Langfristige Budgetprognose 2022 auf Grundlage einer vorläufigen Version der Bevölkerungsprognose 2022 erstellt wurde, die nicht unwesentlich von der veröffentlichten finalen Version abweicht:

**Grafik 21: Prognosevergleich Belastungsquote**

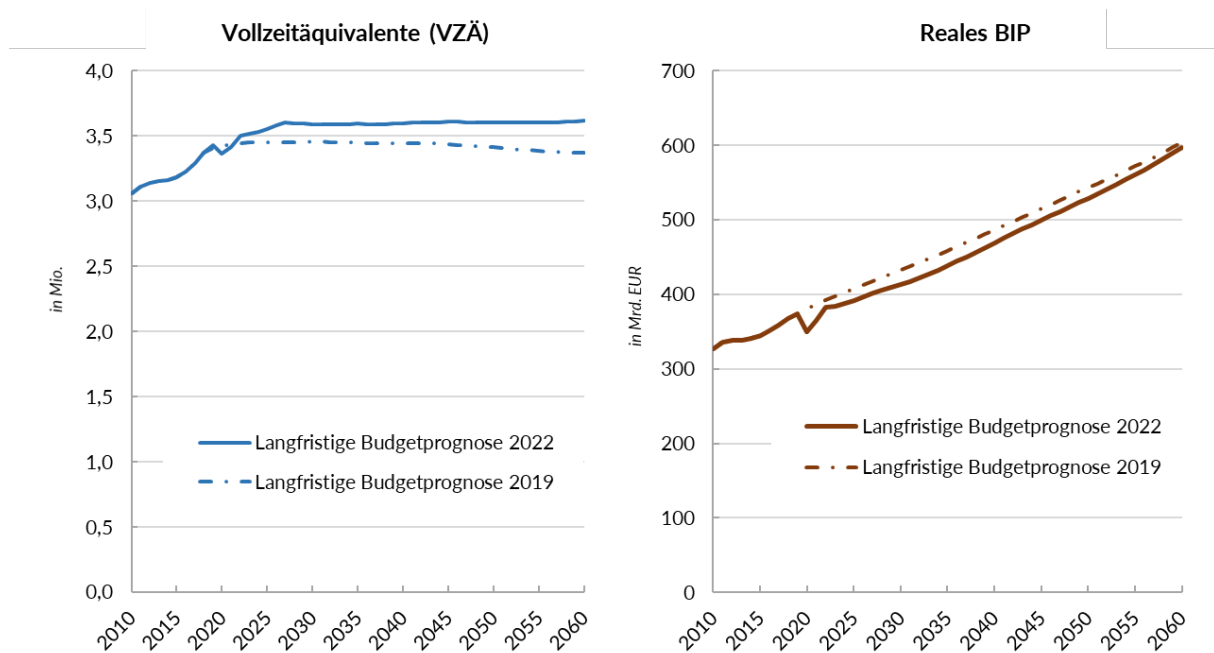


Anmerkung: Während die Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF noch auf einer vorläufigen Version der Bevölkerungsprognose 2022 basiert, verwendet der Budgetdienst für seine Auswertungen zur demografischen Entwicklung die finale Version der Bevölkerungsprognose 2022. Dadurch kommt es insbesondere in der mittleren und langen Frist zu Abweichungen bei der dargestellten demografischen Entwicklung.

Quellen: Bevölkerungsprognose 2018, Bevölkerungsprognose 2022 (vorläufige und veröffentlichte Version).

Die vorläufige Version der Bevölkerungsprognose 2022 weist vor allem mittel- und langfristig eine etwas günstigere Entwicklung der Belastungsquote aus als die Bevölkerungsprognose 2018, die als Grundlage für die vorangegangene Langfristige Budgetprognose herangezogen wurde. Dadurch ergibt sich ein dämpfender Effekt auf die Ausgabenentwicklung, d. h. die geänderten demografischen Annahmen wirken sich leicht positiv auf das Prognoseergebnis aus. Allerdings ist die Belastungsquote in der veröffentlichten Version der Bevölkerungsprognose 2022 ungünstiger als in der vorläufigen Version, sodass es dadurch zu einer Unterschätzung der demografiebedingten Ausgabenentwicklung gekommen ist.

Die nachstehende Grafik weist die Unterschiede in der Entwicklung der Vollzeit-äquivalente (Faktor Arbeit) und in Entwicklung des realen BIP aus:

**Grafik 22: Geänderte makroökonomische Rahmenbedingungen**

Quellen: Langfristige Budgetprognose 2022, Langfristige Budgetprognose 2019.

Die zugrundeliegende Erwerbsquotenprognose fällt zwar etwas ungünstiger aus als in der Erwerbsprognose 2019, die angenommene Arbeitslosenquote ist in der aktuellen Prognose aber geringer. Daher ist die Anzahl der Vollzeitäquivalente in der aktuellen Prognose etwas höher. Dieser Beschäftigungseffekt hat zwar positive Auswirkungen auf das reale BIP, dessen Wachstumspfad jedoch in der aktuellen Mittelfristprognose krisenbedingt von einem niedrigeren Niveau startet. Das reale BIP ist daher in der aktuellen Prognose im gesamten Betrachtungszeitraum niedriger als in der Langfristigen Budgetprognose 2019. Das nominelle BIP ist inflationsgetrieben in der aktuellen Prognose hingegen höher, woraus ein dämpfender Effekt auf die Schuldenquote resultiert (siehe Pkt. 6.1).

## 7 Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen

Eine Budgetprognose über einen derart langen Zeitraum ist mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Aus diesem Grund ist die Durchführung von Sensitivitätsanalysen, in denen die Auswirkungen abweichender Annahmen auf die Ergebnisse sichtbar gemacht werden, ein wichtiger Bestandteil der Prognose. Neben den Prognoserisiken werden anhand solcher Analysen auch die unterschiedlichen Wirkungskanäle besser ersichtlich, wodurch die Interpretation der Ergebnisse und die Abschätzung einer möglichen Wirkung von Maßnahmen erleichtert wird.

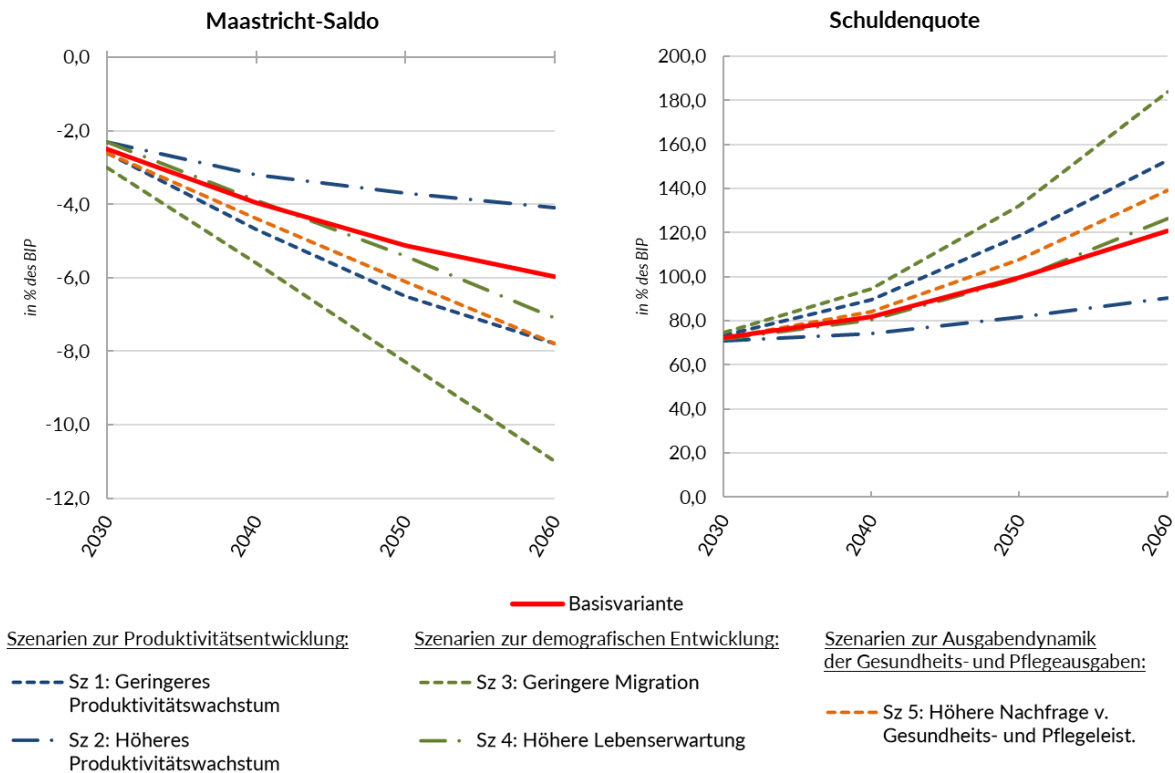


## 7.1 Szenarien und Ergebnisse im Überblick

In der Langfristigen Budgetprognose bestehen insbesondere bei der zukünftigen Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Erwerbsentwicklung erhebliche Unsicherheiten. Da es sich dabei um die zentralen Bausteine der Prognose handelt, beziehen sich vier der fünf Risikoszenarien in der Langfristigen Budgetprognose auf diese Bereiche. Ein weiteres Szenario betrifft die Fortschreibung der Ausgaben für öffentliche Gesundheits- und Pflegeleistungen:

- ◆ Szenario 1: Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität
- ◆ Szenario 2: Höheres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität
- ◆ Szenario 3: Geringere Migration nach Österreich
- ◆ Szenario 4: Höhere Lebenserwartung
- ◆ Szenario 5: Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen (Einkommenselastizität  $> 1$ )

In der nachstehenden Grafik wird die Auswirkung dieser Szenarien auf die Defizit- und Schuldenentwicklung des Staates in Relation zum BIP dargestellt:

**Grafik 23: Auswirkungen der Szenarien auf Budgetsaldo und Schuldenstand**


Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

Die Grafik zeigt, dass die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in den unterschiedlichen Szenarien stark voneinander abweicht. Das einzige Szenario, in dem es zu einer günstigeren Budgetentwicklung kommt, ist das Szenario 2, in dem ein höheres Produktivitätswachstum angenommen wird. In den anderen Szenarien steigen Budgetdefizit und Schuldenstand teilweise deutlich stärker an als im Basisszenario. Deutlich am ungünstigsten ist die Entwicklung im Szenario 3 mit einer geringeren Migration. In den Folgekapiteln werden die einzelnen Szenarien und deren Auswirkung auf die Budgetprognose näher beschrieben.

## 7.2 Szenarien zur Produktivitätsentwicklung

Im Basisszenario wird angenommen, dass die Gesamtproduktivität mit durchschnittlich knapp unter 0,6 % pro Jahr ansteigt. Allerdings ist diese Annahme mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Im Zeitraum 1976 bis 2021 lag das durchschnittliche Produktivitätswachstum bei 0,45 %, wobei es sich in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hat. Einerseits könnten neue technologische Entwicklungen insbesondere





im Bereich der Digitalisierung oder „grüner“ Technologien zu einem Produktivitätsschub führen. Andererseits könnte sich die Verlangsamung des Produktivitätswachstums weiter fortsetzen bzw. auf dem niedrigen Niveau der letzten Jahre verharren. Zur Darstellung der Auswirkung abweichender Annahmen bei der Produktivitätsentwicklung auf die Ergebnisse der Budgetprognose wird in den Szenarien 1 und 2 angenommen, dass das Produktivitätswachstum bei 0,4 % („Secular Stagnation“) bzw. 0,8 % („New Growth“) pro Jahr liegt. Die errechneten Auswirkungen auf das BIP-Wachstum sowie auf den Budgetsaldo und den Schuldenstand sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

**Tabelle 6: Auswirkungen Szenario 1 und 2 auf die langfristige Budgetentwicklung**

in % des BIP	2030			2040			2050			2060		
	Basissz.	Sz. 1	Sz. 2	Basissz.	Sz. 1	Sz. 2	Basissz.	Sz. 1	Sz. 2	Basissz.	Sz. 1	Sz. 2
BIP-Wachstum	0,9	0,5	1,3	1,4	1,0	1,8	1,1	0,7	1,5	1,4	1,0	1,8
Maastricht-Saldo	-2,5	-2,6	-2,3	-4,0	-4,7	-3,2	-5,1	-6,5	-3,7	-6,0	-7,8	-4,1
Schuldenquote	72,1	73,2	71,0	81,8	89,4	74,3	99,6	118,3	81,6	120,8	152,9	90,4

Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

Abweichende Annahmen bei der Produktivitätsentwicklung bewirken ein entsprechend niedrigeres (Szenario 1) bzw. höheres (Szenario 2) BIP Wachstum. Es liegt im gesamten Prognosezeitraum um durchschnittlich 0,4 % Punkte unter bzw. über dem Wirtschaftswachstum im Basisszenario. Die Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2060 um rd. 13 % niedriger bzw. höher als im Basisszenario. Alleine diese Unterschiede im nominelle BIP bewirken aufgrund des BIP-Nenner-Effekts eine höhere (Szenario 1) bzw. niedrigere (Szenario 2) Schuldenquote.

Da die Einnahmen im Wesentlichen mit dem BIP fortgeschrieben werden, ändern sich diese in Relation zum BIP nicht, auch eine Reihe von Ausgaben wird mit dem BIP fortgeschrieben. Im Szenario 1 ist das Lohnwachstum aufgrund der geringeren Produktivitätszuwächse entsprechend niedriger, wodurch sich mit Verzögerung ein dämpfender Effekt auf die Neupensionen ergibt. Die Bestandspensionen sind davon zunächst nicht betroffen, erst allmählich ersetzen die Neupensionen die Bestandspensionen. Da auch das nominelle BIP selbst niedriger ist, sind die Pensionsausgaben in Relation zum BIP höher als im Basisszenario, im Jahr 2060 beträgt die Differenz 0,8 %-Punkte. Aufgrund der im Vergleich zum Basisszenario höheren Budgetdefizite sind auch die Zinsausgaben entsprechend höher. Das Budgetdefizit steigt im Szenario 1 auf 7,8 % des BIP im Jahr 2060 an, die Schuldenquote steigt auf 152,9 % des BIP.



Analog dazu bewirken die höheren Löhne im Szenario 2 erst mit Verzögerung höhere Neupensionen, die dann allmählich die Bestands pensionen ersetzen. In Relation zum höheren BIP sind die Pensionsausgaben aber niedriger als im Basisszenario, 2060 liegt die Differenz bei 0,8 %-Punkten. In diesem Szenario steigt das Budgetdefizit bis 2060 auf 4,1 % des BIP an, der Schuldenstand steigt bis 2060 auf 90,4 % des BIP an.

### 7.3 Szenarien zur demografischen Entwicklung

Die Bevölkerungsprognose basiert auf Annahmen zur Migration, zur Lebenserwartung und zur Entwicklung der Geburten. Im Basisszenario auf Grundlage der vorläufigen Bevölkerungsprognose 2022 wird mit einem positiven jährlichen Wanderungssaldo von durchschnittlich 33.000 Personen gerechnet. Im Szenario 3 wird angenommen, dass dieser nur bei 21.600 Personen pro Jahr liegt, was der „Unteren Wanderungsvariante“ in der vorläufigen Version der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria entspricht. Dadurch sinkt das Arbeitskräfteangebot, zumal der überwiegende Teil der Migration im erwerbsfähigen Alter stattfindet. Dies bewirkt ein um durchschnittlich 0,2 %-Punkte niedrigeres Wirtschaftswachstum als im Basisszenario, die Wirtschaftsleistung im Jahr 2060 liegt um 7,5 % unter jener im Basisszenario. Die Ausgaben für Pensionen, Gesundheit und Pflege sind in diesem Szenario zwar in absoluten Beträgen niedriger als im Basisszenario, aufgrund der geringeren Wirtschaftsleistung sind sie in Relation zum BIP jedoch deutlich höher als im Basisszenario.

Im Szenario 4 wird bezüglich der Lebenserwartung eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Es wird angenommen, dass sich diese bis zum Jahr 2060 bei Frauen auf 92,0 Jahre (Basisszenario: 89,9 Jahre) und bei Männern auf 89,2 Jahre (Basisszenario: 86,6 Jahre) erhöht. Das Wirtschaftswachstum ändert sich dadurch nicht. Da sich das Pensionsantrittsalter nicht ändert, nimmt die Zahl der Pensionist:innen aufgrund der längeren Bezugsdauer entsprechend zu. Auf die Gesundheits- und Pflegeausgaben ergibt sich zunächst sogar ein dämpfender Effekt, weil die Zunahme der Lebenserwartung annahmegemäß zu einem Anstieg der Lebensjahre in gutem Gesundheitszustand in gleicher Höhe führt. Dadurch verzögert sich die Inanspruchnahme der Gesundheits- und Pflegeleistungen entsprechend. Der Effekt der höheren Pensionsausgaben überwiegt aber diesen vorläufigen dämpfenden Effekt, sodass im gesamten Prognosezeitraum die Budgetentwicklung ungünstiger verläuft als im Basisszenario.

In der nachstehenden Tabelle werden die Auswirkungen dieser beiden Szenarien auf die Ergebnisse der Langfristigen Budgetprognose dargestellt:

**Tabelle 7: Auswirkungen Szenario 3 und 4 auf die langfristige Budgetentwicklung**

in % des BIP	2030			2040			2050			2060		
	Basissz.	Sz. 3	Sz. 4	Basissz.	Sz. 3	Sz. 4	Basissz.	Sz. 3	Sz. 4	Basissz.	Sz. 3	Sz. 4
Maastricht-Saldo	-2,5	-3,0	-2,3	-4,0	-5,6	-3,9	-5,1	-8,3	-5,4	-6,0	-11,0	-7,1
Schuldenquote	72,1	74,4	71,7	81,8	94,5	80,2	99,6	132,1	98,9	120,8	183,6	126,2
Pensionsausgaben	15,1	15,3	15,1	15,4	16,0	15,6	15,1	15,9	15,6	15,1	16,2	16,0
Demografieabh. Ausg. (ohne Pensionen)	17,3	17,4	17,1	18,1	18,3	17,9	19,1	19,3	18,9	19,7	20,0	19,7

Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

Das Budgetdefizit steigt im Szenario 3 bis 2060 auf 11,0 % des BIP an, der Schuldenstand würde dann bei 183,6 % des BIP liegen. Im Szenario 4 fällt der Anstieg deutlich geringer aus, für das Jahr 2060 ergeben die Projektionen ein Budgetdefizit von 7,1 % des BIP und einen öffentlichen Schuldenstand iHv 126,2 % des BIP.

## 7.4 Szenario zur Ausgabendynamik der Gesundheits- und Pflegeausgaben

Insbesondere bei der Projektion der Gesundheits- und Pflegeausgaben müssen einige Annahmen getroffen werden. Dies betrifft etwa die Entwicklung der Nachfrage nach diesen Leistungen in Abhängigkeit vom unterstellten Einkommenswachstum (Einkommenselastizität). Zu diesem konkreten Aspekt wird eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Weitere zentrale Annahmen betreffen die Einhaltung des für die Gesundheitsausgaben mit den Ländern vereinbarten Kostendämpfungspfades, eine stärkere Inanspruchnahme formeller Pflegedienstleistungen oder die Annahme, dass die gesunden Jahre im selben Ausmaß wie die Lebenserwartung ansteigen. Zu diesen Aspekten werden keine Sensitivitätsanalysen durchgeführt.

Im Szenario 5 wird angenommen, dass die Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegeleistungen stärker mit dem Einkommen ansteigt als im Basisszenario. Die angenommene Einkommenselastizität ist in diesem Szenario jeweils um 0,1 %-Punkte höher und liegt bei 1,0 (statt 0,9) für Gesundheitsleistungen und bei 1,8 (statt 1,7) für Pflegeleistungen, was bedeutet, dass die Nachfrage nach diesen Leistungen mit steigendem Wohlstand stärker zunimmt. Da angenommen wird, dass der Nachfrage Schub durch öffentliche Leistungen gedeckt wird, kommt es zu einem entsprechenden Anstieg der öffentlichen Ausgaben in diesen Bereichen.

**Tabelle 8: Auswirkungen Szenario 5 auf die langfristige Budgetentwicklung**

in % des BIP	2030		2040		2050		2060	
	Basissz.	Sz. 5	Basissz.	Sz. 5	Basissz.	Sz. 5	Basissz.	Sz. 5
Maastricht-Saldo	-2,5	-2,6	-4,0	-4,4	-5,1	-6,1	-6,0	-7,8
Schuldenquote	72,1	72,3	81,8	84,1	99,6	107,6	120,8	139,2
Demografieabh. Ausg. (ohne Pensionen)	17,3	17,6	18,1	18,8	19,1	20,1	19,7	21,2

Quelle: Langfristige Budgetprognose 2022.

In diesem Szenario steigt das Defizit aufgrund der höheren Ausgaben für Gesundheit und Pflege bis 2060 auf 7,8 % des BIP, der Schuldenstand steigt in den Projektionen auf 139,2 % des BIP an und liegt um 18,4 %-Punkten über jenem des Basisszenarios.

## 8 Ergebnisse weiterer langfristiger Budgetprognosen

Neben der vom BMF alle drei Jahre vorzulegenden Langfristigen Budgetprognose veröffentlicht auch die Europäische Kommission alle drei Jahre im Rahmen des Ageing Reports eine langfristige Prognose zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen für alle Mitgliedstaaten, wobei der letzte Ageing Report aus dem Jahr 2021 stammt. Darüber hinaus veröffentlichte der Fiskalrat im Jahr 2021 erstmals einen Nachhaltigkeitsbericht, in dem ebenfalls eine langfristige Budgetprognose vorgenommen wird. In der nachstehenden Tabelle wird die prognostizierte Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben in der aktuellen Prognose des BMF den Ergebnissen des Ageing Reports 2021 und des Nachhaltigkeitsberichts des Fiskalrats gegenübergestellt:

**Tabelle 9: Unterschiedliche Projektionen demografieabhängiger Ausgaben**

<i>in % des BIP</i>	2019	2030	2040	2050	2060
<b>Demografieabhängige Ausgaben (ohne Arbeitslosigkeit und FLAF)</b>					
Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF	26,6	29,4	30,7	31,3	32,1
Ageing Report 2021 der EK	26,7	29,1	29,8	30,3	30,6
Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Fiskalrats	27,0	28,8	30,1	31,4	32,4
<b>Pensionen</b>					
Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF	13,4	15,1	15,4	15,1	15,1
Ageing Report 2021 der EK	13,3	15,1	15,1	14,7	14,6
Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Fiskalrats	14,0	15,0	15,1	15,3	15,4
<b>Gesundheit</b>					
Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF	7,1	7,3	7,9	8,4	8,5
Ageing Report 2021 der EK	6,9	7,4	7,8	8	8,1
Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Fiskalrats	7,1	7,6	8,4	9,0	9,5
<b>Pflege</b>					
Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF	1,3	1,8	2,2	2,6	3,1
Ageing Report 2021 der EK	1,8	2,2	2,5	3,2	3,4
Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Fiskalrats	1,2	1,5	1,9	2,4	2,7
<b>Bildung</b>					
Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF	4,8	5,2	5,2	5,2	5,4
Ageing Report 2021 der EK	4,7	4,5	4,4	4,4	4,5
Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Fiskalrats	4,7	4,7	4,7	4,7	4,8

Anmerkung: Die Unterschiede im Jahr 2019 sind auf die unterschiedlichen Prognosezeitpunkte zurückzuführen.

Quellen: Langfristige Budgetprognose 2022, Ageing Report 2021, Nachhaltigkeitsbericht 2021.

Die Ergebnisse des Ageing Reports (Basisszenario) liegen im gesamten Prognosezeitraum unter den Projektionen in der Langfristigen Budgetprognose des BMF, auch der Anstieg der demografieabhängigen Ausgaben bis 2060 fällt mit +3,9 %-Punkten geringer aus als im aktuell vorliegenden Bericht (+5,5 %-Punkte). Die Abweichung zu den Ergebnissen im Nachhaltigkeitsbericht des Fiskalrats sind vergleichsweise gering, kurz- und mittelfristig sind die Projektionen des Fiskalrats zur Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben etwas günstiger als jene des BMF bzw. WIFO, langfristig liegen sie etwas darüber.

Allerdings unterscheiden sich die Projektionen der nicht-demografieabhängigen Ausgaben markant zwischen dem Nachhaltigkeitsbericht des Fiskalrats und der Langfristigen Budgetprognose des BMF.<sup>39</sup> Dies ist vor allem auf die im Nachhaltigkeitsbericht deutlich günstigere Prognose der Zinsausgaben zurückzuführen. Die nachstehende Tabelle stellt die Ergebnisse für die wesentlichen fiskalpolitischen Indikatoren im Vergleich dar:

<sup>39</sup> Im Ageing Report werden langfristige Projektionen nur zu den demografieabhängigen Ausgaben durchgeführt.



Tabelle 10: Vergleich Langfristige Budgetprognose und Nachhaltigkeitsbericht

<i>in % des BIP</i>	2019	2030	2040	2050	2060
<b>Primärsaldo</b>					
Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF	2,0	-0,7	-1,1	-1,4	-1,3
Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Fiskalrats		0,8	-0,1	-1,4	-2,3
<b>Zinsausgaben</b>					
Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF	1,4	1,8	2,8	3,8	4,7
Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Fiskalrats		0,5	0,5	0,9	1,6
<b>Öffentliche Schuldenquote</b>					
Langfristige Budgetprognose 2022 des BMF	70,6	72,1	81,8	99,6	120,8
Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Fiskalrats	70,5	56,2	41,7	43,0	59,3

Quellen: Langfristige Budgetprognose 2022, Nachhaltigkeitsbericht 2021.

Während in der im September 2021 veröffentlichten Projektion des Fiskalrats die Zinsausgaben in Relation zum BIP gegenüber 2019 nur leicht um 0,2 %-Punkte auf 1,6 % des BIP 2060 ansteigen, steigen die Zinsausgaben in der aktuell vorliegenden Projektion des BMF in diesem Zeitraum um 3,3 %-Punkte auf 4,7 % des BIP. Auch in der kurzen und mittleren Frist weichen die Projektionen zu den Zinsausgaben deutlich voneinander ab. Zum Teil ist dies auf den in der aktuellen BMF-Prognose höheren Ausgangswerte beim Schuldenstand aufgrund des späteren Prognosezeitpunkts zurückzuführen, wobei der durch die COVID-19-Krise bedingte Anstieg der Schulden auch bereits in der Prognose des Fiskalrats berücksichtigt wurde. Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Abweichung dürfte der infolge der hohen Inflationsrate nun deutlich rascherer Zinsanstieg sein, der zum Zeitpunkt, als der Fiskalrat seine Prognose erstellte, noch nicht in diesem Ausmaß absehbar war. Darüber hinaus dürften die zur Projektion der Zinsausgaben getroffenen Modellannahmen voneinander abweichen.

Die Projektionen des Fiskalrats führen in Summe zu einer zunächst rückläufigen und dann langfristig leicht steigenden öffentlichen Schuldenquote. Im Jahr 2060 ergeben die Projektionen des BMF einen mehr als doppelt so hohe Schuldenquote als jene des Fiskalrats.



## Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BFG	Bundesfinanzgesetz
BFRG	Bundesfinanzrahmengesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BRA	Bundesrechnungsabschluss
CO <sub>2</sub> eq	CO <sub>2</sub> -Äquivalent(e)
EAG	Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz
EK	Europäische Kommission
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EWG	Erneuerbare-Wärme-Gesetz
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
iHv	in Höhe von
KSG	Klimaschutzgesetz
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
NEKP	Nationaler Klima- und Energieplan
rd.	rund
RH	Rechnungshof
t	Tonne(n)
THG	Treibhausgas(e)



UBA	Umweltbundesamt
v. a.	vor allem
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung(en)
VZÄ	Vollzeitäquivalent(e)
WAM-Szenario	Szenario with additional measures/ Szenario mit zusätzlichen Maßnahmen
WEM-Szenario	Szenario with existing measures/ Szenario mit bestehenden Maßnahmen
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
z. B.	zum Beispiel





## Tabellen- und Grafikverzeichnis

### Tabellen

Tabelle 1:	Hauptergebnisse der Langfristigen Budgetprognose 2022.....	28
Tabelle 2:	Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben bis 2060 .....	33
Tabelle 3:	Entwicklung der Pensionsausgaben bis 2060.....	34
Tabelle 4:	Messgrößen der Steuerungsbereiche.....	40
Tabelle 5:	Entwicklung der nicht-demografieabhängigen Ausgaben bis 2060.....	45
Tabelle 6:	Auswirkungen Szenario 1 und 2 auf die langfristige Budgetentwicklung .....	65
Tabelle 7:	Auswirkungen Szenario 3 und 4 auf die langfristige Budgetentwicklung .....	67
Tabelle 8:	Auswirkungen Szenario 5 auf die langfristige Budgetentwicklung .....	68
Tabelle 9:	Unterschiedliche Projektionen demografieabhängiger Ausgaben .....	69
Tabelle 10:	Vergleich Langfristige Budgetprognose und Nachhaltigkeitsbericht.....	70

### Grafiken

Grafik 1:	Bevölkerungsbewegung bis 2060.....	12
Grafik 2:	Bevölkerungspyramide 2022, 2040 und 2060.....	14
Grafik 3:	Bevölkerungsstruktur und Belastungsquote 2020 bis 2060.....	15
Grafik 4:	Lebenserwartung bei Geburt und im Alter von 65 .....	16
Grafik 5:	Entwicklung der Erwerbsquoten bis 2060 .....	18
Grafik 6:	Beschäftigung laut VGR (Vollzeitäquivalente) .....	20
Grafik 7:	Wachstumsbeiträge und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts .....	21
Grafik 8:	Sekundärmarktrendite und Arbeitsproduktivität zu laufenden Preisen....	22



Grafik 9:	Treibhausgasemissionen in Österreich .....	25
Grafik 10:	Gegenüberstellung der Emissionsreduktionsszenarien .....	26
Grafik 11:	Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote bis 2060.....	30
Grafik 12:	Demografieabhängige und nicht-demografieabhängige Ausgaben .....	31
Grafik 13:	Öffentliche Gesundheitsausgaben ohne Langzeitpflege, 2010 bis 2023, in Mio. EUR .....	38
Grafik 14:	Szenarien zur langfristigen Reduktion der Schuldenquote .....	49
Grafik 15:	Schuldenquote und Maastricht-Saldo im Basis- und im Aktivitätsszenario .....	51
Grafik 16:	Prognosevergleich Ausgaben- und Einnahmenentwicklung.....	55
Grafik 17:	Prognosevergleich Maastricht-Defizit.....	57
Grafik 18:	Prognosevergleich öffentliche Schuldenquote.....	58
Grafik 19:	Prognosevergleich Zinssatz .....	59
Grafik 20:	Erklärungsfaktoren für die veränderte Prognose der Zinsausgaben.....	60
Grafik 21:	Prognosevergleich Belastungsquote .....	61
Grafik 22:	Geänderte makroökonomische Rahmenbedingungen.....	62
Grafik 23:	Auswirkungen der Szenarien auf Budgetsaldo und Schuldenstand .....	64